

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Beiträge
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-
 gebührte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Juni 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gemeinsamkeit.

Wir haben gestern hervorgehoben, was die Gewerkschaften von der Partei unterscheiden, indem wir auf die besonderen Aufgaben jeder der beiden Organisationen hinwiesen. Auf dem Gewerkschaftslongtreff ist aber auch mit Recht das Gemeinsame zwischen Partei und Gewerkschaften betont worden, und zweifellos gehört die Maisfeier zu den Aktionen, in denen das Gemeinsame zum sinnfälligsten Ausdruck kommt. Es ist und zwar in einem Gewerkschaftsblatt ein Protest bezeugt gegen die ausdrückliche Betonung des Zusammenhanges zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie durch Redner des Gewerkschaftslongtreffes, dieser Protest ignoriert jedoch die Tatsachen. Er übersieht ganz, daß ja die Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen Parteien aller Länder auf den internationalen Arbeiterkongressen zusammentreten auf Grund einer die Gemeinsamkeit der Ziele betonenden Zulassungsformel. Das Ergebnis solcher gemeinsamen Tagung ist auch die Maisfeier. Der Zweck der Maisfeier ist gerichtet auf wirtschaftliche und politische Ziele. Wenn gesagt wird, die Maisfeier habe noch keine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung und keinen Pfennig Lohnhöhung herbeigeführt, so ist das eine sehr unzulängliche Beurteilung und nur möglich aus einer Auffassung, die nicht die allgemeine Auffassung der Arbeiterklasse werden darf, will sie mehr erreichen als etwas Lohnhöhung und etwas mehr freie Zeit. Wo es sich um die Erläuterung einer geringen Arbeitszeitverkürzung oder Lohnhöhung handelt, da sind allerdings mühe Berechnung und mühsamer Besonnenheit die besten Leiter und Führer zum Ziele. Das ist aber gar nicht der Zweck der Maisfeier. Die kleinen Erfolge in Ehren, aber um gar so Kleines macht man überhaupt keine große Demonstration. Große Erfolge reifen aber nicht von heute auf morgen und folgen dem Wirken auch nicht schrittweise. Deshalb kann man auch die Maisfeier unmöglich so beurteilen, wie es vielfach auf dem Gewerkschaftslongtreffe geschehen ist. Zwar ist anzuerkennen, daß auch Gegner der bisherigen Form der Maisfeier den Wert der Demonstration voll gewürdigt haben. Sie haben aber unseres Erachtens einen falschen Schluß gemacht, wenn sie sagen, da die Arbeitsruhe nur einem verhältnismäßig kleinen Teile der Arbeiter möglich ist, so müssen wir die Arbeitsruhe aufgeben, um die Demonstration massenhafter am Abend oder des Sonntags machen zu können. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß man gerade deswegen für Ausbreitung der Arbeitsruhe wirken soll. Die Durchführung der Arbeitsruhe an einem von den Arbeitern gewählten Tage zum Zwecke der Demonstration für Arbeiterforderungen ist sicher schwerer, wie viele andere Betätigungen des Klassenbewußtseins; sie stößt auf größeren Widerspruch und ist deshalb nur langsamer auf weitere Kreise auszudehnen. Der Beweis, daß sie sich nicht ausdehnt, ist jedenfalls nicht geführt worden.

Daß die Demonstration ohne Arbeitsruhe wirksamer wäre, weil sie massenhafter sein könnte, können wir nicht zugeben. Wir sehen gerade in der Demonstration durch die Arbeitsruhe auch dann eine stärkere Wirkung, wenn sie nicht so massenhaft, wie Versammlungen am Abend oder Unzulige am Sonntag sein könnten. In der allmählichen Durchsetzung der Arbeitsruhe liegt viel mehr Aktivität als in dem bloßen Besuch von Versammlungen. Der Besuch von Versammlungen ist für den Einzelnen keine Leistung — von Ausnahmen abgesehen; das Auslassen der Arbeit am 1. Mai ist für jeden noch eine aktive Leistung, die für ihn die Demonstration erst zu einer Tat macht. Darin liegt das Bedenkliche des Verzichtes auf die Arbeitsruhe, daß damit auf die Tat des einzelnen verzichtet wird. Und in diesem Verzicht liegt die Gefahr für die wiederkehrende Demonstration überhaupt. Der Verzicht auf die einmal geforderte Tat würde den Wert der Demonstration in den Augen der Teilnehmer herabdrücken und die Begeisterung erlöten und mit der Demonstration selbst wäre es dann bald aus. Wer den Wert der Demonstration schätzt, der sollte das berücksichtigen.

Wer freilich den Wert der Demonstration überhaupt nicht anerkennen will, der kann auch leichten Herzens auf die Arbeitsruhe verzichten; der verzichtet aber überhaupt auf die größeren Ziele der Arbeiterbewegung. Wer sagen kann, wir kommen den Forderungen der Amsterdamer Resolution gerade dadurch nach, daß wir die Arbeit nicht ruhen lassen, denn — wir fürchten eben von der Arbeitsruhe eine Schädigung, der leidet allerdings an arger Kurzsichtigkeit. Da kann man keine Würdigung großer Ziele erwarten, da ist in der Tat ein Standpunkt, der sich begnügt mit dem, was durch kluge Geschäftsmäßigkeit errungen werden kann. Aber entspricht das den Interessen der Arbeiterklasse? Soll sie verzichten auf Größeres, weil sie von jeder Tat eine Schädigung befürchten kann? Man sollte nicht so abschreiben über das Ideelle, über Begeisterung, denn auch das braucht die Arbeiterklasse zu ihrem Kampfe um die Freiheit, die sicher nicht in einem Tarifvertrage mit den Unternehmern einst festgelegt werden wird.

Demonstrieren wir durch die Maisfeier für gemeinsame Ziele, so kämpfen wir auch für gemeinsame Ziele. Die Demonstration ist ein Kampfmittel von hohem Werte und es läßt sich gar nicht abschätzen, welchen besonderen Interessen, den gewerkschaftlichen oder den politischen der Arbeiterklasse dieser Kampf mehr Vorteile gebracht hat. Es ist auch auf dem Gewerkschaftslongtreffe hervorgehoben worden, daß sich die Demonstration nicht teilen soll in eine gewerkschaftliche und eine politische. Das ist ganz richtig; sie soll sich nicht nur nicht teilen, sie kann sich vielmehr gar nicht teilen und ebensowenig kann man ihre Wirkungen teilen. Ist das aber der Fall und wird das zugegeben, dann kann man auch nicht sagen, für uns hier ist das ein ganz unbrauchbares Mittel, das ist nur etwas für Euch, macht damit, was Ihr wollt, wir verzichten darauf.

Wer so spricht, der stellt damit die Gemeinsamkeit der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in Frage, die tatsächlich besteht trotz der Verschiedenartigkeit der Aufgaben der beiden Organisationsformen. Die Maisfeier ist dem höheren Ziele gewidmet, in dem sich die Gemeinsamkeit der Arbeiterbewegung dokumentiert, sie ist vorhanden als gemeinsames Kampfmittel und wenn auch das die Prüfung der Tauglichkeit der Waffe unter allen Gesichtspunkten nicht ausschließt, so darf doch diese Prüfung nicht ausschließlich von dem Standpunkte des klugen Geschäftsmannes erfolgen; der Standpunkt des mutigen Kämpfers, der große Ziele sieht und für sie auch Großes einsetzt, hat in diesem Falle noch größere Berechtigung und Anspruch auf Beachtung.

In dem gestrigen Leitartikel ist auf Seite 28 von unten statt quantitativ zu lesen: qualitativ.

„Aufruhr gegen seinen König“.

Die Trennung Norwegens von Schwedens kam nunmehr als vollendete Tatsache gelten. Die Kündigung des Königs wird nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die deutschen Agrarier, insbesondere das preussische Junkertum, pflegt den Bauern als das festeste Bollwerk der Monarchie zu preisen, um für die Protpolitik der Großgrundbesitzer die Krone gesätigt zu machen. Diese agrarisch zielbewusste Legende wird durch die Ereignisse in Norwegen auf die lustigste Weise verhöhnt. Die Norweger sind ein Bauernvolk. Von den 2240 000 Einwohnern — dieses 821 477 Quadratkilometer umfassende Land erreicht etwa die Einwohnerzahl von Groß-Berlin und nur sieben Personen kommen auf einen Quadratkilometer, während die Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland 104 beträgt — entfallen 652 397 auf die Landwirtschaft, 108 788 auf die Fischerei, 464 477 auf Bergbau und Industrie. Trotzdem haben die Norweger ebenso entschlossen wie der Form nach verbindlich ihrem König die Freundschaft gekündigt, wobei sie übrigens, wenn sie ihm keinen Nachfolger geben, eine halbe Million Mark ersparen.

Hinter dem Storching und der norwegischen Regierung steht das ganze Volk. In Schweden protestiert zwar die Presse schandenhalber und einzelne Organe äußern ihre Ueberraschung in höchst drolliger Weise, aber auch die öffentliche Meinung von Schweden denkt nicht daran, dem einmütigen Willen des norwegischen Volkes gewaltsamen Widerstand zu leisten.

Der alte König hat offenbar das Bedürfnis gefühlt, im Interesse seiner Kollegen das Betragen der Norweger ein wenig zu rüffeln. Aber auch seine Klagen über Revolution und Aufruhr haben kaum den Wert der Telegrammgebühren, die sie beanprucht haben. Aus dem Protest geht nur eine Konsequenz hervor, daß der König unter diesen Umständen hinem Prinzen aus seinem Hause gestatten wird, den erledigten Rebellenthron zu ererben. So braucht Norwegen auch nicht aus Höflichkeit die Form der Monarchie beizubehalten.

Oskars Schmerz.

Stockholm, 8. Juni. Der König hat auf ein im Namen des Storchings von dessen Präsidenten Verner an ihn gerichtetes Ansuchen um eine Audienz für die Abordnung, welche die Adresse des Storchings an den König überreichen soll, folgendes Antworttelegramm geschickt:

Da ich die revolutionären Schritte, die das Storching unter Verletzung der Verfassung und der Reichsakte und im Aufruhr gegen seinen König unternommen hat, nicht anerkenne, lehne ich es ab, die Deputation zu empfangen.

Gleichzeitig ließ der König dem Storchingspräsidenten mitteilen, daß er den Expeditionschef Sibbern ermächtigt habe, die Adresse entgegenzunehmen.

Die Auswechslung der Flagge.

Kristiania, 8. Juni. Das Verteidigungsdepartement hat bestimmt, daß die Auswechslung der bisherigen Kriegs- und Festungsflagge mit der durch die gestrige Resolution festgesetzten neuen Flagge im ganzen Lande am 9. Juni, vormittags 10 Uhr, vor sich gehen und daß beide Flaggen bei diesem Akt auf den Festungen wie auf den Kriegsschiffen mit je 21 Schuß salutiert werden sollen. In Kristiania findet dieser Akt auf der Festung Akershus in Anwesenheit der Garnison statt.

Demission norwegischer Diplomaten.

Stockholm, 8. Juni. Wie Stockholms „Dagblad“ meldet, sind die im Ministerium des Äußern beschäftigten norwegischen Diplomaten gestern von ihren Ämtern zurückgetreten.

Beileidskundgebungen für Oskar.

Stockholm, 7. Juni. König Oskar wurden heute abend vor dem kgl. Lustschloß Rosendal begeisterte Guldigungen dargebracht. Etwa 1000 Personen mit einem Musikkorps aus der Spitze marschierten nach dem Schloß. Der König, die Königin, die Prinzen Gustaf Adolf, Karl und Eugen sowie Prinzessin Ingeborg zeigten sich auf dem Balkon. Die Musik spielte die Nationalhymne und die Menge brachte Hochrufe auf den König aus, mehrere Damen überreichten dem König Blumen. König Oskar dankte freundlich. Die Menge ging dann ruhig auseinander.

„Keines Opfers wert!“

Die schwedische Presse geberdet sich sehr aufgeregt, aber sie läßt erkennen, daß man Norwegen aufgibt. Man fügt sich mit solcher Würde ins Unvermeidliche, daß man sogar nach berühmten Muster

prahlt: Man könne ja nun Norwegen annektieren, aber man wolle nicht; das lumpige Land sei keinen Schuß Pulver wert. In diesem Sinne schreibt „Sydsvenska Dagbladet“:

Das norwegische Storching hat durch sein Auftreten bewirkt, daß das Union-Abkommen von 1814 aufgehoben und dadurch Norwegen in die Stellung zurückgeführt wurde, welche es nach dem Kieler Friedensschluß vom Jahre 1810 eingenommen hat, bei welchem Norwegen als Provinz dem König von Schweden zugeweiht wurde. Staatsrechtlich betrachtet hat Schweden mithin das Recht, Norwegen als Provinz zu behandeln, aber dies wird nicht geschehen, da die meisten Schweden eine Verbindung mit Norwegen kaum eines Opfers wert erachten. Zweifelloß wird eine außerordentliche Sitzung des Reichstages bald abgehalten werden, die entscheiden wird, welchen Weg Schweden gehen soll.

„Aha Dagligt Allehanda“ schreibt:
 Das Storching hat mit seinem Beschluß sich in einem Zuge von der Reichsakte und der Verfassung entbunden erklärt. Regierung und Storching haben vollständig die Grenzen überschritten, welche Gesetz und Uebereinkommen geschaffen haben. Aber wir bezweifeln keineswegs, daß diese Männer von der bestimmten Ueberzeugung geleitet wurden, daß das Beste ihres Vaterlandes verlangte, was geschehen sei. Recht hört nicht auf, Recht zu sein, wenn auch Gewalt es mit Füßen tritt. Kein schwedischer Politiker wird Norwegen zwingen oder es durch Ueberredung zu verlassen suchen, in einer Union zu verbleiben, welche Norwegen eine Würde ist.

„Stockholms Dagblad“ schreibt:
 Die Maske ist abgeworfen worden. Die Männer der Revolution sind offen hervorgetreten und haben Gesetz und Recht, den Treueid des Volkes zum König und die seit lange mit Schweden eingegangenen Uebereinkommen mit Füßen getreten. Eins muß nun so schnell als möglich durchgeführt werden, nämlich die Absetzung aller im Dienst der Diplomatie und des Konsulatswesens stehenden Norweger. In einer Krise wie dieser kann nicht erlaubt werden, daß Schweden von Männern aus einem Lande repräsentiert wird, das in vollständiger Revolution den König für abgesetzt erklärt hat und alle Unionsbände abbricht.

„Aftonbladet“ schreibt:
 Es liegt in der Natur der Sache, daß man vom schwedischen Standpunkt nicht erkennen kann, daß die Union durch einen einseitigen norwegischen Beschluß aufgelöst wurde, ohne Wahrnehmung der in der Verfassung vorliegenden und beobachteten Formen. Erst nachdem der schwedische Reichstag sich darüber ausgesprochen und eventuell seine Zustimmung gegeben haben wird, kann die Union als aufgelöst angesehen werden.

Stockholms Tidningen schreibt:
 Es ist und bleibt eine Schwäche in dem Mittel, welches das Storching gewählt hat, und in der Rechtsmotivierung, mit der es seinen Schritt zu rechtfertigen sucht. Das Storching wird niemals rechtlich seine Handlungsweise verteidigen können, den König zu stürzen, weil er als König von Norwegen und der Union von seinem ausdrücklichen Recht Gebrauch gemacht hat, die Sanktion eines Storchingsbeschlusses zu verweigern, welcher der Union und dem Recht eines Unionlandes zunahetritt. Norwegen hat überdies Ziel hinausgeschossen.

Alarmmeldungen.

Oslo, 8. Juni. Das „Aftenbladet“ meldet aus Stockholm von heute früh 10 Uhr: Der heute früh unter Vorbehalt des Königs stattgehobene Ministerrot beschloß einstimmig, das Verhalten des norwegischen Storchings als ungesetzlich zurückzuweisen und in einem Ultimatum die Aufrechterhaltung der Union zu verlangen.

Die Morgenblätter melden übereinstimmend aus Stockholm: Alle schwedischen Garnisonen an der Westgrenze sind auf Kriegsbereitschaft versetzt worden. Der Kriegsminister hat die Einberufung der Reservisten verfügt. Die Lage gilt als ernst.

Diese Telegramme sind mit Vorsicht aufzunehmen; es sind höchst unwahrscheinliche Alarmmeldungen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juni.

Die Engel der Wahrheit!

Zu den marktgängigsten Verleumdungen der Sozialdemokratie gehört, daß sie gewöhnlichmäßig Staat und Gesellschaft, Behörden und Institutionen, nicht zum mindesten deren persönliche Träger andauernd verleumde, daß ihre Presse leichtfertig und ohne sich genügen zu informieren unbewiesene Verdächtigungen der Gegner verbreite.

In Wahrheit ist natürlich, schon wegen der Vorliebe, welche die Staatsanwaltschaft für die sozialdemokratische Presse hegt, gerade die Sozialdemokratie aus Gründen der Klugheit, wenn nicht aus Gründen der Moral, sorgfamer wie irgend jemand anders darauf bedacht, keine Behauptungen aufzustellen, ohne sie vorher gewissenhaft zu prüfen. Trotzdem wird die sozialdemokratische Presse fortwährend mit Verleumdungsklagen verfolgt, die auch gewöhnlich einen kriminellen Erfolg insofern haben, als die Redakteure verurteilt werden. Gelingt selbst der Wahrheitsbeweis vollständig, so wird irgend eine formale Verleumdung angenommen; wird aber der Wahrheitsbeweis in allen wesentlichen Punkten geführt und scheitert er nur an irgend einer Nebenfrage, so wird er von Gerichten gewöhnlich als mißlungen bezeichnet, und Staatsanwälte, Gericht und die bürgerliche Presse können sich dann nicht genug tun, über die Privatität der Sozialdemokratie zu geredern, die leichtsinnig jeden Mauth und Tratsch aufnehme, wenn er nur geeignet sei, die herrschende Gesellschaft, die Regierung, das Unternehmertum, die Gegner überhaupt in der öffentlichen Achtung herabzusetzen.

Wollte die Sozialdemokratie einmal den Spieß umbrechen, so würden die Gerichte nicht ausreichen, um die von der Sozialdemokratie angestregten Verleumdungsklagen zu bewältigen, selbst wenn sie jahraus, jahrein nichts anderes täten, als sich diesen Klagen zu widmen. Aber die Sozialdemokratie hat kein solches Vertrauen

zu den Gerichten der bürgerlichen Gesellschaft, und sie lehnt prinzipiell die Anschauung ab, daß Recht und Gericht dazu da seien, um kräftige Worte oder unangenehme Behauptungen zu bestrafen. Und darum bleiben unsere Gegner, so viel an uns liegt, ungeschoren, mögen sie auch noch so schimpflich die sozialdemokratische Bewegung und ihre Führer verleumdern.

Aber die Klagefucht unserer Feinde und das blinde Vertrauen, das sie zu den Gerichten haben, hat uns einmal die gewünschte Gelegenheit gegeben, gerichtsnotorisch festzustellen, wie diese Hüter der Ordnung und Moral mit der Wahrheit und der Gewissenhaftigkeit umspringen, wenn es gilt, der Sozialdemokratie etwas am Zeuge zu fassen.

Mitten in den letzten Vergewaltigerstreik schleuderte der Vergewaltiger Engel, der Vertrauensmann der Fischen, seine von uns beschriebene Broschüre „Zum Ausstand der Vergewaltiger im Ruhrbezirk“ in die Welt. Seine einzige Informationsquelle war die Absicht, den Streik und die Sozialdemokratie zu diskreditieren. Was er irgendwo gehört oder in irgend einem Unternehmerblatt gelesen, das unterbreitete er dem Publikum als erwiesene Wahrheit. Er verdächtigte nicht nur die Motive und Tendenzen der Arbeiterpresse und der Führer des Streiks, sondern er versuchte vor allem den Streik dadurch als politische Machtprobe zu erklären, daß er ihn als Macho der sozialdemokratischen Parteileitung bezeichnete. Diese Behauptung hat ja auch in dem Kampf um das Vergewaltiger eine erhebliche Rolle gespielt und vor einer Woche erst haben die edelsten Herren Preußens diese Albernheit als unumstößliche Wahrheit hingestellt.

Das ganze schöne Schwindelgebäude ist nun jämmerlich zusammengefallen. Der gute Engel des Ruhrbezirks war so unvorsichtig, ein bürgerliches Blatt wegen Verleumdung zu verklagen, das den Unfug von der Inzenerierung des Streiks durch die Sozialdemokratie in derben Worten bestritten hatte. Herr Engel erschien als Kläger vor Gericht oder vielmehr der Staatsanwalt hatte sich des Verleumdungsantrages des Vergewaltigers Engel in „öffentlicher Interesse“ angenommen. In der Verhandlung, die am Mittwoch in Essen stattfand, ergab sich nun nicht nur, daß die Behauptungen des Herrn Engel nicht zu erweisen waren, sondern daß der Herr überhaupt keinen Versuch gemacht hat, sich irgend welche Informationen und Gewissheit zu verschaffen, bevor er seine Broschüre zur Auffklärung der Öffentlichkeit in die Welt schickte. Er hat einfach als Tatsache behauptet, was er wünschte, daß es Tatsache sei. Er konnte auch nicht den Anfang eines Wahrheitsbeweises führen. Er hatte nicht den Schatten von Material, sondern berief sich einfach auf Muthmaßungen und Willkürige Erzählungen, und seine ganze Hoffnung bestand darin, daß die eidlich vernommenen Zeugen ihm den Gefallen erweisen würden zu bestätigen, daß seine Phantasien der Wahrheit entsprächen.

Die Redlichkeit, mit der der Sachwalter des Grubenkapitals ohne jede Nachprüfung seine Verleumdungen verbreitet hat, machte einen solchen Eindruck auf das Gericht, daß bereits der Staatsanwalt die Klage moralisch zurücknahm und daß das Gericht in der Urteilsbegründung dem Kläger ein so zerschmetterndes Zeugnis ausstellte, wie es sonst besagten Sozialdemokraten von liebenswürdigen preussischen Richtern zuteil zu werden pflegt. In der Urteilsbegründung waren die Rollen des Antragstellers der Klage und des Beklagten völlig vertauscht, und wenn der beklagte Redakteur noch vor Schluß der Verhandlung schnell Gegenklage gegen den Vergewaltiger Engel erhoben hätte, so wäre ihm auch die gelinde Geldstrafe, wegen Kompensation der Verleumdungen, erspart geblieben.

Der Herr v. Burgsdorf begann am vorigen Freitag seine berühmte Herrenhausrede mit der Versicherung, daß die Öffentlichkeit über den Streik gründlich irre geführt worden sei. Da die Öffentlichkeit, die Herr v. Burgsdorf repräsentiert, sich im wesentlichen durch die Publikation des Vergewaltigers Engel aufklären ließ, so ist es allerdings richtig, daß diese Öffentlichkeit auf die leichtfertige Weise in die Irre geführt worden ist. Das hat das Effener Gericht festgestellt!

Der Bericht über die interessante Verhandlung folgt an anderer Stelle.

Die Grenz des Kongo-Freistaates.

Rom, 5. Juni. (Fig. Ver.)

Italien ist die einzige europäische Großmacht, die sich dazu verstanden hat, dem Kongo-Freistaat aktive Offiziere seines Heeres zur Verfügung zu stellen. Im Dienste des Kongo stehen vereinzelt dänische, schwedische und norwegische Offiziere und zahlreiche Belgier, aber nur das italienische Kriegsministerium hat darin gewilligt, dem Eintritt seiner Offiziere in den Dienst des räuberischen Kapitalistenstaates einen gleichsam offiziellen Charakter zu geben.

Da der sogenannte Freistaat hohen Sold zahlt — 6000 Lire jährlich für die Offiziere, 4500 für die Subalternen, außerdem eine Gratifikation von 4000 Lire nach 3 Jahren — haben sich beinahe 100 italienische Offiziere nach dem Kongo locken lassen. An Stelle der ihnen in Aussicht gestellten militärischen Verrichtungen fanden sie die Aufgabe, die Eingeborenen zu schänden. Man mußte ihnen zu, die Verbrecher der sog. Justiz zu sichern, die landwirtschaftlichen Arbeiten der Eingeborenen zu überwachen und die Abfuhr von Eisenstein, Palmöl und vor allem Kautschuk zu erzwingen und von den einzelnen Hauptplätzen die vorgeschriebenen Mengen Produkte und eingeborener Arbeiter einzufordern.

Bedenkt man, daß im Kongo-Freistaat etwa 2000 Europäern 40 Millionen Eingeborene gegenüberstehen, dann kann man sich denken, mit welchen Methoden die Ausbeutung erfolgt. Das Eintreiben der Produkte ist nur möglich durch Anwendung barbarischer Mittel. Diejenigen Offiziere, die sich für zu gut hielten, zu Schindern ihrer Mitmenschen zu werden, sind von den Beamten des Kongo-Freistaates in jeder Weise verfolgt und an Leib und Leben bedroht worden.

Nach den der italienischen Kammer heute vorgelegten Dokumenten und der Enquete des Mailänder „Corriere della Sera“ bezeugt der Ausbeuterstaat des Kongo gemeine Verbrechen, Mord und Totschlag zur Wahrung seiner Interessen. Der Vize-Gouverneur Costermans — der sich schließlich durch Selbstmord jeder Verantwortung entzog — ist beschuldigt, die Ermordung mehrerer Europäer veranlaßt zu haben. Ein Italiener, Leontino Muratori, starb auf rätselhafter Weise, als er sich anschickte, dem Kriegsministerium die Zustände im Kongo anzuzeigen; auf ähnliche Weise kam der Belgier Verhagen ums Leben. Ein Kaufmann Böhme, der einen Prozeß gegen den Kongo-Freistaat angestrengt hatte, starb plötzlich unter allen Anzeichen der Vergiftung. Einer der Italiener, Stabsarzt Vaccari, wurde auf der Heimreise im Hause des Distriktsvorstehers Serdi in Raffo am 3. Juli durch ein Sublimat vergifteten Wein in Lebensgefahr gebracht und nur durch die sofortige Hilfe seines Kameraden, Dr. Ricucci, gerettet. Der Wein wurde analysiert, eine Probe steht noch heute dem Ministerium des Reichs zur Verfügung. Vaccari hatte den Freistaat in seinen Berichten auf das allerheftigste angegriffen. Sein Kamerad, Dr. Ricucci, der über den Vergiftungsversuch an Vaccari berichtet hatte, fand in seiner Weinflasche im Kasino der Staatsbeamten in Bumba vergifteten Wein, von dem ein einziger Schluck ihm alle Erscheinungen einer schweren Quecksilbervergiftung hervorrief. Seitdem genoh

er in Bumba nur noch Speisen und Getränke, die ihm sein treuer schwarzer Diener besorgte. Aber die Verwaltung des Freistaates gab die Hoffnung nicht auf, den lästigen Zeugen wegzuräumen. Der Distriktsvorsteher Guisi in Bumba zum Rapport rufen. Aus Angst um sein Leben gab Ricucci zu Protokoll, daß Vaccari einen Selbstmordversuch gemacht hatte. Darauf bot ihm der Distriktsvorsteher ein Glas Biqueur — den letzten Rest einer Flasche an, ohne ihm beim Trinken Beistand zu tun. Die Folge dieses Gifttrunkes waren Vergiftungserscheinungen: schwere Nierenentzündung, Urämie, Entzündung und Brandigwerden des Zahnsfleisches. Am Bord des „Flandre“ wurde ein neuer Versuch gemacht, den Arzt mit Blausäure zu vergiften. Heute befindet er sich in Rom und bringt die Schandthaten des Freistaates vor die Öffentlichkeit.

Gleichzeitig kommt aber auch zu Ohren der Welt, daß die italienische Regierung seit einem Jahre von diesen schandbaren Zuständen wußte, ohne je die Verpflichtung zum Einschreiten zu fühlen. Auf die Diskussion der Sache im Parlament kann man gespannt sein.

Deutsches Reich.

Nationalliberaler Stimmentauf. Der Landtags-Abgeordnete Hausmann, der nationalliberale Kandidat für die Reichstags-Erwahl in Garmisch, hat dem dortigen Nationalliberalen Verein eine Erklärung zugehen lassen, in welcher er sich gegen den Vorwurf verteidigt, er habe einem weltlichen Vertrauensmann Geld gegeben, damit dieser bei der Stichwahl für ihn agitiere. Herr Hausmann verweigert, er habe, als die Redaktion des hannoverschen „Volkswille“ sich bei ihm telefonisch nach dem Sachverhalt erkundigte, geglaubt, daß es sich um einen in Garmisch wohnenden weltlichen Vertrauensmann handle, den er allerdings um seine Unterstützung bei der Stichwahl gebeten habe, ohne ihm jedoch Geld zu geben. Erst nachher habe er aus den Zeitungen erfahren, daß es sich um eine Verhandlung mit dem Sattler Hohrath aus Coppenbrügge handle. Diesem habe er allerdings Geld gegeben, aber Hohrath sei nicht „Vertrauensmann“, sondern bezahlter Votum- und Agitator der weltlichen Partei und habe ihm bereits vor der Hauptwahl seine Dienste für den Fall der Stichwahl selbst angeboten. In Rücksicht auf die von Hohrath beim Fortgehen gemachte Bemerkung, daß er zurzeit ohne Geldmittel sei, habe er sich zur Vorabbezahlung seiner Dienste verstanden.

Der saubere Handel ist damit eingestanden!

Trinkgelder für die Presse. Von dem berühmten Vereins „Dresdner Presse“, der sich kürzlich erst mit dem Kunstkritiker der „Dresdner Nachrichten“, den Professor Starke, solidarisch erklärt hat, nachdem Redner von verschiedenen Seiten des Reichstages von 500 M. wegen angegriffen worden war, das der Herr von der Direktion des Zentral-Theaters erhalten hat, wird wieder ein Stückchen bekannt, das die bisherigen fast in den Schatten stellt. Und der Hauptmacher ist wieder, wie uns aus Dresden gemeldet wird, dieser Kunstkritiker Professor Dr. Starke, der Vorsitzende des genannten Vereins, nur teilt er seine Rolle diesmal mit dem bekannten Schauspieler Schweighofer. Letzterer hat in Dresden mehrfach Gastvorstellungen gegeben. Bei einer solchen Gelegenheit hat er dem Verein Dresdener Presse einen größeren Betrag — angeblich 800 M. — überwiesen. Schweighofer wurde nun nicht nur Ehrenmitglied des Vereins, der Vorsitzende Starke wies in einer Mitgliederversammlung auch ganz ausdrücklich auf das Geschenk hin und ließ dabei durchblicken, daß eine Gefälligkeit die andere erheische und Herr Schweighofer über lobende Verpredungen seiner Gastspiele sehr erfreut sein werde. Natürlich wurde der Wind verstanden. Als nun trotzdem in einem Falle eine Kritik des „Dresdner Anzeigers“, des Amtsblattes der Stadt Dresden, nicht nach Wunsch der Herren Schweighofer und Starke ausfiel, riet der letztere dem gastspielenden Mimen, sich bei dem Oberbürgermeister Weulser zu beschweren. Genügt soll es nichts haben, der Fall ist aber sehr interessant zur Beurteilung des „Vereins Dresdner Presse“ und der Dresdner Prekorrption.

Die Fleischnot. Aus Jena wird uns geschrieben: Für das unerfällliche Agrarierium muß der deutsche Konsument immer tiefer in denbeutel greifen.

Die Fleischnot in Jena gibt bekannt, daß ihre Mitglieder in Anbetracht der seit längerer Zeit immer mehr steigenden und gegenwärtig ganz außergewöhnlich hohen Einkaufspreise für Schlachtvieh gezwungen sind, eine entsprechende Erhöhung der Preise für Fleisch und Fleischwaren eintreten zu lassen. Am Schluß der Bekanntmachung heißt es wörtlich: „Wir bitten in dieser Preisverhöhung, die lediglich durch diese andauernd ungunstigen Einkaufsverhältnisse begründet ist, nur eine durch die Umstände hervorgerufene Notwendigkeit erblicken zu wollen.“

Wann werden die Grenzen für Schlachtvieh geöffnet?

Ein Zentrumsblatt über die Revolution. Das „Echo der Gegenwart“ in Aachen, ein angesehenes Zentrumsorgan, schreibt in seiner Nr. 128:

„Es ist eine naive, völlig unhistorische Auffassung, daß Revolutionen von einigen Vbfehwächern und Volksführern gemacht wurden, und zu verhindern seien, wenn die Regierungen nur die nötige „Stärke“ zeigten, d. h. alle Umsturzbefrebungen gewaltlos niederzuschlagen. Revolutionen können in geschichtlich gewachsenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mifstände vorhanden sind, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. In solchen Fällen werden sie auch immer Erfolg haben, wenn nicht heute, dann morgen. Abgewandt können sie nicht werden durch Gewalt, sondern durch Reformen. Es mag noch so viel gereif werden gegen die Sozialdemokratie, wie werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich alle Sozialdemokraten.“

Ein beneidenswerter Polizei-Inspektor. Damit in dem Polizei-Inspektor der Jaden nicht abreißt, so berichtet man uns unterm 6. Juni aus Halle, sagte heute vor dem Schöffengericht der Polizei-Kommissar a. D. und verabschiedete Offizier Kriebel gegen den Polizei-Inspektor und Hauptmann v. Doffow wegen Verleumdung. Der selbige Kommissar Böhme, jetzt Bürgermeister von Reibra, hatte „vergessen“, dem Oberleutnant Hoffmann vom Hotel „Grüner Baum“ seine Schulden zu bezahlen. Wenn Böhme an dem Hotel mit der elektrischen Waage vorbei fuhr, soll er dem nachschauenden Oberleutnant immer folgend den Rücken zugekehrt haben. Der Oberleutnant fragte Kriebel, was zu ihm sei, damit er zu seinem Gelde komme, und K. erteilte dem Oberleutnant den Rat, er möge sich an die Polizeiverwaltung wenden. Dies geschah. Infolge dessen v. Doffow bei Hoffmann, der sich inzwischen in Jorbis selbständig gemacht hatte, Ermittlungen anstellte und zwar in einem Orte, wo v. Doffow gar nicht kompetent war. Kommissar Kriebel hat eine ganze Reihe Mifstände aus der Polizeiverwaltung an das Tageslicht gezerrt, und u. a. auch den Hauptmann v. Doffow wiederholt öffentlich vorgeworfen, er habe ein Paar Stiefel unterschlagen, auf welchen Vorwurf v. Doffow auch heute nicht reagierte. Gelegentlich der Ermittlung soll nun v. Doffow zu dem Oberleutnant gesagt haben: „Es ist eine Gemeinheit und eine Unverschämtheit, wenn Kriebel sagt, er ist Offizier; Kriebel hat es nur bis zum Unteroffizier gebracht.“ Oberleutnant Hoffmann beschwor, daß v. Doffow diese beleidigende Äußerung getan habe; v. Doffow behauptete das Gegenteil. Das Gericht erachtete aber Hoffmanns Zeugnis nicht für ausreichend, und sprach v. Doffow mit der Begründung frei: Es ist nicht anzunehmen, daß der Beklagte ohne Grund die Unwahrheit gesagt habe, da er doch genau wußte, daß Kriebel Offizier war. — Ich wollte man bei Verhändlern doch auch annehmen, daß sie nicht ohne Grund die Unwahrheit sagen. — Glücklicher Polizei-Inspektor. —

Südwestafrika.

Eine amtliche Meldung besagt: Cornelius von Veltman, der am 22. Mai durch Hauptmann v. Kopp unweit Inachap (80 Kilometer südwestlich Keetmanshoop) gestellt und am 27. aus starker Stellung bei Gelous geworfen wurde, ist längs des Großen Fischflusses nach der englischen Grenze geflohen.

Verschiedene deutsche Truppenabteilungen treiben die Banden Morengas vor sich her und dem Drang nach zu. Sie haben zugleich den Auftrag, die Rückkehr der bereits auf englischen Gebiet befindlichen Bande Morris in die Gegend von Wambad zu verhindern.

Der Herrero Andreas wird im Kuisibetal weiter von verschiedenen Seiten verfolgt. So schlug am 27. Mai Hauptmann Blume, im Vorkampfe von Jakobswater nach Süden, bei Googas eine 150 Köpfe starke, anscheinend zu Andreas gehörige Herrero-Bande und verfolgte sie in südwestlicher Richtung. Der Feind verlor 8 Tote.

Ein Telegramm aus Bindhul meldet: Unteroffizier Karl Heller, geboren 28. 2. 82 zu Burg, früher im Train-Bataillon Nr. 4, am 24. 5. 05 westlich Kais Kaiser verwundet, Knochenbruch rechten Unterarm; Weiter Heinrich Wittemer, geboren 28. 1. 83 zu Kößlinghausen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 195, am 26. 5. 05 bei Gowagaus leicht verwundet, Streifschuß rechten Oberarm.

Ausland.

Zur Marokkofrage.

Fig. 8. Juni. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Der englische Gesandte Lortimer ist heute vormittag vom Sultan in formeller Audienz empfangen worden. Von beiden Seiten wurden Reden gehalten, welche die gegenseitigen Wünsche für eine Fortsetzung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Marokko zum Ausdruck brachten. Lortimer sprach die Hoffnung aus, daß er auf Wohlwollen und Unterstützung bei der friedlichen Aufgabe, welche ihm anvertraut worden sei, nämlich die Freundschaft zwischen zwei Ländern zu erhalten, rechnen könne, und schloß mit dem ersten Wunsche, daß viele Jahre des Friedens, der Wohlfahrt und des Ruhmes dem Sultan und seiner Regierung beschieden sein mögen. Der Sultan gab in seiner Antwort der Gemühtung über die von Lortimer ausgesprochenen Bemerkungen Ausdruck. Der englische und französische Gesandte hatten mehrere Unterredungen.

Dänemark.

Das Verfassungsfeft, der 5. Juni, der allgemein jährlich wiederkehrende große Musterungstag der politischen Parteien, hat auch in diesem Jahre wiederum gezeigt, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die dieses Feft zu einem echten Volksfeft, zu einem Feft des arbeitenden Volkes macht, das über das vor mehr als 50 Jahren Gewonnene, dann teils wieder Verlorene, hinausstrebt nach einer besseren politischen und sozialen Gerechtigkeit. Unübersehbare Massen hatten sich am Montag nachmittag, dem Aufste der Sozialdemokratie Kopenhagens folgend, auf Sondermarken, dem schönen großen Park am Frederiksberg-Schloß, versammelt, wo von drei Rednertribünen die Parteigenossen P. Knudsen, S. Olsen, W. Olsen, Redakteur Stanning, Bürgermeister Jensen und D. Smith begeisterte Ansprachen über Verfassung, die politische Freiheit und über den Sozialismus hielten, und wo Freiheitslieder und sozialistische Massengesänge ertönten.

Die Radikalliberalen Kopenhagens feierten das Feft im Zoologischen Garten und hier hatten sich auf dem großen Rasenplatz am Rajaneweg circa 12000 Menschen versammelt, eine große Zahl, die beweist, wie stark die Anhänger der Radikalen in der Hauptstadt ist.

Das Feft der regierungstreuen „Liberalen“ hatte dagegen nur einige Hundert angelockt und noch trauriger sah es bei den Konserbativen aus, die in einem kleinen Gartenlokal vor der Stadt König und Vaterland hochleben ließen.

Italien.

Wogu kein Geld da ist.

Rom, den 5. Juni. (Fig. Ver.)

In einigen Provinzen Mittelitaliens, besonders in Modena und Reggio Emilia tritt seit einigen Wochen eine furchtbare Insektenplage auf, die an die Heuschreckenplage erinnert. Der ganze Boden ist schwarz von einer Sorte Grillen (Gryllus desertus). Die Wiesen, das Korn, ja sogar die jungen Triebe des Weinfloßes werden laßgefressen, so daß ein Teil der Ernte zerstört ist. Die Stadtverwaltung von Reggio Emilia hat sich nun an das Ministerium der Landwirtschaft gewendet und um Entsendung eines Sachverständigen gebeten, damit rationelle Maßregeln für die Vertilgung der Insekten festgelegt würden. Da kam man aber schlecht an! Das Ministerium antwortete, daß der Fonds für die Studien über landwirtschaftliche Parasiten erschöpft sei — er beläuft sich auf 7500 Lire im Jahre — und daß die Provinzen, wenn sie den Sachverständigen wollen, ihn selbst bezahlen müßten!

Ja, ja, Italien tut gut, sich um die internationale Landwirtschaft zu kümmern! Unter den vielen Aufgaben des internationalen Landwirtschaftsinstituts ist ja auch die Bekämpfung der landwirtschaftlichen Parasiten.

Amerika.

Kubas Unabhängigkeitstag. Die Republik Kuba feierte in den letzten Tagen das Feft ihrer Unabhängigkeit von — Spanien natürlich. Eine Ironie der Geschichte will es aber, daß die Wiederkehr des Tages gefeiert wird, an welchem die letzten amerikanischen Truppen unter General Wood die Insel verließen, Ende Mai 1902, während Kuba durch den Krieg der Vereinigten Staaten mit Spanien im Jahre 1898 von der spanischen Herrschaft befreit wurde. Einige amerikanische Zeitungen haben entdeckt, daß die Kubaner einen falschen Unabhängigkeitstag feiern und sind nicht sehr erbaud davon, obgleich sie zugeben, daß darin nicht die geringste Spitze gegen Onkel Sam liegt und daß die kubanische Flagge erst zu ihrem vollen Rechte kam, als das Sternbanner in Havanna niedergezogen wurde. In der amerikanischen Presse wurde überall des Fefttages von Kuba gedacht, aber in jede Gratulation mischte sich das Lob über die eigene große Nation, die Kuba frei gemacht habe, und bei den Feften in Kuba versäumt man nicht, die Verdienste der Amerikaner gebührend anzuerkennen. Trotzdem waren die Kubaner lange Zeit im Zweifel, ob ihre „Vefreier“ jemals abziehen würden. Es dauerte vier Jahre, bis die Amerikaner alle Verhältnisse so geregelt hatten, daß die Kubaner sich frei glaubten und doch in allen wichtigen Angelegenheiten bei Onkel Sam anfragen müßten. Das Datum einer äußerlichen Unabhängigkeit, wie sie heute besteht, ist durchaus nicht so schlecht gewählt. Die Philippinen sollen erst in hundert Jahren für eine Unabhängigkeit nach Kubas Muster reif werden.

Eine Parteizeitung eingegangen. Bei den wenigen Publikationen in englischer Sprache, über welche die Partei in den Vereinigten Staaten verfügt, ist es bedauerlich zu hören, daß eine Zeitung, die im ganzen Lande verbreitet war, „The Comrade“, eine illustrierte Wochenschrift, wegen ungenügender Unterstützung ihr Erscheinen einstellen mußte. Die „International Socialist Review“, eine Monatschrift der Partei übernimmt die Abonnenten von „The Comrade“. Koch immer steht die deutsch-sozialistische Presse in Amerika besser da als die englische.

Japan.

Sozialismus und Rassenurteil. In der letzten Nummer des japanischen „Sozialist“ beschwert sich der Genosse Sakai bitter über Anfeindungen, denen die Japaner in Amerika ausgefetzt sind. Es sei unrichtig, wenn behauptet werde, daß die Japaner arbeiteten für geringeren Lohn; ebenso falsch sei es, anzunehmen, die japanischen Arbeiter ständen sittlich und in der Bildung auf einem tieferen Niveau, als die größte Zahl der europäischen Einwanderer in Amerika, seien doch die meisten

der einwandernden Slawen und Romanen Alphabeten. Sodann wendet sich der Schreiber gegen die Resolution, welche die amerikanischen Delegierten dem Amsterdamer Kongress zur Annahme empfohlen hatten und durch welche die „Barbaren“, namentlich die Kriaten von der Einwanderung in andere Länder ausgeschlossen sein sollten. „Sind die Prinzipien des Sozialismus nur auf die weißen Völker anwendbar? Sind wir ungeeignet, in die internationale sozialistische Bewegung einzutreten? Ist der Sozialismus dazu da, nur die Interessen einer bestimmten Rasse wahrzunehmen?“ — Es ist selbstverständlich, daß der Sozialismus nicht bloß international ist, sondern daß er alle Rassen gleicher Weise umfaßt; die nicht unberechtigten Vorwürfe können daher nur die in national-zünftlicher Denkwelt befangenen Arbeiter treffen. —

Erklärung.

Genosse Bod-Gotta bittet um ein Abdruck des Folgenden: Auf dem Gewerkschaftskongress in Köln a. Rh. führte ich in der Debatte über die Maifeier unter anderem aus: daß von der Ansicht Leipzigs, des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, welcher in den „Sozialistischen Monatsheften“ geschrieben, daß ihm die Erzeugnisse der Gewerkschaften höher stehen als die Form der Maifeier, bis zu der Ansicht Reghäusers, des Redakteurs des „Correspondenten“ für die Buchdrucker, dem eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung mehr wiege als 3 Millionen sozialdemokratischer Stimmen, nur ein Schritt sei.

Herr Reghäuser, der als Berichterstatter neben der Rednertribüne saß, erklärte durch Zwischenruf: „Das hat nicht im „Correspondent“ gestanden.“ Am anderen Tage erklärte Herr Böblin: „Gleichgültig, ob ich mit der Äußerung einverstanden bin oder nicht, jedenfalls weiß ich, daß unser Redakteur solche Dummschreien nicht schreibt, sonst wäre auch ich dafür, daß er abgesetzt würde.“

Ich hatte nicht wörtlich, sondern nach dem Gedächtnis, dem Sinne nach zitiert und dies auf den Zwischenruf auch hervorgehoben. Ich war der Meinung, den Satz vor zwei Jahren gelesen zu haben; in diesem Punkte habe ich mich geirrt, derselbe hat nach Reghäuser im Jahre 1900 im „Correspondent“ gestanden, und zwar, wie er schreibt, als Antwort auf sozialdemokratische Angriffe.

Der Satz hat nach dem „Correspondent“ folgenden Wortlaut: „Aber die Herren mögen wüten, so viel sie wollen, so weit sind die deutschen Gewerkschaften Mann genug, daß sie mit der boshafsten Verberbenheit und dem heuchlerischen Gebaren von Leuten fertig werden, die das wahre Arbeiterleben nur aus Büchern und Versammlungen kennen, die aber keine Ahnung haben, wie das Leben in der Werkstätte sich abspielt, wo mit pompösen Resolutionen, mit 2 Millionen Stimmen und 57 Abgeordneten noch keine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung und keine 5 Pfennig Lohnerhöhung durchzuführen sind. Das zu erreichen ist Sache der praktischen Tätigkeit, ist unterworfen den Verhältnissen und Einsäßen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Lebens, und sich damit nach Lage der Sache abzufinden bleibt der gewerkschaftlichen Taktik vorbehalten, die gegründet ist auf langjährige praktische Erfahrung und genaue Kenntnis der beruflichen und allgemein-wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Das sind zwar nicht dieselben Worte, wie ich auch gar nicht behauptet, wohl aber doch derselbe Sinn. B. G. O.

Der Korrespondent, der das Zitat zum Zwecke der Auseinandersetzung mit Bod abdruckt, bestreitet, daß die Auslassung den Sinn habe, den Bod darin sehe. Er bezieht sich dafür auf eine weitere Erklärung, die er bald danach gegeben habe, daß man einen so beträchtlichen Prozentsatz der Reichstagsmitglieder und eine so große Stimmzahl nicht ignorieren könne.

Friedensgerüchte.

Die widerspruchsvollsten Nachrichten über die Neigungen des Zaren und seiner Ratgeber für Kriegsförderung oder Friedensschluß werden verbreitet.

Ueber die Bemühungen des Präsidenten Roosevelt berichtet ein Telegramm des „Neuerischen Bureau“ aus Washington vom 8. Juni:

Dem russischen Botschafter Grafen Cassini ist gestern eine lange Depesche zugegangen, die, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, in Beziehung zu dem von ihm in der letzten Woche an die russische Regierung gelangten Telegramm steht, in dem er diese von den Ansichten des Präsidenten Roosevelt bezüglich des Friedensschlusses unterrichtet. Der japanische Gesandte Takahira, der gestern abend nach 9 Uhr im Weißen Hause vorrückte, hatte dort eine 20 Minuten dauernde Unterredung mit dem Präsidenten. Nach seiner Rückkehr in das Gesandtschaftsgebäude sandte er eine lange Depesche an seine Regierung. Gegenüber Zeitungs-Korrespondenten äußerte er, die Sachlage sei zu heikel, als daß er etwas mitteilen könne, was zur Veröffentlichung geeignet sei. Präsident Roosevelt ist bemüht, durch Vermittlung Takahiras ein bestimmtes Bild der japanischen Friedensbedingungen zu erhalten. Präsident Roosevelt sagte zu einem Berichterstatter im Weißen Hause, er nehme an, daß der amerikanische Botschafter in Petersburg v. Lengerke-Meyer gestern in Jaroslje-Selo vom russischen Kaiser empfangen worden sei oder heute empfangen werde und fügte hinzu, die Besungen, die v. Lengerke-Meyer erhalten habe, seien nicht ein formelles Anerbieten der guten Dienste der Vereinigten Staaten vor. Seine Aufgabe sei, beim russischen Kaiser in Erfahrung zu bringen, was die Regierung der Vereinigten Staaten dazu tun könne, einen baldigen Friedensschluß zu ermöglichen.

Der Empfang des amerikanischen Gesandten seitens des Zaren hat am Mittwoch stattgefunden und am gleichen Tage wurde bei Anwesenheit des Zaren ein Ministerrat, an dem die ersten Oberbefehlshaber teilnahmen, abgehalten. Nach „Daily Mail“, die freilich durchaus nicht sehr vertrauenswürdig, sei beschlossen worden, den Krieg mit allen der Regierung zur Verfügung stehenden Hilfsquellen fortzusetzen; die ganze Westgrenze solle von Truppen entblößt werden. Der Petersburger Berichterstatter der „Times“ dagegen will wissen, der Ministerrat am Dienstag habe sich nicht entschieden für Fortsetzung des Krieges erklärt, es sei sogar möglich, daß Maßregeln in der Richtung des Friedens ergriffen werden.

Eine andere Petersburger Meldung, die der „B. Z.“ übermittelt wurde, besagt: Es wird versichert, daß sofort nach dem in Jaroslje-Selo stattgefundenen Ministerrat Graf Lambsdorff dem Botschafter in Washington sowie den anderen diplomatischen Vertretern Rußlands die telegraphische Weisung zugehen ließ, daß Rußland den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte, Frieden zu schließen. Sollte dieser Zeitpunkt kommen, so werde Rußland ohne fremde Intervention mit Japan direkt in Verhandlungen treten.

Ein Bericht Koschjeskowsky's.

Koschjeskowsky ist anscheinend nicht so schwer verwundet, wie erst gemeldet wurde. Er ist schon nach Tokio gereist und hat von dort eine freilich äußerst dürftige Mitteilung über den Beginn der Schlacht und sein persönliches Geschick nach Petersburg gerichtet. Nach Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur telegraphiert Koschjeskowsky unter dem 6. Juni:

Am 27. Mai um 11^{1/2} Uhr begann der Kampf mit 12 großen japanischen Schiffen und 12 japanischen Kreuzern. Um 2^{1/2} Uhr mußte ich das Kommando des „Anjäs Suworow“ abgeben. Um 3^{1/2} Uhr, als ein Teil meines Stabes und ich selbst das Bewußtsein verlor, mußten wir auf den „Voiny“ überführt werden, wo sich bereits die Mannschaft der untergegangenen „Dschabja“ befand. Das Kommando wurde Admiral Nebogatow übergeben. „Voiny“

kam während der Nacht von dem Geschwader ab. Am Morgen stürzten wir den „Dimitri Donskoi“ mit zwei Torpedobooten und Besatzung der „Dschabja“ auf ihm unter. Ich selbst wurde auf den „Wiedow“ gebracht, welcher am Abend des 28. Mai mit dem „Gromy“ weiterfuhr. Der „Wiedow“ ergab sich zwei japanischen Torpedobooten und kam am 31. Mai in Sasebo an. Ich habe erfahren, daß Nebogatow sich in Sasebo befindet.

Entkommene russischer Kreuzer.

Manila, 8. Juni. Admiral Enquist hat um 1 Uhr morgens vom Kaiser den Befehl erhalten, in Manila zu bleiben, nach Anordnung der amerikanischen Regierung zu handeln und soviel wie möglich Reparaturen auszuführen. Der Gouverneur der Philippinen Wright hat darauf den amerikanischen Admiral aufgefordert, Anordnungen zu treffen für die Verteilung der russischen Kriegsschiffe, Offiziere und Mannschaften.

Gesicht zu Lande.

Tokio, 8. Juni. Ein Telegramm aus dem japanischen Generalstab berichtet, daß eine Kolonne feindlicher Infanterie am 5. d. M. nach Osten, 2 Meilen nördlich Woihampa, angegriffen hat, aber zurückgewiesen wurde. Am selben Tage drang eine andere Abteilung, welche bis 2 Meilen östlich von Stanota vorgezogen war, vor, mußte aber die Ortsschaften wieder verlassen und besetzte die umliegenden Höhen. Ein Teil unserer Kavallerie zwang den Feind im Norden zum Rückzug und verfolgte ihn. —

Aus Industrie und Handel.

Revisoren auf Aktien.

Eine bemerkenswerte Gründung, die wieder in vollem Maße zeigt, wie der Kapitalismus danach trachtet, die selbständigen Erzeugnisse zu Abhängigen der großen Finanzgesellschaften zu machen, ist vorgefallen in Berlin vollzogen worden. Unter den umständlichen Titel „Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft“ haben die Disconto-Gesellschaft und die Kommerz- und Diskontobank eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet, die im wesentlichen dieselben Funktionen verrichten soll, die bisher schon die der Deutschen Bank nahestehende Deutsche Treuhandgesellschaft ausübt. Die Treuhandgesellschaft ist ein Produkt der letzten Wirtschaftskrise. Der Ausdruck „Treuhand“ ist aus der älteren deutschen Rechtsprache in das moderne Recht übergegangen. Irgend eine Vereinigung von Personen, die Rechte wahrnehmen will, tritt diese Rechte an eine andere Persönlichkeit (zu treuen Händen) ab, die sie in eigenem Namen, aber eben im Interesse ihrer Auftraggeber ausüben hat. Zur Wahrnehmung solcher Rechte werden die Auftraggeber sich natürlich nur solcher Personen oder Institutionen bedienen, die von vornherein das nötige Vertrauen beanspruchen dürfen. Es liegt nahe, daß hierzu die Form einer Aktiengesellschaft, deren Kapital und öffentliche Rechnungslegung immerhin eine gewisse Sicherheit gewährt, besonders gern gewählt werden wird. Namentlich das Gesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom Jahre 1899 hat die Tätigkeit solcher Treuhänder mehr als früher notwendig erscheinen lassen. Nach diesem Gesetz kann nämlich, sofern die Schuldverschreibungen einer Aktiengesellschaft nachstehend werden, d. h. die Zinszahlung gefährdet ist, der einzelne Besitzer nur sehr wenig Rechte ausüben. Es muß eine Versammlung sämtlicher Besitzer solcher Schuldverschreibungen einberufen werden, die einen Treuhänder ernennen muß. Diesen Gesetzesbestimmungen hat die Treuhandgesellschaft ein gut Teil ihrer Existenzmöglichkeit zu verdanken. So hat sie in der Zeit der Zusammenbrüche von Aktiengesellschaften in den Jahren 1900—1902 häufig die Eigenschaft des Treuhänders übernommen. Da sie der Deutschen Bank nahestehet, so hat für diese eine solche Gesellschaft den großen geschäftlichen Vorzug, daß dadurch auch das Mutterinstitut den notleidenden Gesellschaften näher tritt, ihnen Bankkredite gibt, die Reorganisation übernimmt, seine Direktoren in den Aufsichtsrat schiebt usw.

Neben dieser Funktion übernimmt die Treuhandgesellschaft hauptsächlich noch die des Revisors bei Aktien- und ähnlichen Gesellschaften. Bekanntlich weist das Revisionswesen in Deutschland noch erhebliche Lücken auf. Die Aufsichtsräte, die vom Gesetz hierzu bestimmt sind, verlangen vollkommen, meistens sitzen in den Aufsichtsräten Leute, die, trotz der hohen Kantimente, sich gar nicht dazu hergeben wollen, die ihnen als unwichtig und „mechanisch“ erscheinende Tätigkeit eines Bücherrevisors auszuüben. In Wahrheit ist diese Funktion gar nicht unwichtig, sondern den Herren nur zu unbehaglich. Bei den meisten Aktiengesellschaften wurde daher die Kontrolle der Bilanzen nur dadurch ausgeübt, daß ein Bücherrevisor, der von der Gesellschaft bezahlt wird, die zur Veröffentlichung bestimmten Bilanzfiguren mit dem Hauptbuch der Gesellschaft vergleicht. Das genügt natürlich nicht, da das Hauptbuch nur die Ziffern aus den anderen Büchern zusammenfaßt, hierin sich aber alle möglichen Unterschlagungen und Fälschungen verbergen können, wie dies auch die Praxis erwiesen hat. Die Treuhandgesellschaft übernimmt nun dauernde Überwachungen der Geschäftsführung, d. h. regelmäßige Kontrollen usw. Man nennt sie daher auch scherzhaft „Revisor auf Aktien“. Sie imitiert dabei das in England bewährte System der Revisionsinstitute, die über ein Heer geschulter und zu diesem Zwecke besonders ausgebildeter Beamten verfügen. Der weitgehende Unterschied zwischen England und Deutschland ist nur der, daß dort die Gesellschaften gesetzlich gezwungen sind, Revisionen durch diese Institute vornehmen zu lassen und sogar vorgeschrieben ist, daß dieselben auf Wunsch sämtliche Bücher vorzulegen sind, während bei uns alles nur Stückwerk und dem Belieben der Gesellschaften anheimgelassen ist. Außerdem wirkt die Treuhandgesellschaft noch als Testamentvollstrecker, Vermögensverwalter auf Grund testamentarischer Bestimmungen und so weiter. Jeder darf sie auch nebenbei Vorgeschäfte betreiben.

Das neue Institut der Disconto-Gesellschaft und Kommerzbank soll nun der Treuhandgesellschaft Konkurrenz machen, und bereits verlautet mit Bestimmtheit, daß auch die Dresdner Bank und der Schaaffhausen'sche Bankverein eine ähnliche Gesellschaft gründen wollen. Die hohen Gewinne der Treuhandgesellschaft — sie verteilt 15 Proz. Dividende — liegen offenbar die Konkurrenz nicht schlafen; nebenbei beabsichtigt man aber auch, dadurch Einfluß auf neue Aktienunternehmungen zu gewinnen. Die bisherigen Bücherrevisoren, die jetzt schon ein farges Dasein führen und sich hauptsächlich durch Erteilung von Buchhaltungsunterricht und ähnlichen Dingen ernähren müssen, erhalten dadurch ebenfalls scharfe Konkurrenz. Freilich ist anzuerkennen, daß das System der selbständigen Revisoren sich bisher nicht bewährt hat. Solange aber die Gesetzgebung nicht zwingende Vorschriften über die Revision erläßt, wird auch durch die Treuhandgesellschaften nur wenig und unvollkommenes erreicht werden.

Erhöhung der belgischen Kohleisenpreise. Das belgische Kohleisen hat, wie der Mon. des Ind. de Valenciennes berichtet, für das dritte Quartal d. J. Abfälle in Puddelroheisen zu 54,50 Fr. und in Thomas-Rohreisen zu 69 Fr. vollzogen, während der Preis für Lieferungen im zweiten Quartal 53 Fr. betrug.

Eine internationale Dampfschiffreederei-Konferenz, die in Kopenhagen tagte, beschloß, eine internationale Vereinigung zu bilden, welche die Interessen der Reederei wahrnehmen, die Frachtverhältnisse verbessern und von Zeit zu Zeit Minimal-Frachtsätze festsetzen soll. Jedes Jahr soll eine Konferenz abwechselnd in den verschiedenen Ländern abgehalten werden, dagegen befindet sich das Sekretariat der Vereinigung ständig in Kopenhagen. Zum Präsidenten der Vereinigung wurde der Vorsitzende der dänischen Dampfschiffreederei-Vereinigung Direktor Carl gewählt. Ein angesehener Entwurf der Statuten soll in der nächsten Konferenz, welche im Herbst wahrscheinlich in Kopenhagen abgehalten werden wird, vorgelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Freigeistlichen. Montag, den 5. d. M., hat die Lohnkommission auf dem Einigungsamt zu Protokoll gegeben, daß sie bereit ist, mit der freien Vereinigung selbständiger Barbier etc. zu verhandeln. Die Verhandlung ist auf den Freitag früh 10 Uhr festgelegt. Bis jetzt liegen 480 Bewilligungen von Geschäften vor, welche Gefäßchen beschäftigen. Diejenigen Firmen, welche gar keine Gefäßchen beschäftigen, werden nicht in Betracht gezogen.

Die bewilligenden Geschäfte erhalten Plakate, rot mit weißem Kreuz, und die Gefäßchen ebensolche Kontrollkarte; wir bitten auf diese zu achten. Versätze melde man dem Bureau, Rosenthalerstraße 57, 9—12, 2—4 Uhr, außer Sonnabends.

Die Lohnkommission beschloß in ihrer letzten Sitzung einstimmig, daß die Mitglieder der Organisation überall da, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, die Arbeit auszugeben haben. Die erfolglosen Arbeitseinstellungen sind sofort dem Bureau zu melden.

Die Lohnkommission.

J. A.: Paul Nere.

Achtung, Herrenmaschinisten! Infolge der Versammlungsbeschlüsse vom 2. und 4. Juni, welche die allgemeine Arbeitsniederlegung und die Unterzeichnung eines Reverses von Nichtverbandsmitgliedern proklamierte, ist es bei der Wiederaufnahme der Arbeit bei den Berliner Getriebewerkstätten G. m. b. H. (A. Wertheim), Leipzigerstraße, zu Differenzen gekommen. Die Kollegen befinden sich dort noch im Ausstand. Die Berliner Getriebewerkstätten sind daher, solange eine Einigung nicht erzielt ist, für Werkstatt- und Heimarbeiter gesperrt. Wir ersuchen die Berliner Kollegschaft, die in diesen Tagen ihre Solidarität gezeigt hat, diese auch in dem vorliegenden Falle zu üben. Vor Arbeitsangeboten unter Chiffren oder Pseudonymen wird gewarnt.

Ordnungsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider, Engel-Ner 21, part.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen der Holzindustrie Berlin fand am Mittwoch im großen Saale von Keller in der Koppenstraße statt, um über das Reglement für die Krankenunterstützung zu beraten. Der hierzu vorliegende Entwurf wurde ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Danach kann den Mitgliedern, die mindestens 60 Wochen dem Verbande angehören und in der Jahreshälfte Berlin mindestens 13 80 Pfennig-Beiträge geleistet haben, vom 1. Juli 1905 ab in Krankheitsfällen eine Unterstützung von 1 M. für den Wochentag auf die Dauer von 26 Wochen gewährt werden. — Nach Erledigung dieses Punktes war die Zeit so weit vorgeschritten, daß die Berichterstattung über Werkstattstreiks und Differenzen verjagt wurde. Der Bericht vom Gewerkschaftskongress soll in einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung gegeben werden, die sich auch mit dem Jahresbericht der Gewerkschaftskommission befassen wird. — Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 14. Juni der paritätische Arbeitsnachweis in der Gormannstr. 13 eröffnet wird; ferner, daß am Sonntag vor Pfingsten nur von 5 bis 7 Uhr kassiert wird.

Bei der Firma David Franke Söhne, Mühlenstraße 53/54, haben sämtliche Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und die im Maschinenbetriebe beschäftigten Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Nichtbewilligung einer geforderten Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der Münchener Maschinenindustrie.

Nach der genauen Feststellung wurden insgesamt 2636 Arbeiter von der Aussperrung betroffen und nur 145 Arbeiter, meist Invaliden und alte Leute, haben insgesamt in den 10 Wochen den beschlagnahmten Revers unterzeichnet. Das freche Verlangen des bayerischen Maschinenproletariats, Verrat an ihrer Organisation zu üben, wurde also von den Arbeitern mit Absehen und Entrüstung zurückgewiesen. Was den Rühmännern in Norddeutschland nicht gelungen ist, das versuchen sie nun in Bayern: nämlich den Metallarbeiter-Verband zu vernichten. Und sie arbeiten dabei prompt nach dem Rezept des Herrn Vued. Dieses brutale Auftreten allein hat schon genügt, daß die Metallarbeiter Münchens fest und geschlossen den ihnen ausgedehnten Kampf führen werden. Der bayerische Metallindustriellen-Verband ersucht in der bürgerlichen Presse eine langatmige Erklärung, die antendentzioser Einstellung nichts zu wünschen übrig läßt und an die öffentliche Meinung appelliert, „damit nicht durch Sympathieumgebungen die Arbeiter in ihrem selbstmörderischen Vorgehen unterstützt und bestärkt werden“. Und worin liegt eigentlich dieses selbstmörderische Vorgehen? Darin, daß die Metallarbeiter ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen vertragsmäßig festlegen wollen, damit ihnen nicht wieder das, was sie früher an Pfennigen mehr erhielten, bei schlechterer Konjunktur marktwirtschaftlich genommen werden kann. Schon im vorigen Jahre hat die Direktion der Metallischen Maschinenfabrik mit den Arbeitern des Rahmenbaues, der Tendermacherei und Winkelhämmer einen Vertrag abgeschlossen, der bis 1. Mai Gültigkeit hatte. Die Schachtmacher ließen sich unbenutzt, die Firma Kassei schon von Anfang an zum Vertragsbruch zu bewegen. Der Vertrag war noch nicht abgelaufen, wurde von der Organisation auch nicht geändert, da wurden die Arbeiter tatsächlich mit Abzügen von 10—30 Prozent beglückt. Da der Direktor jedes Entgegenkommen ablehnte, traten die Arbeiter einiger Werkstätten vor sechs Wochen in den Ausstand, der Streik griff auf die Metallindustrie und Landesweite Fabrik über. Die vom Gerichtsrat Dr. Brenner gemachten Einigungsversuche wurden von den Fabrikanten in der schärfsten Weise zurückgewiesen. Dies der wahre Sachverhalt. Und mit ihrer Aussperrung und dem den Metallarbeitern zugemuteten Revers haben die bayerischen Maschinenmagnaten die Maske fallen lassen: Nicht der unglücklichen Tarifbewegung, sondern der Vernichtung der mächtig vorwärtsstrebenden Metallarbeiter-Organisation in Bayern gilt ihr Kampf! Es ist das eine Kraftprobe, wie sie in der Geschichte der bayerischen Gewerkschaftsbewegung bisher noch nicht zu verzeichnen ist. Die Gesamtarbeiterchaft Deutschlands und alles, was sich dem frechen Schachtmachertum noch nicht verschrieben hat, wird diesen hinterlistigen Angriff auf das Koalitionsrecht nach Gebühr zurückweisen!

Von der drohenden Metallarbeiter-Aussperrung in Nürnberg. Die Direktion der Nürnberger Siemens-Schuckertwerke ließ den Arbeiterausstand und eine Anzahl älterer Arbeiter zu sich rufen und eröffnete ihnen, daß am 9. Juni ein Anschlag erfolgen wird, wonach die Arbeiter aufgefordert werden, den bekannten Münchener Revers zu unterzeichnen. Sollte der fünfte Teil der Arbeiter den Revers unterzeichnen, so will die Firma diese Arbeiter weiter beschäftigen, im andern Falle würde der Betrieb vollständig eingestellt. In gleicher Weise würden die übrigen Mitglieder des Metallindustriellen-Verbandes, dem außerdem noch 25 größere Betriebe in Nürnberg angeschlossen sind, vorgehen.

Einen Einheitsbefehl hat die vierte Divisionskommission des Landgerichts Nürnberg in Enden des seit einigen Wochen andauernden Baderstreiks gefällt. Die Streikleitung der Baderarbeiter hatte in der „Nürnberger Tagespost“ Inzerate erlassen, in denen die Namen der Reiter veröffentlicht wurden, die die Forderungen der Gefäßchen bewilligt haben; dabei stand die Aufforderung an die Nürnberger Arbeiterchaft, nur bei solchen Meistern einzu-

Käufen, die bewilligt haben, nebst der Bemerkung: „Helfet einer geachteten Arbeiterkorporation zu ihren Rechten“. Die Vorstände der Bäckermeisterkorporationen und neun Meister stellten darauf beim Amtsgericht den Antrag, durch vorläufige Verfügung die weitere Veröffentlichung dieses Inserats bei Strafe zu unterbinden. Das Amtsgericht wies diesen Antrag ab, aber das Landgericht erklärte ihn auf erhobene Beschwerde hin für begründet und verbot auf dem Wege einseitiger Verfügung dem Verlag der „Tagespost“, dem Bäckermeister, dem Vorsitzenden der Jubiläums-Kasse, dem Goullereier Gagner und dem verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Tagespost“ Stauffer, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. wegen jeder Zuwiderhandlung, in öffentlichen Kundgebungen die Einwohnern der Stadt Nürnberg aufzufordern, den Bedarf an Brot nur in solchen Bäckereien, die die Forderungen der Gehälften bewilligt haben, zu decken und mittels solcher Kundgebungen Versicherungen zu verbreiten, als ob die Gehälften bei den Meistern, die sich ihren Forderungen nicht unterwerfen, geknechtet und ihrer Menschenrechte beraubt seien.“

Die „Siegreichen“ Bäckermeister werden von ihrem „Erfolg“ keinen Augen haben, das Publikum wird den streitenden Bäckern jetzt erst recht keine Sympathie zuwenden. Am 8. Juni wird eine Genossenschaftsbäckerei unter dem Namen „Vorwärts“ eröffnet, deren Existenz bereits durch reichliche Bestellungen gesichert ist.

Da diese Einhaltsbefehle jetzt immer mehr als Kampfmittel im Interesse der Unternehmer zur Anwendung gelangen, werden die Arbeiter zu überlegen haben, wie sie den beabsichtigten Zweck trotzdem erreichen. Der in Rede stehende Einhaltsbefehl schließt übrigens schon nicht aus, daß eine einfache Liste der Firmen, die bewilligt haben, veröffentlicht wird. Was zur Bedeutung dieser Veröffentlichung zu sagen ist, das läßt sich an anderer Stelle in Form von Betrachtungen geben. Das wäre schon ein Mittel, um solchen Einhaltsbefehle wirkungslos zu machen.

Eine große Banarbeiter-Aussperrung droht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Unternehmer haben auf Pfingsten gegen 20 000 Banarbeiter gekündigt, weil in Dortmund einige Mitglieder des deutschen Zimmererverbandes eine Lohnforderung stellten und Mitglieder des deutschen Maurerverbandes Sonnabends um 6 Uhr Feierabend haben wollen.

Die Aussperrung betrifft Mitglieder aller Organisationen. Nach Angabe der christlichen Gewerkschaften sind die Hälfte der Beteiligten im christlichen Verbandsverband. Ein Aufruf der christlichen Organisationen sagt: „Wahrlich, frivoler ist noch kein Kampf heraufbeschworen worden!“

Gerichts-Zeitung.

Beeinträchtigung des Rechtes der Streikposten. Am Donnerstag hatten sich vor dem Schöffengericht drei streikende Modellistler zu verantworten, die vor dem Betriebe der A. G. in der Brunnstraße Posten gestanden hatten und von der Polizei mit Strafmandaten bedroht worden waren. Die polizeiliche Strafverfügung stützt sich zwar darauf, daß die Betroffenen durch Verweilen auf dem Bürgersteige ein Verkehrsbehinderung gewesen sein sollen, außerdem berufen sie sich als Zeugen auftretenden Schulleute auf eine Anordnung ihres Leitnants, der die Fortweilung der Streikposten verfügt habe, weil vorher Arbeitswille durch Streikposten belästigt worden seien. Der Polizeileitnant des betreffenden Reviers war selber als Zeuge erschienen, nicht weil er über die zur Verhandlung stehenden Einzelfälle etwas auszusagen konnte, sondern anscheinend lediglich deshalb, um seine allgemeine Anordnung des Vorgehens gegen die Streikposten zu begründen. Bekanntlich spricht eine Entscheidung des Kammergerichts den Polizeibeamten das Recht zu, Streikposten ohne weiteres wegzurufen, wenn bei dem betreffenden Streik Arbeitswille belästigt worden sind und deshalb zu befürchten ist, daß weitere Belästigungen vorkommen. Auf diese Entscheidung stützte sich der Polizeileitnant. Er sagte, anfangs habe er angeordnet, die Streikposten ruhig gewähren zu lassen. Dann sei ihm aber mitgeteilt worden, daß Streikposten einen Arbeitswilligen bedroht hätten, indem sie zu ihm sagten, er werde nicht mit heißen Knochen aus der Fabrik kommen, wenn er weiterarbeite. Daraufhin habe er, der Polizeileitnant, ein schärferes Vorgehen gegen die Streikposten angeordnet. — Auch die Schulleute berufen sich auf diesen angeblichen Fall von Bedrohung, den jedoch keiner der Polizeibeamten aus eigener Anschauung, sondern nur durch die Erzählung eines Arbeitswilligen kannte. Ob diese Erzählung des Arbeitswilligen auf Wahrheit beruht, oder ob sie seine freie Erfindung ist, das festzustellen hielt das Gericht nicht nötig. Es verurteilte vielmehr alle drei Angeklagten zu Geldstrafen von 10 und 20 M. — Da die Verurteilung und Begründung des Urteils mit leiser und undeutlicher Stimme erfolgte, so konnte man im Zuhörerraum beim besten Willen nicht verstehen, ob die Streikposten nur als Verkehrsbehinderung auf Grund der Straßenpolizeiverordnung verurteilt worden sind, oder ob das Gericht die auf die Erzählung eines Arbeitswilligen gestützte Annahme des Polizeileitnants, es könnten Ausschreitungen vorkommen, rechtfertigen. Von solchen Tatsachen war aber vor Gericht keine Rede. Wie es scheint, hat sich auch der Polizeileitnant mit der bloßen Erzählung eines Arbeitswilligen begnügt, um daraufhin ein schärferes Vorgehen gegen die Streikposten zu veranlassen. Wenn das bei der Polizei allgemein herrschende Praxis ist, dann hat es jeder beliebige Arbeitswille bei jedem Streik in der Hand, den Streikposten die Ausübung ihres Rechtes unmöglich zu machen. Er braucht nur irgend einem Polizeibeamten erzählen, er sei belästigt und bedroht worden und wenn man es ihm glaubt — in solchen Sachen sind Polizeibeamte bekanntlich sehr leichtgläubig — dann hat die Polizei eine Handhabe, das Streikpostenstreichen ohne weitere Umstände zu verhindern.

Wie Richter sich irren können, zeigte sich gestern wieder einmal in einer Verhandlung vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I. Der Reisende Heinrich Löbmann war vom Schöffengericht I. Abteilung 135 wegen Betruges und Unterschlagung zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der gestrigen Verhandlung in der Verurteilung gelang es dem Verurteilten, der seinerzeit sofort verhaftet worden war, den Nachweis zu führen, daß seine Verurteilung zu Unrecht ergangen war. Das erste Urteil wurde deshalb aufgehoben und der zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte gewesene von Strafe und Kosten freigesprochen. — Der Angeklagte trat im September 1903 als Reisender bei der Kunst-Anstalt „Hanna“ ein. Er ließ sich einen Spesenvorschuss von 40 M. geben. Als Sicherheit für diesen in Form eines Darlehens gegeben wurde, gab er einen Pfandschein über einen Brillantring im Betrage von 120 Mark. Der Angeklagte bemerkte hierbei, daß der Ring einen effektiven Wert von etwa 500 Mark habe, der Geschäftsinhaber Schradack wollte später den für den Pfandschein von ihm eingelösten Ring verlaufen. Hierbei stellte sich heraus, daß der Ring viel zu hoch beliehen war und nur ganz geringen Wert hatte. Einen weiteren Betrag fand das Schöffengericht darin, daß er als Reisender eine Bestellung auf eine Vergrößerung angenommen, eine Anzahlung erhalten, den Auftrag aber nicht ausgeführt hatte. — In der erneuten Beweisaufnahme konnte indessen festgestellt werden, daß dieser angebliche Betrag auf einem Jerum beruhte. — Im Jahre 1903 führte der Angeklagte für eine Firma Rain die Aufnahme von Bestellungen auf Vergrößerungen aus. Er überlieferte die Photographien den betreffenden Personen nach Berlin. Hier wurde die Vergrößerung fertiggestellt, und zwar auf Kosten des Angeklagten. Diese Bilder, sogenannte „Pointen“, mußten indessen noch in Kreide weiter ausgeführt werden und waren dann erst verkaufsfähig. In vielen Fällen ließ nun der Angeklagte auf eigene Kosten die Bilder fertigstellen und einrahmen und verkaufte sie dann für eigene Rechnung. Auch hierin erblickt das Schöffengericht einen Betrag. — In der erneuten Beweisaufnahme in der Verurteilung hatte Rechtsanwalt Dr. Davidsohn einen umfangreichen Beweis dafür angetreten, daß dem Angeklagten jede

Absicht eines Betruges gefehlt habe. Durch die erste Verurteilung sei Löbmann in seinem Beruf total ruinirt, wie der Schöffengericht zu einer derartig horrenden Strafe kommen konnte, erscheine ganz unverständlich, zumal es sich um einen völlig unbefehlten Mann handele. Das Berufungsgericht nahm im völligen Gegenlatz zu dem ersten Urteil an, daß die Angeklagte sich nach keiner Richtung hin des Betruges schuldig gemacht habe. Das erste Urteil wurde deshalb aufgehoben und L. kostenlos freigesprochen.

Verabschueungswürdige Eltern. Der Maurer Franz Scholz ist ein vielfach wegen Gewalttätigkeiten vorbestrafter Mensch. Er ist erst 33 Jahre alt, hat aber schon sieben Jahre wegen Robbertsvergehen hinter Gefängnismauern zugebracht. Seine Ehefrau, Emma S., brachte ihn bei ihrer Verheiratung drei uneheliche Kinder mit in die Ehe. Sie selbst haben aus ihrer Ehe nur ein Kind. Dieses wurde, wie leider allzuhäufig, den drei unehelichen Kindern, die jetzt im Alter von 3 bis 8 Jahren stehen, nach allen Richtungen hin vorgezogen, da letztere sowohl dem Namen als auch der eigenen Mutter stets ein Dorn im Auge waren. Das eigene Kind wurde verhätselt, während die unehelichen einem förmlichen Martyrium unterworfen waren. Aus der Wohnung der Angeklagten löste allzu häufig entsetzliches Kindergeschrei und das Klatschen von Schlägen. Schließlich wurden die übrigen Hausbewohner aufmerksam. Die Kinder sahen nicht nur zerklüftet und mit Striemen bedeckt aus, sondern waren auch überaus blaß und verhungert. Mitleidige Nachbarn gaben deshalb den Kindern mehr als einmal etwas zu essen. Die angeklagte Ehefrau Scholz sagte selbst einmal den Nachbarn, daß sie den Kindern nicht fast zu essen geben dürfe, da es ihr Mann so befohlen habe. Dieser habe auch einmal, als sie dem jüngsten Milch geben wollte, die Milch in die Wasserleitung gegossen und gesagt, das Vieh brauche keine Milch. Die kleine Emma S. erzählte einmal, sie könne nicht sitzen, weil ihr das ganze Gesicht blutig geschlagen sei. Die betreffende Frau entkleidete das Kind und fand das Gesicht und den Leib mit vielen blutigen Striemen bedeckt. Am 5. Okt. v. J. löste wieder jämmerliches Kindergeschrei aus der Wohnung der Angeklagten. Bald darauf lief die kleine D. hülflos aus der Wohnung und suchte Schutz bei einer Nachbarin. Selbst hierher verfolgte sie die rabiate Mutter und schlug unbarmherzig mit einem Stock auf das Kind ein. Ein Arzt, dem letztere sofort zugeführt wurde, konstatierte nicht weniger als 40 dicke blutunterlaufene und zum Teil auch offene Striemen an dem Körper des armen Wesens. — Wegen die Eltern wurde Klage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Das Schöffengericht verurteilte den Ehemann zu zwei Monaten, die Ehefrau zu einer Woche Gefängnis. Wegen dieses Urteils legten beide unter dem Vorstand des Rechtsanwalts Morris Berufung ein. Dieser hatte Beweis dafür angetreten, daß zum mindesten der Ehemann das ihm zustehende Fürsorgerecht nicht überschritten habe und deshalb freigesprochen werden müsse. Der Gerichtshof hob auch bezüglich des Ehemannes das erste Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. Bezüglich der Ehefrau wurde die Berufung verworfen und das schöffengerichtliche Urteil bestätigt.

Ein Automobilunfall, bei welchem die Frau Staatsminister v. Delbrück schwer verunglückte, lag einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zugrunde, welche gestern den Kraftdrochlenfahrer Franz Dobberstein vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I. führte. — Am 8. November v. J. kam die verwitwete Frau v. Delbrück vom Brandenburger Tor über die Friedens-Allee entlang. Vom Bismarck-Denkmal aus ging Frau v. D. in schräger Richtung über die Alleenstraße nach der Koonstraße zu. Als sie den Straßendammpf passieren wollte, kam der Angeklagte, welcher eine Kraftdrochle fuhr, vom Reichstagsplatz her. Frau v. D. wurde von dem Fahrzeug erfaßt und zu Boden geschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieb. Die Kraftdrochle, in der Oberleutnant v. Alten saß, fuhr erst eine kurze Strecke weiter und hielt dann. Frau v. Delbrück hatte infolge des wuchtigen Stoßes schwere Verletzungen erlitten. Außer einem Bruch und einer Quetschung des Hüftgelenks trug die Verunglückte noch schmerzhaft Hautabrisse davon. — Die Anklage machte dem Angeklagten Dobberstein zum Vorwurf, daß er diesen Unfall durch seine Fahrlässigkeit verschuldet habe, indem er nicht nur zu schnell fuhr, sondern auch auf der linken Straßenseite gefahren war. In der gestrigen Verhandlung bestritt D., sich irgendwie einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht zu haben. Frau Erzelenz v. Delbrück habe wegen des regnerisch-stürmischen Wetters ihren Schirm geöffnet gehabt und diesen gerade in der Weise gehalten, daß sie sein Führerwerk nicht sehen konnte. Sie sei direkt in sein Führerwerk hineingelaufen, da er nicht ausbiegen konnte. Rechtsanwält Dr. Schwandt glaubte, entgegen dem auf drei Monate Gefängnis lautenden Antrag des Staatsanwalts, der eine Fahrlässigkeit für nachgewiesen hielt, eine Freisprechung für geboten, da den Angeklagten keinerlei Schuld an dem allerdings höchst bedauerlichen Unfall treffe. Der Gerichtshof schloß sich dem an und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei.

Der Schrei nach Frieden und Verfassung.

Unser Korrespondent sandte uns gestern nacht das folgende Telegramm:

Moskau, 7. Juni, nacht. (Privattelegramm des „Vorwärts.“) Der Kongress der Vertreter der Semstwo und Stadträte nahm einstimmig den Text einer Adresse an, in welcher der Jar gebeten wird, sofort eine Nationalversammlung einzuberufen. Der militärische Zusammenbruch erzeugt eine wunderbare Einmütigkeit zwischen Konservativen und Liberalen.

Gleichzeitig tagte der Kongress des Bundes der Berufsorganisationen, unter ihnen auch der Bauernbund. Dieser Kongress erklärte alle Mittel für gesetzmäßig im Kampf gegen das herrschende Regime.

In den Semtwos ist die Richtung herrschend, welche die revolutionäre Bewegung durch die Konzeption einer Scheinverfassung zu entkräften versucht. Dagegen erstreben die Berufsorganisationen, in denen die Anfänge eines wirklichen öffentlichen Parteilebens in Rußland zum Ausdruck kommen, radikale Umwälzungen. Hier finden sich die Advokaten, Ärzte, die Intellektuellen der verschiedenen Berufe, aber, wie das obige Telegramm zeigt, auch Bauern zusammen. Diese „Bünde“ gravitieren noch der revolutionären Arbeiterbewegung hin und versuchen zu verhindern, daß Rußland durch eine — wie man es nennt — „graue“ Verfassung um den Preis der revolutionären Opfer gebracht wird.

Ein offizielles Telegramm aus Moskau berichtet: Die Versammlung der Semtwomitglieder und Stadthaupter beschloß, eine Abordnung von zehn Personen auszuwählen mit dem Grafen Heyden und Schipow an der Spitze, um dem Kaiser von Rußland eine Adresse zu überreichen, in der die sofortige Einberufung von Volksvertretern zur Entscheidung der Frage über Krieg oder Frieden befürwortet werden soll.

Väterchen berät.

Petersburg, 8. Juni. Dem „Regierungsboten“ zufolge beginnen heute im Ministerrat die Beratungen über die Vorschläge des Ministers des Innern Bulygin betreffend die Volksvertretung.

Nach der „Frankf. Zig.“ erwartet man für heute eine offizielle Ankündigung einer „Volksvertretung“.

Die Politik der Grenz.

Genf, 8. Juni. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Russisch-Armenien hat die russische Regierung, in der Absicht die revolutionäre Bewegung im Kaukasus einzubändigen, die nationalen Kämpfe organisiert. Die mohamedanische Bevölkerung begehrt mit Unterstützung der Polizei Regeselen und Plünderungen

in ganz Russisch-Armenien. Nach Baku sind jetzt die Provinzen Scharour, Jaquezgor, Djabanhor und Griwan Schauplatz der Greuelthaten. Es ist die genaue Wiederholung der Begebenheiten von Hamidie. Die russische Regierung versucht auch die guten Beziehungen zwischen Armeniern und Georgiern zu stören und diese gegeneinander zu erbittern.

Die letzten Augenblicke Kalajews.

Dem „Rapnod“ wird aus Petersburg geschrieben: Am 23. Mai kam um 12 Uhr in seine Zelle in der Peter-Paul-Festung der Staatsanwalt und erklärte ihm, für 2 Uhr sei die Hinrichtung bestimmt. Nicht eine Gesichtsmuskel zuckte. Der Staatsanwalt legte ihm dann die Bittschrift um Begnadigung an Nikolaus II. vor. Kalajew verweigerte entschieden die Unterschrift, und bat, man möge ihm Tee und Rahtung geben.

Der Staatsanwalt ging hinaus, kam aber achtmal wieder, Kalajew bittend und flehend, er möge doch das Gesuch an die „höchste Stelle“ unterzeichnen. Kalajew verweigert es jedesmal in kategorischer Form.

Dem Geistlichen, der in die Zelle kam, hat er hinauszu gehen, indem er ihm sagte, daß er seine innere Religion habe, daß sein Gewissen ruhig ist, daß er überzeugt ist, nichts Böses getan zu haben.

Aus der Zelle trat Kalajew mit solcher Ruhe und Sicherheit hinaus, als ob er spazieren ginge. Eine solche eiserne Ruhe haben die Behörden der Festung, in der schon so viele Opfer hingemordet wurden, noch nicht gesehen.

So starb der junge Held der russischen Revolution.

In weiten Kreisen ist eine Sammelaktion für die Familie des Ermordeten eingeleitet worden. Der hiesige Ingenieurverband beschloß, der Mutter Kalajews einmalig 100 Rubel und allmonatlich 25 Rubel zu überweisen.

Das Geheimnis der Friedensvermittlung.

Washington, 8. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der französische Botschafter Julerand hatte heute vormittag eine halbstündige Unterredung mit Präsident Roosevelt.

Unmittelbar nach dieser Unterredung wurde Loomis, der stellvertretende Sekretär des Staatsdepartements vom Präsidenten empfangen, um, wie aus bester Quelle verlautet, Roosevelt die Überlegungen von Chiffretelegrammen zu überreichen, die von den amerikanischen Botschaftern in Petersburg und London eingegangen waren.

Ueber den Inhalt dieser Telegramme verlautet nichts und Loomis hat es abgelehnt, den Zweck seines Besuchs beim Präsidenten Roosevelt mitzuteilen. Loomis erklärte, er sei nicht in der Lage, sich über den Stand der Friedensfrage zu äußern, die Lage sei delikat und deshalb könne er keinerlei Einzelheiten über die im Gange befindlichen Verhandlungen mitteilen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Erfahrung in Hameln-Springe.
Hameln, 8. Juni. (B. T. V.) Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Hameln-Springe (9. Hannover) erhielten Hausmann (nat.-lib.) 14 361, Bred (soz.) 10 167 Stimmen. Hausmann ist also gewählt. — Bei der Stichwahl im Jahre 1903 entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten 11 257 und auf den nationalliberalen Kandidaten 14 989 Stimmen.

Marokko-Konferenz.

Washington, 8. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen verschiedenen Mächten einen förmlichen Vorschlag wegen Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung der Marokko-Angelegenheit gemacht.

Offiziös wird dazu von deutscher Seite erklärt: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Die Einladung zur Konferenz geht vom Sultan von Marokko aus. Die kaiserliche Regierung hat den Vertragsmächten der Madrider Konferenz von 1880 mitgeteilt, daß und aus welchen vertragsrechtlichen Gründen sie bereit ist, die Einladung anzunehmen.

Zur norwegischen Umwälzung.

Kristiania, 8. Juni. (B. T. V.) Das Storting hat heute nachmittag den Präsidenten ermächtigt, König Oskar die angenommene Adresse mit einem Begleitfreschen zu übersenden.

Das norwegische Kirchengesetz ist in Uebereinstimmung mit der neuen Situation verändert worden, indem das Gebet für die Adnigskamille ausgelassen ist. Das Kirchengesetz hat die Weislichkeit aufgefördert, bei dem ersten Gottesdienst ein passendes eingehendes Gebet für das Vaterland zu beten. Die Zeitung „Aftenposten“ meldet aus Stockholm: Das schwedische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat in der vorigen Woche die Gesandten beauftragt, bei den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, darüber Erkundigungen einzuziehen, wie man sich zu einer eventuellen Notifikation von seiten Norwegens über den Austritt aus der Union stellen würde und was man auf eine solche Notifikation antworten würde.

Staat und Kirche in Frankreich.

Paris, 8. Juni. (B. T. V.) Die Deputiertenkammer hat den Artikel 9 der Gesetzesvorlage betreffend Trennung von Staat und Kirche angenommen; dieser Artikel regelt die den Geistlichen zu gewährenden Pensionen.

Für den Frieden.

Paris, 8. Juni. (B. T. V.) Die französische parlamentarische Gruppe für internationale Schiedsgerichte und der englische parlamentarische Handelsausschuß haben übereinstimmend einen Antrag angenommen, in welchem die Regierungen Frankreichs und Englands gebeten werden, Rußland und Japan ihre guten Dienste anzubieten. Dieser Antrag ist gleichzeitig dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris und London überreicht worden. Der Antrag stützt sich auf die Haager Konvention vom Juli 1899, die die Intervention einer dritten Macht oder mehrerer dritter Mächte bei einem internationalen Streitfalle zur Pflicht macht.

Zobedurteil.

Gießen, 8. Juni. (B. T. V.) Das Schwurgericht verurteilte heute den Schlägergejellen Oskar Hudde aus Schalle, der im vorigen November an dem Fatterer Theobald in Heldenbergen einen Raubmord verübt hatte, zum Tode, zwölf Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Zuchthausstrafe Otto Walter aus Raugard, der wegen Teilnahme an zwei Einbrüchen mitangeklagt war, wurde zu einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurteilt.

BahnunTERSPIELUNG.

Wernigerode, 8. Juni. (B. T. V.) Amliche Meldung. Infolge Baumruftung des Zufahrtgleises vom hiesigen Güterbahnhof nach dem Umladebahnhof durch Hochwasser ist der direkte Wagenladungsverkehr von Wernigerode Staatsbahnhof nach Stationen über Wernigerode hinaus auf zehn bis zwölf Tage unterbrochen. Der Wagenladungsverkehr nach Wernigerode — also, sowie der Stückgut- und Eilgutverkehr wird in vollem Umfange aufrecht erhalten. Der Betrieb auf der Hauptstrecke von Wernigerode-Nordhausen und Drei Annen-Höhne-Wroden ist nicht gestört. Auf Wunsch der Interessenten erfolgt der Wagenladungsverkehr in direktem Verkehr nach den Stationen über Wernigerode hinaus durch Leistung über die Station Nordhausen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Juni 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen heute nur „keine Sachen“.

Zur Annahme der Schenkung von 30 000 M., welche Frau Grunert, Genthinerstr. 18, als „Heinrich Grunert-Stiftung Berlin 1905“ der Stadt unter der Bedingung zugewendet hat, daß die Hülsen zugunsten armer Blinder speziell für das Fortbestehen und die Erweiterung der in der städtischen Blindenanstalt bisher gestellten Monatschrift „Blindenheim“ verwendet werden, erteilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Den Beschlüssen der Versammlung wegen Herstellung eines elektrischen Speisenaufzuges und Verlegung der Festfläche im Ratskeller hat der Magistrat zugestimmt, wie er zur Kenntnisnahme mitteilt.

Stadtv. Rosenow (R. 2.): Die Herren Kollegen werden heute sehr überrascht gewesen sein, vor dem Rathause einen vollständigen Biergarten

Biergarten

etabliert zu finden, der gerade nur den Haupteingang frei läßt. Wie ist es möglich, daß der Magistrat über städtische Straßen und Plätze verfügt, ohne der Versammlung vorher auch nur Kenntnis zu geben? Im Jahre 1902 hat diese sich durchaus gegen eine solche Anlage ausgesprochen. So wie diese jetzt ist, kann sie unmöglich bleiben, denn die Gasse dieses Restaurants sind weder gegen Sonnenschein noch gegen Regen geschützt. Wie ich höre, hat der Magistrat nur mit knapper Mehrheit, mit einer Zufallmehrheit der Anlage zugestimmt, die auch nicht unerhebliche Kosten verursacht.

Stadtv. Singer (Soz.):

Ich bedauere, daß nach dieser Anfrage keiner der Herren vom Magistrat das Wort nimmt, um uns die Rechtsbasis für die Entscheidung des Magistrats, für die Zulassung dieser offenen Biergartenfestung zu geben. Der Magistrat scheint also triftige Gründe nicht zu haben. Aus ästhetischen, praktischen und kommunalpolitischen Gründen muß der Vorgang scharf beklagt werden. Ueber den ersten Punkt läßt sich ja kaum streiten, da gustibus non est disputandum (über den Geschmack ist nicht zu streiten). Freilich, als ich die Anlage zum erstenmal sah, fühlte ich mich nach Krähwinkel verlegt und an das beliebte Berliner Wort erinnert, wenn der Sommer kommt: Mutter, sey' den Garten raus! (Heiterkeit.) Ja, einen anderen Eindruck macht das nicht. Ich meine, vor das Rathaus einer Großstadt gehört eine solche Anlage nicht hin. Vom Schönheitsstandpunkt kann ich also nur bedauern, daß der Magistrat den Rathausplatz dazu hergegeben hat. Auch praktisch wird der Zweck, den Verkehr im Ratskeller zu fördern, gewiß nicht erfüllt werden. Was an Verkehr sich dort anfinden wird, wird dem eigentlichen Keller entzogen werden. Daß es Aufgabe der Stadt ist, jemandem, der ein Lokal gemietet hat, in dem er nicht mehr prosperiert, durch solches Entgegenkommen seine Situation zu erleichtern, kann ich nicht anerkennen. Eher würde ich einen Antrag des Magistrats auf Herabsetzung der Pacht verstehen. Viel wichtiger ist aber die Frage nach dem Rechtsboden für das Vorgehen des Magistrats. Darüber hoffe ich, werden wir, wenn auch nicht heute, so doch in einer der nächsten Sitzungen Aufklärung erhalten. Die Versammlung hat sich früher bei keiner Gelegenheit gezeigt, eine solche Einrichtung zu empfehlen; sie hat nur dem Magistrat zur Erwägung gegeben, ob nicht die Front des Rathauses mit einem Rasenstreifen auszustatten sei. Dieser Rasenstreifen erinnert mich an einen anderen, bei dessen Vertretung der Magistrat eine gewisse Virtuosität bewiesen hat. Damals wurde der Widerspruch gegen die verkehrsstörende Schloßterrasse mit dem Hinweis darauf entkräftet, daß es sich nur um einen kleinen Rasenstreifen handle. Jetzt wird man uns vielleicht vom Magistratsstische auch diese Restauration als den betreffenden Rasenstreifen darstellen. (Heiterkeit.)

Zu der Vertretung des Platzes vor dem Rathause in der beliebten Weise gehört die Genehmigung der Versammlung. Erst vor einigen Jahren wurden hier ganz bestimmte Grundzüge für solche Verwendungen aufgestellt. Der Magistrat hat also nicht das Recht, einseitig vorzugehen. In wiederholten Malen hat der Oberbürgermeister die Kompetenz des Magistrats der Versammlung gegenüber mit großer Entschiedenheit gewahrt; gerade deshalb muß er doppelt und dreifach sich fragen, ob er allein ein Verwaltungsrecht in einem bestimmten Falle habe oder ob dazu ein Gemeindebeschluss gehört. An die Verantwortung dieser Frage werden sich, wie ich vermute, Beschlüsse der Versammlung knüpfen; heute kommt es ja nur auf die Bekundung eines allgemeinen Sentiments an. Auf keinen Fall kann zugegeben werden, daß hier ein Anfang gemacht wird mit der einseitigen Verwendung städtischen Eigentums durch den Magistrat. Wir, die berufenen Vertreter der Bürgerchaft, haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß solche Ueberschreitungen nicht vorkommen.

Bürgermeister Dr. Reide:

Ich halte es nicht für ganz leicht, mit vielen Leuten sich über Dinge zu unterhalten, welche aus dem Gebiete des Geschmacks liegen. Der Angrimm scheint mir doch mehr auf ästhetischem Gebiete zu liegen. Was die verfassungsmäßige Rückfrage betrifft, würde ich nicht, worauf die Versammlung ihr Bestimmungsrecht gründen wollte bei der Verwaltung städtischen Vermögens, wo etwas Bestimmungs-widriges nicht vorliegt. (Unruhe.) In sehr vielen Ver-waltungen hat man es, daß die gelegentliche provisorische Benutzung der Verwaltung vorbehalten bleibt, so zum Beispiel bei der Errichtung von Selterswasserbuden, Kaffeefäulen und dergleichen. Bei den Aufschlagfäulen ist es etwas anderes, da kommt das Aufschlagmonopol und die finanzielle Konsequenz in Frage. Zur Kenntnisnahme hätte die Entscheidung des Magistrats vielleicht vorgelegt werden können, aber da hätte es sich auch bloß um eine Form gehandelt; Sie können uns nicht für blind halten, wie wir Sie nicht dafür halten. (Unruhe.) Gewiß hat der Magistrat von der Sache Kenntnis. Der Zweckmäßigkeitsgesichtspunkt ist sicherlich der bedeutendere. In dieser Beziehung war für uns nur die Frage, ob wir im Interesse der Bürgerchaft handeln. Und da haben wir und gesagt, mitten in der großen Steinwüste Berlin ist jedes Fleckchen Grün mit Freuden zu begrüßen (Heiterkeit); es ist eine ganz andere Sache, als wenn das Publikum in den dunklen Keller hineingeht. Persönlich finde ich die Sache sogar ganz hübsch. Stadtbaurat Hoffmann, dem wir in ästhetischer Hinsicht doch manches zu-trauen, hat auch nichts dagegen einzuwenden gehabt. Wenn Sie sich erst daran gewöhnt haben, werden Sie die Sache nicht mehr so un-erträglich finden. Ich bitte Sie, die Kompetenz des Magistrats nicht ferner zu bezweifeln.

Stadttr. Selberg: Der Magistrat hat seinen Beschluss mit ganz erheblicher Mehrheit gefasst. Im Jahre 1902 hat die Versammlung u. a. den Magistrat zur Einrichtung eines Schmudstreifens vor dem Rathause aufgefordert. Die Beschlussfassung des Magistrats hierauf, die auch schon 1902 erfolgt ist, ging dahin, an die Stelle des Schmudstreifens ein Restaurationslokal treten zu lassen. Der Gesamtkosten-anschlag fand aber nicht die Zustimmung der Versammlung und die Sache blieb einstweilen liegen. Da kam ein Brief des Pächters Falkenberg, der von neuem die Anlage des Restaurationslokals an-regte. Die Deputation hat die Einrichtung, wie solche in vielen Städten besteht, empfohlen. Der Magistrat hat die Erlaubnis natür-lich nur auf jederzeitigen Widerruf erteilt.

Stadtv. Cassel (R. 2.): Wenn der Verkehr durch die Anlage nicht leidet, kann ich nicht finden, daß die Würde Berlins durch Weis-

Anlage leidet. (Zustimmung.) Zahlreiche Bewohner des Zentrums freuen sich sehr, eine solche Gelegenheit zu erhalten, sich abends beim Glase Bier im Freien zu erholen. Was die Rechtsfrage betrifft, so hat aber der Bürgermeister die schweren Bedenken von Rosenow und Singer nicht entkräftet. Es handelt sich hier um eine ökonomische Verwendung städtischen Geländes, das der allgemeinen Benutzung zugunsten des Pächters entzogen ist. Ich bedauere insbesondere, daß die Versammlung nicht vorher mit dieser Sache befaßt wurde, und das gerade, weil es sich um eine zweifelhafte Sache handelt. Wenn wir vor der Ausführung die Absicht des Magistrats auch nur zur Kenntnis bekommen hätten, wäre die Angelegenheit leichter zu applizieren gewesen. Jetzt werden Anträge nicht ausbleiben und der Magistrat wird gut tun, durch Entgegenkommen Streit zu vermeiden.

Stadtv. Singer:

Stadttr. Selberg hat in der Ausschussberatung selbst sich gegen die Einrichtung des Restaurationslokals vor dem Rathause ausgesprochen, und zwar unter Hinweis auf die eventuelle Notwendigkeit eines Zeltes. Andererseits ist doch die Deputation nicht die Stadtverordneten-Versammlung. Daß diese mitzureden hat, behaupte ich nach wie vor und darin hat mich auch der Bürgermeister nicht eines anderen belehrt. Der Bürgermeister irrt, wenn er glaubt, auch für uns stünde tatsächlich der ästhetische Gesichtspunkt im Vordergrund. Jedenfalls entsprechen meine konstitutionellen Bedenken diesem Gesichtspunkte nicht. Die Ausführungen des Bürgermeisters haben mir den Eindruck einer Verlegenheitsrede gemacht. Der von uns genehmigte Vertrag handelt von der Ver-pachtung des Ratskellers, nicht von der des dem Rathause vor-liegenden Platzes; dieser Unterschied konnte doch auch dem Bürger-meister nicht entgehen. Auch sonst ist seine Auffassung über unsere Rechte höchst eigentümlich und kaum mit der Städte-Ordnung zu vereinbaren. Nach seiner Deduktion hätte sich die Versammlung nur um Dinge zu kümmern, die in Beziehung zum Etat stehen. Eine solche Auffassung steht doch ganz abseits von wirklicher Selbst-verwaltung. Die Versammlung hat sich um alles zu kümmern, was in der Stadt vorgeht; der Magistrat hat die Exekutive, aber nicht das geringste Vortrecht. Nach dieser Ver-antwortung muß die Versammlung um so energischer eine solche Auffassung zurückweisen. Wir werden die Rechtsfrage durch einen Beschluss der Versammlung in das gebührende Licht stellen. Wird nachträglich die Genehmigung eingeholt, so kann man ja für dies-mal damit zufrieden sein, aber die Rechtsfrage muß prinzipiell aufs gründlichste erörtert werden.

Stadttr. Selberg entgegnet, ist aber auf der Tribüne nicht deut-lich zu verstehen. Er scheint anzuführen, daß er seinen Widerspruch gegen die Einrichtung hinsichtlich des Zeltes nicht aufrecht zu er-halten brauchte.

Damit schließt die Debatte. Unter großer Heiterkeit der Ver-sammlung stellt der Vorsitzende fest, daß die Versammlung von der Jurisdiktion des Magistrats Kenntnis genommen hat.

Die Vorlage wegen Verkaufs mehrerer der fiskalisch-städtischen Rüderrdorfer Bergwerkssozietät gehörigen Wiesen an der Böding geht nach kurzer Erörterung an einen Ausschuss.

Zur Erweiterung der Bewässerungsanlagen des Kaiser- und Kaiserin Friedrich Kinderkrankenhauses sind 2450 M. erforderlich, die die Versammlung auf den Extra-Ordinarium des Hochbau-Etats bereitgestellten Baufonds von 150 000 M. an-weist.

Eine 71 Quadratmeter große Fläche alten Biegelandes, welches dem Grundstück Vorlagenerstr. 17/18 als Baumaste vorgelegt ist, soll für 70 Mark pro Quadratmeter an die Grundstückbesitzer, M. Weigke Erben, verkauft werden. Die Vorlage wird an-genommen.

Für das Armenamt XIII sollen die im Hause Kolonie-straße 3/4 befindlichen Bureauämlichkeiten durch Hinzumietung einer angrenzenden Wohnung erweitert werden. Der Jahresmiete-Preis von 1000 M. wird genehmigt.

Dem Deutschen Schulverein in Wien will der Magistrat eine Spende von 500 M. als Beifugung zu einem Jubel-fonds bewilligen, der am 13. Mai, dem Jahrestag des 25-jährigen Bestehens des Vereins, in der Absicht errichtet worden ist, im Jahr-jahre 1905 zehn deutsche Volksschulen und Kindergärten in deutschen Gemeinden Oesterreichs zu eröffnen.

Schluss 7/7 Uhr.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Gestern vormittag von 9 bis 12 1/2 Uhr fanden in beiden Kammern des Kaufmannsgerichts die ersten Vergleichssitzungen statt. Sie wurden in der einen Kammer vom Magistratsrat Tschow, in der anderen vom Gerichtsdirektor Liebrecht geleitet. Nicht weniger als 34 Fälle standen zur Verhandlung. Ein großer Teil wurde durch Vergleich erledigt. Im übrigen wurden teils Ver-säumnisurteile gefällt, weil die Beklagten nicht erschienen waren, teils wurden die Termine, wo triftige Entschuldigungsgründe der nicht erschienenen Partei vorlagen und die Gegenpartei sich damit einverstanden erklärte, vertagt und teils wurden die Parteien, weil ein Vergleich unmöglich erschien, zu den Verhandlungen des voll besetzten Kaufmannsgerichts geladen. Die Termine wurden teils auf den 16., teils auf den 19. Juni festgesetzt.

Bei den meisten Klagen handelte es sich um Gehaltsforderungen wegen Nichtbeachtung der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungs-frist. Oftmals boten die Auseinandersetzungen zwischen Kläger und Beklagten recht interessante Einblicke in die Verhältnisse der Handlungsgehälts- und die Umzugsformen, die in manchen Ge-schäften üblich zu sein scheinen. So hatte z. B. der Angestellte eines Konfektionsgeschäftes seine Stellung ver-lassen, weil der Chef ihn „Däse“, „Esel“, „Heupferd“ und dergleichen mehr titulierte. Der Beklagte aber meinte, daß derartige Anreden nichts Außergewöhnliches seien; wollte jeder Angestellte das so genau nehmen, so müßten tagtäglich an 150 Kon-fektionsfirmen verklagt werden. Eine junge Dame, die in einem Farbengeschäft als Verkäuferin angestellt war, wurde von ihrem Chef so grob beleidigt, daß sie Abstand davon nahm, die Schimpf-woorte mitzuteilen. Dennoch weigerte sich der Chef, ihr das für die schriftlich vereinbarte 14 tägige Kündigungsfrist verlangte Gehalt auszusahlen, und erst als der Richter ihn darauf aufmerksam machte, daß nach dem Handelsgesetzbuch trotz jener Ver-einbarung die Kündigungsfrist mindestens vier Wochen betrage, verhand er sich dazu, der Klägerin 28,50 M. zuzubilligen. In einem Falle klagte ein als Provisionsreisender ohne Gehalt tätig gewesener Handlungsgehälts auf Aus-zahlung von 38 M. Provision. Der Chef wollte nicht zahlen und säufte sich im wesentlichen auf die Behauptung, daß von den be-stellten Waren vielleicht ein großer Teil nicht abgenommen werden würde. Nach längeren Auseinandersetzungen kam schließlich ein Vergleich zustande, wonach er dem Kläger 25 M. auszahlte. Eine Klage wurde ausgesetzt, weil nebenbei ein damit zusammen-hängender Termin vor dem Landgericht schwebt. In diesem Falle handelte es sich um ein sehr langes und wenig schmeichelfähiges Zeugnis, das dem Kläger sein ferneres Fortkommen sehr erschweren mußte.

Im ganzen waren beim Kaufmannsgericht bis gestern bereits 250 Klagen eingelaufen, was wohl auch hinreichend zeigt, wie stark unter den Handlungsgehälts das Bedürfnis nach einem derartigen Gericht ist, zumal wenn man bedenkt, daß vielleicht tausende die Bedeutung und den Wert dieser Institution noch gar nicht erkannt haben.

Schadenersatz und Aufrechnung.

Der Hausdiener W. hatte im Auftrage des Buchbindermeisters Reih auf einem zweirädrigen Handwagen ungebundene Bücher ab-zuholen. Der Wagen wurde zu schwer beladen, so daß er beim Niederbreiten der Deichseln entzwei ging. Reih machte den Haus-biener dafür verantwortlich und wollte, daß er ungefähr die Hälfte des Schadens mit 6,50 M. erzeuge. Er zog ihm einmal 5 M. vom Lohn ab und dann noch 1,50 M. Einige Tage nach dem zweiten Abzuge protestierte W. dagegen und klagte demnach beim Gewerbe-gericht auf Herauszahlung der 6,50 M. Der Beklagte behauptete ein Einverständnis des Klägers mit den Abzügen und beantragte, W. nicht nur mit der Klage abzutreiben, sondern ihn auch noch zu verurteilen, ihm eine Verfaummisgebühr von 5 M. zu zahlen, weil Kläger ihn in schändlicher Weise aufs Geratewohl zitiert habe. (1)

Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schoden beurteilte den Beklagten, an den Kläger 1,50 M. zu zahlen, und verwarf den Antrag des Beklagten auf Jubiligung einer Verfaummisgebühr. Begründend wurde angeführt: Ein Schaden müsse naturgemäß von dem getragenen werden, der ihn verursacht habe. Wie es hier damit stehe, könne dahingestellt bleiben, da das Bürgerliche Gesetzbuch ein Aufrechnungsverbot lenne. Dieses greife jedoch dann nicht Platz, wenn eine Einigung über eine Auf-rechnung stattfinde. Eine solche Einigung sei nun unbedingt darin zu suchen, daß schon drei Wochen zurücklagen, als Kläger auf die zuerst abgezogenen 5 M. Anspruch erhob. Die Jubiligung der Klärung des Lohnes um 5 M., die hier anzunehmen sei, könne W. durch die Klage nicht wieder rückgängig machen. Anders verhalte es sich mit den später abgezogenen 1,50 M. Gegen diesen Abzug habe Kläger zwar auch nicht sogleich protestiert, aber nur deshalb nicht, weil er nicht sofort dazu gekommen sei; er habe es aber noch innerhalb der folgenden Woche getan, und so habe bezüglich dieser 1,50 M. eine Einigung auf Abzug nicht an-genommen werden können. Aus diesen Gründen seien dem Kläger nur 1,50 M. zuzubilligen. Schon mit Rücksicht auf das teilweise Bestehen eines Anspruchs könne von einer schändlichen Klage W.s nicht die Rede sein, so daß der Anspruch des Beklagten Reih auf Kosten für Zeitverfaummisse hinfällig wäre.

Falsches Verfahren auf Aberkennung des Schifferpatents. Ein Schiffsgeizner Kreischer aus der Gegend von Magdeburg hatte aus einer ihm anvertrauten Ladung vier Säge Kristallsägen untergeschlagen und war deshalb sowie wegen Wegnahme eines Schiffstaues zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Polizeipräsident zu Magdeburg erließ darauf gegen ihn eine schiffsärztliche Ver-fügung, durch die er A. ausgab, ihm bei Vermeidung einer Zwangsstrafe binnen 14 Tagen das Schifferpatent auszuliefern. A. sodi die Verfügung im Verwaltungsstreit an. Der Bezirksauswärtiger erklärte in dessen die polizeiliche Verfügung für berechtigt, weil A. nicht mehr des Ver-trauens würdig sei, welches Verender wie Empfänger von Gütern nach der Verkehrsform in einem ordentlichen Schiffer suchen müßten. Das Ober-Verwaltungsgericht hob das Urteil am 5. Juni auf und setzte die Verfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft. Der Senat kam zu dem Urteil aber lediglich aus einem formalen Grunde, und zwar erklärte er es für unzulässig, durch Polizeiverfügung die Aberkennung eines Schifferpatents zu erwirken. Wie bei Konzeptions-sachen, so müße auch hier die Polizei im Verwaltungsstreit-verfahren gegen den Schiffer auf Aberkennung des Schifferpatents klagen. Die Verfügung sei deshalb wegen Unzulässigkeit außer Kraft zu setzen.

Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost). Allen Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer Gottfried Löchel (wohnhaft Magdenerstr. 28, Stadt-Bezirk 1133) tödlich erkrankt ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nach-mittags 5 Uhr, von der Leichen-halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands. Stellvertreter u. Umgebende. (Bezirk 4.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Julius Bleul am Dienstag verstorben ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichen-halle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. Um rege Beteiligung bittet 254/19 Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Allen Verwandten und Freunden zur Nachricht, daß unser lieber Vater, der Tischlermeister Franz Wieyski im 65. Lebensjahre an den Folgen des in Paris davon erlittenen Schlag-anfalles verstorben ist. 34352 Die Beerdigung findet am 1. Pfingstfesttage, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem Luisen-Kirchhof in Hildorf, Hermannstraße, statt. Im Namen der Hinterbliebenen G. Wiebski.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Aufreißer. Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 6. d. M., verstarb unser Mitglied, der Lackierer Reinhold Schulz (Krupenstr. 4.) Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Roßth am nach dem neuen Sankt-Nikolai in Köpenick statt. 124/19 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Rauchklub „Pfeifendeckel“. M. des R. R. V. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Zimmermann Julius Bleul am 6. d. M. plötzlich verstorben ist. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet heute, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 2291b Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 7. Juni entschie nach schwerem Kampfe an Herzleiden mein lieber Mann, der Tischler Ernst Schmidt. Die Beerdigung findet Sonn-abend nachmittags 5 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße statt. Die trauernde Witwe Ida Schmidt, geb. Köhlig, Hildorf, Pannierstr. 60.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, die mir an der Brust meiner lieben Frau so zahlreiche Teilnahme bewiesen haben, sage hiermit meinen herzlichsten Dank. 34392 Ernst Hauknecht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Ernst Schmidt am 7. Juni verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. Juni, nach-mittags 5 Uhr, von der Leichen-halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 66/18 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Priznan-Str. 41, Spezialarzt für 9/12 Haut- u. d. Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 9. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Odh von Ver-
hungen mit der eisernen Hand.
Neues Opernhaus. Jung-Heidel-
berg.
Berliner. Ill.
Deutsches. Der Privatdozent.

Anfang 8 Uhr:
Westen. Der Straßwitzer.
Neues. Der Familientag.
Thalia. Reliance. — Die Bäder
von Lucca.
Reichshallen. Hans Lange und Cora
Vorsberg.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Tyrannin der Tränen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater). Der artesische
Brunnen.

Kleines. Abschied vom Regiment.
Angele.
National. Frizzo.
Zentral. Ill.-Heidelberg.
Schauspielhaus. Dieberleute.
Welle-Alliance. Madame Lip-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger. —
Spezialitäten.
Opernhaus-Theater. Winter-Tymian-
Sänger.

Apollo. Am Hochzeitsabend. —
Spezialitäten.
Wintergarten. Harry Müller. —
Spezialitäten.
Passage-Theater. Jean Paul. The
Passpart. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Landestrater 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Sternwarte. Invaliden-
str. 57/62.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpremiere.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.

Vorher: Abschied vom Regiment.
Sonnabend: Salome.
Sonntag: Nachtschl.
Montag: Angele. Abschied vom
Regiment.
Neue Königl. Oper (Kroll).
Jung-Heidelberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 10. Juni, zum 1. Male:
Der Schnurrbart.
Operette in 3 Akten von G. Verö.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Anfang 8 Uhr:
In Vorbereitung:
Die Pfahlbauer, komische
Oper in drei Akten.

Apollo-Theater.
Täglich 10-10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen
während der Aufführung von
Ein Abend in einem amerik.
Cingel-Cangel.
Ausgeführt von der berühmten
amerik. Burlesco-Compagnie.
Dazu:
Am Hochzeitsabend
von Paul Lincke
mit Hona Sparr d. Dold. Berlin a. G.
und die neuen Juni-Spezialitäten.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nach. Wochenig. 5. Sonnt. 3 Uhr.
General-Consul
der berühmte Wunderaffe.
Jean Paul, Komiker.
Vitoskope:
Die feierliche Einholung
und das glänzende Juni-Programm.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Puffmann)
Schauspielhaus Nr. 148.
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
Großes Früh-Konzert.
Theater und Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Kaffeeküche ist geöffnet.
Nachm. 4 Uhr: Große Fest-Vorstellung.
Am 2. Feiertag: Gr. Fest-Tanz

18. Juni:
Die Tyrannin der Tränen.
Lustspiel in 4 Akten von G. Daddon-
Chambers. Deutsch v. Berth. Vogson.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannisfeuer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhöle 13-15.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Rondforet, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Großer Ball.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Der Kronprinz und
Herzogin Cäcilie.
Neu! Der russische Admiral
!! Roschdestwensky !!
Mlle. Vallee, d. 16-jährige
armlose Fußkünstlerin
und andere Spezialitäten.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 215. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang
und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Freitag, 10. Juni:
Sonnabend, 11. Juni:
Sonntag, 12. Juni:
Montag, 13. Juni:
Dienstag, 14. Juni:
Schauspiel in 3 Akten v. B. Björnson.
Dienstag, d. 13.: Die Frau vom Meer.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Bis inkl. Sonnabend geschlossen.
Am allen 3 Feiertagen, abends 8 Uhr:
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vor-
spiel von Max. Stahr.
Am 1. u. 2. Feiertag, nachm. 3 Uhr,
Part. 60 Pf.: Zweimal verheiratet.
Am Sommergarten: Eröffnung am
Sonntag (1. Feiertag) mit vollständigem
neuem Programm. Am 2. Feiertag:
Extra-Früh-Vorstellung. Anf. 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direction: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Seite geschlossen!
Am 1. Pfingstfeiertag:
Eröffnung d. Sommersaison.
Täglich Theater u. Spezialitäten.
Bernhard Rose-Theater
Gelandbrunnen, Badstraße 58.
Seite: Geschlossen.
Sonntag, 11. Juni (1. Pfingstfeiertag),
zum 1. Male:
Die Loreley.
Romantisches Volksschauspiel in fünf
Akten von Herch.
Neben dem die großartigen neuen
Spezialitäten, u. a. Paul Coradini.
1. u. 2. Feiertag: Großes Frühkonzert
verbunden mit Frühvorstellung.

Schiller-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Der artesische Brunnen.
Boße in 3 Abteilungen und
4 Aufzügen mit Gesängen und Tänzen
von Gustav Kaeber.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der artesische Brunnen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der artesische Brunnen.
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhöle 13-15.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Rondforet, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Großer Ball.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Der Kronprinz und
Herzogin Cäcilie.
Neu! Der russische Admiral
!! Roschdestwensky !!
Mlle. Vallee, d. 16-jährige
armlose Fußkünstlerin
und andere Spezialitäten.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 215. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang
und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Freitag, 10. Juni:
Sonnabend, 11. Juni:
Sonntag, 12. Juni:
Montag, 13. Juni:
Dienstag, 14. Juni:
Schauspiel in 3 Akten v. B. Björnson.
Dienstag, d. 13.: Die Frau vom Meer.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Bis inkl. Sonnabend geschlossen.
Am allen 3 Feiertagen, abends 8 Uhr:
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vor-
spiel von Max. Stahr.
Am 1. u. 2. Feiertag, nachm. 3 Uhr,
Part. 60 Pf.: Zweimal verheiratet.
Am Sommergarten: Eröffnung am
Sonntag (1. Feiertag) mit vollständigem
neuem Programm. Am 2. Feiertag:
Extra-Früh-Vorstellung. Anf. 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direction: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Seite geschlossen!
Am 1. Pfingstfeiertag:
Eröffnung d. Sommersaison.
Täglich Theater u. Spezialitäten.
Bernhard Rose-Theater
Gelandbrunnen, Badstraße 58.
Seite: Geschlossen.
Sonntag, 11. Juni (1. Pfingstfeiertag),
zum 1. Male:
Die Loreley.
Romantisches Volksschauspiel in fünf
Akten von Herch.
Neben dem die großartigen neuen
Spezialitäten, u. a. Paul Coradini.
1. u. 2. Feiertag: Großes Frühkonzert
verbunden mit Frühvorstellung.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Von Pfingsten ab täglich:
Theater-Vorstellung
Neue Spezialitäten.
Täglich
Ball u. Volksbelustigungen.
Pfingsten-Früh-Konzerte
und Vorstellungen.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Som 1. Pfingstfeiertag täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsgesell.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine fabelhafte Nacht.
Große Antommime der Gattino
Phoites Troupe.
Im Saal: Großer Ball.
Täglich: Konzert, Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. (Montag, 2. Feiert.)
Frühkonzert u. Vorst. Anf. 3 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nanan, französische Sängerin.
Alexandrov, russische Tanz- und
Gesangsgruppe.
Masson u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oberita, spanische Tänzerin.
A. W. Asa, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Monströse, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Welsons, Turner.
Bogdan-Truppe, militärische Exer-
zitation mit Gesang.
Biograph.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Der große Naturgarten ist
geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Hünzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Prgr.
Der 18-jährige Wunderkinder Fred
Rollon. Das größte Wunder der
Naturkunde, zum erstenmal in
Berlin. Mit Anita, total idiotische
Schönheit. Minto Kaplano, der
berühmte taubstumme Schnell-
schreiber. Erich v. Danzow, der
amphibie Nanderkünstler m. neuest.
Leids. Niesin Hona, 485 Pfund
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Jeder Leser des „Vorwärts“

beachte beim Einkauf

die Vorzüge

in meinem
größten Spezial-Haus
für
Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.

Dieselben sind:
Die anerkannt billigsten Preise!
Die unerreicht große Auswahl!
Die Selbstfabrikation in meiner
Schneiderwerkstatt im größten Stile!

Ferner führe ich gleichfalls in bester Qualität und sehr preiswert:
sämtliche Herren-Artikel.

Adolph Wormann

77 Kottbuser Damm 77

Parterre und 1. Etage.

I Dresdener-Straße I

Mein Geschäftsprinzip war und wird stets sein:
----- Streng feste Preise! -----
----- Streng reelle Bedienung! -----

„Vorwärts“-Abonnenten

erhalten beim Einkauf bis Pfingsten

5% Rabatt.

Kleine Reparaturen und Aufbügeln gratis!

POMPEJI

täglich
Konzert 7. Vorstell. 8 1/2 Uhr
KURFÜRSTENDAMM
Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.

Unsere süßen
Dienstmädels.
Burleske von Meyfel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Köpenickerplatz, Rüdigerdörferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge
in neu
wie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Hochbahnhof Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Paul Schwarz Sommer-Theater,

Sichtenberg, Dorfstr. 25-26.
Herrlichstes Sommer-Lokal in der Umgegend Berlins.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert u. Früh-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
An den drei Feiertagen nachmittags:
Große Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das Riesen-Fest-Programm.
Gr. Schmalzfuß-Konzert. Anfang 4 Uhr.
Am 2. und 3. Feiertag: Gr. Fest-Ball.
Mittwoch, den 14. Juni: Erster großer Elite-Tag.



J. Selbiger Wifshausenfabrik.
Landsbergerstr. 40 Ecke Lehmannstr.

Bis Pfingsten

Verkauf zu außergewöhnlich
billigen Preisen.

Sonnabend, 10. Juni, bis abends 10 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Nfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 6679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 3353.

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau am Sonnabend, den 10., und Dienstag, den 13. Juni, von mittags 1 Uhr an geschlossen. Der Arbeitsnachweis ist am Sonnabend, den 10., und Dienstag, den 13. Juni, ganz geschlossen. Ebenso bleibt das Bureau und der Arbeitsnachweis am ersten und zweiten Pfingst-Feiertag ganz geschlossen.

118/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Morgen Sonnabend wird von 5-7 Uhr auf den Zahlstellen fassiert.



An allen drei Pfingstfesttagen:
9 Uhr norm. ab Heidenhammer Str. (Friedrichstr.)
9 30 Roditer Brücke (Café Gärtner)
9 45 Charlottenburg, Schlossbrücke
11 00 Spandau, Charlottenbrücke
Potsdam.

Am ersten und zweiten Feiertage:
8 30 Uhr früh ab Hannoversbrücke (Belvedere) nach Schloss Wolterdorsdorf und Schenke.
9 30 Uhr früh nach Rauchfangswerder.
9 45 Uhr früh nach Schmiedwin.
Preis für die einfache Fahrt 0,75 M., Kinder 40 Pf.

Am dritten Feiertage:
8 30 Uhr früh nach Groß-Körs und Teubitz, 2,00 M. hin und zurück.
9 00 Uhr früh nach Wolterdorsdorfer Schloss und Schenke, 1,00 M. hin und zurück.
9 30 Uhr früh nach Fängschleuse, Grünheide und Alt-Buchhorst, 1,50 M. hin und zurück.
10 Uhr nach Rauchfangswerder und Krampenburg, 1,00 M. hin und zurück.
2 Uhr nach Wolterdorsdorfer Schloss und Schenke, 50 Pf. hin und zurück.
3 Uhr nach Rauchfangswerder.
(Die Dampfz legen sämtlich 1/2 Stunde später am Schließchen Tor an.) - Kinder zahlen nur halbe Fahrpreise.

Restaurant, Festsäle u. Garten von Julius Wernau, Schwedterstr. 23

an allen drei Feiertagen:
Früh- u. Nachmittags-Vorstellung
im herrlichen, über 1000 Personen fassenden Garten.
Im Saal: Tanzkränzchen. Alle Art Volkstänze, Regeltänze etc.
Nachmittags Kaffeekochen.
Wernau.

Augen auf!

Wir empfehlen:
1 Posten getragene Herren-Paletots
1 Posten getragene Herren-Anzüge
1 Posten getragene Hosen
1 Posten getragene Gehörcke u. Rockanzüge
von den feinsten Herrenstoffen und Kavalieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen spottbillig.

Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **neuer Garderobe** aufmerksam.

J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
Hauptgeschäft: Chausseestr. 80 a.
2. Geschäft: Prinsenstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. d. Andreasstr.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.
Gegr. 1875 Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten
in **Knaben-Garderobe.**

Wäsche. Leichte Sommer-Jacketts 1⁰⁰ M. an. Krawatten.

Hotel u. Restaurant „Zur Schleuse“

Heute Mühle bei Königs-Wusterhausen.
Herrlich an der Dahme gelegen. - Prachtvoller Naturgarten.
Großer Parksaal (700 Personen fassend).
Kleinere Säle, Regeltänze, Dampfanzugestelle, Bootshafen.
Fischfang.

Möblierte Zimmer mit und ohne Pension.
Den werten Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen bestens empfohlen.
Tel. Amt Königs-Wusterhausen 52.
Otto Ballmüller.

Beelitzhof.

Die Lokale „Wilhelmshöhe“ und „Kastanienwäldchen“
Inhaber: Fritz Katzorke

Sind jetzt für die Arbeiterschaft frei! und sind zu Ausflügen bestens empfohlen.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5068.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“.

Mitglied des Bundes „Zollbarität“.

Sonnabend, den 10. Juni, nach Ludwigs Park, Start 5 und 7 Uhr nachmittags: Kreuzberg (Steuerhaus).
1. Feiertag, früh 4 Uhr, zur Goutour nach Ludwigs Park, Start: Kreuzberg (Steuerhaus). Zahlreicher Besuch erwünscht. - Nachmittags 1 1/2 Uhr, Beelitzhof, Start: Brandenburger Tor.
2. Feiertag, 1 1/2 Uhr, nach Keltom (Birkenhagen), Start: Kreuzberg (Steuerhaus).
3. Feiertag, 2 Uhr, nach Gifelsweber (Freund), Start: Brandenburger Tor.
4. Abteilung Sonntag, den 11. Juni, nach Obersnabe, Start: Prenzlauer Allee, Ode-Danzigerstr. 11 Uhr. - 6 Uhr nachmittags nach Selmannslust, Start: Bille, Schillingstr. 21.
Ueberall Gäste willkommen.

Große Betten 12 M.

(Casselt, Unzerbet, zwei Stoffe) mit gereinigten neuen Federn bei **Gulden Kullig, Berlin S., Prinsenstr. 40.** Preisliste beifügen. Bitte Anerkennungs schreiben.

Billig! Billig!

Brennabor Hellas & Alright.

Teilszahlung gestattet.
Sulante Bedingungen. Zubehör billigst: Gloden 15 Pf., Laufgloden 25 Pf., Dreiecksrad 50 Pf., Pedale 1 M. Motorräder u. Zubehör, Cuppen von 1 M. an.

Karl Röper,
O., Petersburgerstraße 1,
Gehaus Frankfurter Allee.

Diese Woche billige Anzüge Paletots

täglich bis 9 Uhr abends, Sonntags 8-10 und 12-3 Uhr gelangen wieder zum Verkauf **Hunderte elegante enorm billige**
aus feinsten Massstoffen gefertigte, moderne, letzte Saison variorocostete nur hochvernehmliche Herren-
Anzüge Paletots
deren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 15-30 M. Gehrockanzüge 12-14 M. Herren-Hosen 7-12 M.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Troppo.
Firma und Nummer achten.

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstraße.

Greift zu!!!

dem Besten

Monats-Anzüge u. Paletots o. 8,50 M. an Abonnements-Anz. u. Pal. 9,50 ..
Partie-Anzüge u. Paletots, teils m. immerb. Fehler, 10,50 ..
Stammgarn-Hosen oder Paletts 3,-
Getragene Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Dolieferanten, kolossal billig. 10/20*

Zentral-Keller, Berlin, an der 35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 3 Minut. v. Stadtbahn Sannowbrücke, Straßenbahnverbindung: 1, 2, 4, 9, 11, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 37, 41, 49, 50, 83, 84, 87, 88.

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals

Post Zienchen
herrlich am Großen See gelegen, schönster Ausflugsort an der Dahme. Einige Sonnabende der große Saal noch frei. Sonntag, den 23. Juni, habe noch einen großen Dampf (300 Personen Deckplätze) frei.
Am 2. Pfingstfeiertag:
Dampfer-Extra-Fahrt.
Abfahrt morgens 8 Uhr: **Kahnt & Hertzner, Stralauerbrücke 1.**
Hin- und Rückfahrt 1 M., Kinder die Hälfte.
Da die Plätze sehr beschränkt sind, bitte ich Billets vorher bei **Gastwirt Schmidt, Stralauerbrücke 1,** zu erlöbmen.
Telephon: Amt Königs-Wusterhausen 75.
Max Mörschel.

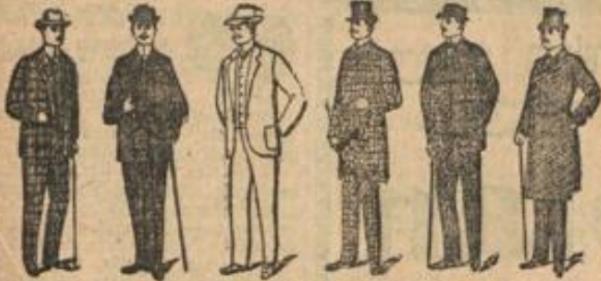
Zur Aufklärung für alle Zigaretten-Raucher!

Wir haben die Forderungen unserer Arbeiterschaft von Anfang an voll und ganz bewilligt!
Wir haben diese Bewilligung **nie zurückgezogen!**
Wir haben den Austritt aus dem Tabakarbeiter-Verbande von unserer Arbeiterschaft **nie** verlangt!

Gebr. Selowsky, Zigarettenfabr., Dresden.

Unsere bekannten Spezialmarken sind:
Zenith - Bolero - Hâkim.

Moderne Anzüge



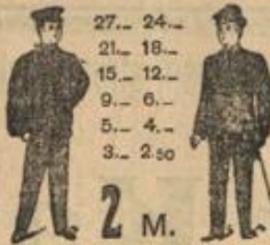
Jackett - Anzüge 50.- 45.- 40.- 35.- 30.- 15 M.
 Rock - Anzüge 28.- 30.- 45.- 35.- 33.- 30.- 27 M.

SONDER-ANGEBOT

Jackett - Anzug Cheviot-Genre in aparte Straßen und Karos 18 M.

Gehrock - Anzüge 65.- 55.- 50.- 45.- 21 M.
 Strand - Anzüge 24.- 21.- 18.- 6 M.
 15.- 12.- 7.50

Schüler - Anzüge



27.- 24.-
 21.- 18.-
 15.- 12.-
 9.- 6.-
 5.- 4.-
 3.- 2.50

2 M.

Stoff - Hosen

Tausende Exemplare

16.- 15.- 14.- 12.- 10.-
 9.- 8.- 7.- 6.- 5.-

4.- M.

Knaben -



Cheviot - Anzüge von 2.- M. an
 Wasch - Anzüge von 1.- M. an
 Wasch - Blusen von 50 Pfg. an

Piqué - Westen

Tausende Exemplare

9.- 8.- 7.- 6.- 5.-
 4.50 4.- 3.50 3.- 2.50

1.75 M.

Paletots = Mäntel



Sommer - Paletots 40.- 35.- 30.- 25.- 15 M.
 Loden - Havelocks 27.- 24.- 21.- 18.- 6.75
 10.- 7.50 3 M.

SONDER-ANGEBOT

Sommer - Paletots Elegante, moderne Karos und vornehme Streifen 18 M.

Gummi - Mäntel 35.- 33.- 30.- 27.- 15 M.
 Staub - Mäntel 9.- 7.50 4.50 3.75 3 M.



Radler - Anzüge 27.- 24.- 21.- 6 M.
 18.- 15.- 12.-

Radler - Hosen 9.- 8.- 7.- 3 M.
 6.- 5.- 4.-

Pelerinen 18.- 13.50 12.- 5 M.
 10.- 8.75 6.50

Auto - Hosen

Auto - Mäntel

Auto - Mützen



Gefütterte

Automobil - Leder - Jacketts 32.- 24.- 18 Mk.

Auto - Gamaschen

Auto - Manschetten

Auto - Handschuhe

Sommer - Joppen 3.30 1.75 85 Pf.

Loden - Joppen 8.- 6.- 2 M.
 4.- 3.-

Lüster - Jacketts 8.- 6.50 5.50 2 M.
 4.50 3.- 2.50



Hochschicke Stoff - Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile Mass - Anfertigung.

BAER SOHN

SPEZIAL - HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24 a - 25

11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Zwischen Invalidenstrasse und Schiller - Theater N.

Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Ecke Koppenstrasse. — Am Bürger - Hospital.

Das 25. Haupt - Preisbuch (Pracht - Ausgabe) wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, welcher Wert darauf legt, **Hüte, Wäsche, Krawatten, Trikotagen** gut u. billig zu kaufen, werde seinen Bedarf nur bei der Firma **New England, Kottbusser Damm 78 und Oranien - Straße 162.**

In den nächsten Tagen erscheint:

Bericht

über **den dritten Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands**

nebst den gefaßten Beschlüssen und dem Organisations - Statut.

Preis 20 Pf.

Die Broschüre bildet ein wichtiges Aftenstück der revolutionären russischen Bewegung.

Zu beziehen durch alle Kolportage und Buchhandlungen sowie den Verlag

G. Birk & Co., München.

Achtung!

31832*

Achtung!

Deutsches Wirtshaus in **Teltow.**

Empfehle meine sämtlichen Lokaltäten den Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen zur geeigneten Benutzung bei Versammlungen und Ausflügen. Angenehmer Familienaufenthalt. — Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

33671*

Carl Stark

Neue Königstraße 73.

Seidenhüte × Mechanikhüte
 Filzhüte × Mützen × Schirme

in allen Preislagen vorrätig.

Gegründet 1872

F. Nahrstedt

Gegründet 1872

Wrangelstr. 40-41. — Lübbenerstr. 15.

Erstes Kaufhaus im Südosten

für Kleiderstoffe, Seidenwaren, Wäsche, Trikotagen, Strumpf- und Kurzwaren

empfiehlt zum

≡≡≡ Pfingstfest ≡≡≡

Entzückende Neuheiten in **Blusen:** Voile, Batist, Mull, Zephyr, Organdy, Leinen, Seiden-Batist, Japon, Liberty. **Kostümröcken:** Cheviot, Satin, Voile, Piqué, Leinen, Panama, Natté, alle Größen.

Kinder-Kleidchen in den Größen von 45 cm bis 100 cm lang.

Kattun-, Stickereikleidchen, Piqué-, Satin-, Musselin- und Stoffkleidchen in geschmackvollsten Ausführungen.

Knaben - Anzüge für 8-12 Jahre in Cheviot, Tuch, Loden. — **Wasch - Anzüge, Wasch - Blusen** und **Hosen** in großer Auswahl.

Strohüte, Sonnenschirme, Handschuhe, Oberhemden, Spachtelkragen, Chiffon- und Seiden-Stolas, Damenkragen und Schleifen sowie alle einschlägigen Artikel.

Hervorragend:

Eigenes Sparsystem



Damen - Putz!



Man verlange **Rabattmarken!!**

Wirklich billig und geschmackvoll! △ △ △ △ △ △ △ △ △ Jeder Versuch lohnt!

Ein Zehenschärfmacher vor Gericht.

(Eigenbericht des „Vorwärts“.)

Essen, 7. Juni.

Das hiesige Landgericht hatte sich heute mit einem Rach-Plang zum Generalstreik der Bergleute zu befassen...

Dieses Nachwerk hatte der „Vorwärts“ gebührend beleuchtet. Der (nichtsozialdemokratische) hiesige „Allgemeine Beobachter“ übernahm die Notiz...

Beladen und erschienen waren als Zeugen die Reichstagsabgg. Flammkuch, Wolfenbühler und Que, die Knappschäftsältesten Wiende und Eckhardt...

Die Beweisaufnahme ergab wesentlich folgendes: Engel als Zeuge blieb bei seinen Behauptungen in der Broschüre stehen.

Die Behauptung, daß die Arbeitervertreter im Knappschäftsvorstande von dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei beeinflusst werden bezw. von demselben Direktiven erhalten, halte er aufrecht.

Borf.: Sie sagen in der Broschüre, daß das allgemein bekannt sei. Worauf stützt sich diese Ihre Annahme?

Zeuge meint, im Parlament durch Äußerungen des Abg. Ringhan, durch Reden des Reichstagsabgg. Flammkuch...

Borf. (unterbricht): Herr Engel, Sie haben die positive Behauptung aufgestellt, daß Arbeitervertreter im Knappschäftsvorstande direkt von der Leitung der sozialdemokratischen Partei Instruktionen erhalten.

Zeuge: Ich habe das im guten Glauben geschrieben; wir werden ja die Aussagen der Zeugen hören.

Borf.: Können Sie uns nicht sagen, auf was Sie Ihre Annahme stützen?

Zeuge: Ich weiß, daß die Herren im Knappschäftsvorstand dieser Auffassung sind.

Borf.: Sie haben keine anderen Gewährleute als Mitglieder des Knappschäftsvorstandes?

Zeuge: Nein.

Borf.: Einen eigentlichen Beweis haben Sie nicht gehabt?

Zeuge: Ich habe das für einen positiven Beweis gehalten.

Abgg. Wolfenbühler und Flammkuch bekundeten als Mitglieder der sozialdemokratischen Parteileitung, daß auch nicht der Schatten eines Beweises zu erbringen sei für die Behauptung Engels, der sozialdemokratische Parteivorstand nehme Einfluß auf die Handlungsweise der Arbeitervertreter im Bochumer Knappschäftsvorstande.

Parteileitung und Gewerkschaft

behauptet, bestünde nicht und habe niemals bestanden.

Abg. Que, Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, deponiert das- selbe wie die beiden Vorzeugen. Wenn irgendwie eine Verbindung zwischen Parteileitung und Vergarbeiter-Verband bestünde, so nur in solcher Form, daß sich die Parteileitung zu ihrer Information an die Leitung des Vergarbeiter-Verbandes wende, um sich Rat von Sachverständigen zu holen.

Auf den Einwurf Engels, es beständen also doch gewisse Beziehungen zwischen Verbands- und Parteileitung, entgegnete Que, die

„gewissen Beziehungen“

wären derselben Art, wie sie zwischen dem Zehenschärfververein und der nationalliberalen und freiservativen Partei beständen, deren fraktionsmitglieder sich nachweislich für gesetzgeberische Aktionen Material vom Bergmeister Engel bezw. dem Zehenschärfververein ein- senden ließen.

Diese „gewissen Beziehungen“ bestritt Herr Engel denn auch nicht. Que konstatierte ausdrücklich, daß die in Rede stehende Stelle aus der Broschüre Engels eine vollständige Unwahrheit verbreite.

Vom Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Niemeyer befragt, wie es sich verhalte mit der Behauptung Engels, die Streikleitung habe eigentlich keine Antwort vom Vergbauverein gewollt, sondern nur frivole Hege beabsichtigt, erklärte Que, auch das sei eine grobe Un- wahrheit. Die Siebener-Kommission bezw. ihr Adressat Effert hätten mit Sehnsucht auf eine Antwort gewartet.

Engel als Zeuge blieb bei seinen Behauptungen in der Broschüre stehen.

so sei diese Broschürenstelle nur eine Konstatierung der Tatsache, daß früher auf ähnliche Eingaben entweder keine Antwort oder nur einfache Empfangsbestätigung erfolgte. Die fragliche Broschüre sei vielmehr ein Plädoyer für intensive Gewerkschaftsarbeit ohne „hegerische Tendenz“ und trete auch ein für Abschluß kollektiver Arbeitsverträge.

Vergmeister Engel entgegnet, er habe die betreffenden Worte in der Broschüre Qués so aufgeführt, wie sie in der Streikschrift ständen. 1900 habe der Vergbauverein deshalb eine „höfliche und eingehende Antwort“ auf die Verbandsingabe gegeben, weil eine aufsteigende Konjunktur bestand und die Werke einen Streik fürchteten.

Zeuge Que stellt fest, daß 1889 am 15. Mai die „Kaiserdelegierten“ in Berlin mit Dr. Hamacher, dem damaligen Vor- sitzenden des Vergbauvereins, sich über die Arbeiterforderungen einigten, Hamacher dann von seinen Vereinsgenossen verleugnet wurde, aber schon am 18. Mai der Vergbauverein eine eingehend motivierte Erklärung mit Anführung der bewilligten Arbeiter- forderungen veröffentlicht.

Rechtsanw. Dr. Niemeyer: Ist dem Zeugen Que bekannt, daß Herr Engel Behauptungen aufstellt, auf Richtigstellungen aber nicht reagiert?

Zeuge Que: Ja. Herr Engel hat auf eine zweimalige öffent- liche Aufforderung der verdächtigten Knappschäftsältesten, die Ver- dächtigungen zu beweisen, nichts geantwortet. Ferner hat Herr Engel 1902 in einer Verächtigung an die „Frankfurter Zeitung“ hin- sichtlich der „Vergarbeiter-Zeitung“ behauptet, sie habe Unwahrheiten berichtet, es beständen keine Mißstände betr. Belämpfung der Wurmkrankheit auf den Ruhrgruben.

Vergmeister Engel wird hierauf vom Rechtsanw. Niemeyer und dem Gerichtsvorsetzenden direkt befragt, was er zu diesen An- kündigungen sage. Engel versucht durch Erwähnung von Neben- sächlichkeiten auszuweichen. Wiederholt befragt, sagt er, von der an ihn ergangenen Aufforderung der Ältesten habe er „gehört“ (se stand in der „Vergarbeiter-Zeitung“, die auf dem Engelschen Bureau natürlich gelesen wird), aber er habe keine Veranlassung gehabt, zu reagieren.

Zeuge Que stellt fest, daß ihm gegenüber Minister Möller im Reichstage anerkennde Äußerungen über die Tätigkeit der „Vergarbeiter-Zeitung“ bei der Belämpfung der Wurmkrankheit tat. Unbetreitbar sei, daß Herr Engel schwere Verdächtigungen gegen die Vergarbeiterführer öffentlich erhoben und sie später nicht zurück- nahm, trotzdem seitens der Angegriffenen der Wahrheitsbeweis er- bracht war.

Zeugen Knappschäftsältesten Wiende und Eckhardt bekunden, niemals, in keinem Falle hätten die Ältesten im Bochumer Knapp- schäftsvorstand irgendwelche Anweisungen von der sozialdemokratischen Parteileitung erhalten! Als Engel seine Verdächtigung in die Welt gesetzt, hätten die Ältesten im Knappschäftsvorstande dies zur Sprache bringen wollen, um den Verleumder kennen zu lernen. Die Debatte sei aber durch die Werksbesitzer nicht zugelassen worden! Auf die öffentliche Aufforderung, zu beweisen was er geschrieben, habe Herr Engel geschwiegen.

Zeuge Vergwerksdirektor Hütthgen sagt, was Engel über das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteileitung zu den Ältesten und der Vergarbeiterbewegung geschrieben, sei die Ansicht der Werksbesitzer,

von diesen würde es Engel wissen. Zufällig sei, daß die Ältesten in einer früheren Sitzung oft anders stimmten wie in einer spätern. Das ließe auf äußere Einwirkungen schließen.

Die Ältesten Eckhardt und Wiende entgegneten, die widersprechenden Bestimmungen seien dadurch erklärlich, daß vorher das einschlägige Material nicht vorgelegt worden sei seitens der Verwaltung. Auch die Werksbesitzer hätten oft widersprechend gestimmt.

Rechtsanw. Niemeyer fragt die Zeugen Hütthgen und Engel, ob sie denn keine sichereren Beweise dafür hätten, daß die sozialdemokratische Parteileitung den behaupteten Einfluß ausübe. In der Schrift Engels heiße es doch, „es sei allgemein be- kannt“, daß der Parteivorstand seine Hand im Spiele hätte.

Engel und Hütthgen wissen keine Beweise anzugeben, sie „vermuteten“

Zeuge Dr. Busching-München ist zur Streitzeit im Ruhrgebiet gewesen. Von ihm will Engel gehört haben, Effert habe keine Antwort auf die Eingabe der Siebener-Kommission erwartet. Das eventuelle Ausbleiben der Antwort sei ihm nicht unangenehm ge-

wesen, weil, wie Engel schlussfolgert, dann „besser geht“ werden könne. Zeuge Busching hat wohl von Bergleuten eine solche Äußerung gehört, ob auch von Effert, könne er nicht bestimmt sagen, glaube es aber nicht. In der Erörterung stellt sich heraus, daß Busching einmal bei den Vergarbeitern „interdiziert“ hat und das andere Mal mit Engel konferierte. Hierbei soll er zu Engel sich über Effert wie vermerkt geäußert haben. Engel bleibt bei seiner Behauptung bestehen, Busching hält die fragliche Äußerung für unwahrheitsfälschlich.

Zeuge Gewerkschaftssekretär Effert bestrittet entliehen, auf keine Antwort vom Vergbauverein gehofft zu haben. Er habe sich alle Mühe gegeben zu Verhandlungen mit den Zehenschärfver- zu kommen, da dadurch der Generalstreik bemiieden worden wäre. Von dieser Bestimmung seien alle Mitglieder der Siebenerkommission befeelt gewesen. Nichts habe ihnen ferner gelegen als zu helfen. Was Engel in seiner Schrift behauptet oder andeute, sei total unwahr.

Es wird nun das Protokoll der kommissarischen Ver- nehmung des Vorsitzenden der

Dristrankenkasse München,

Sebastian Wittl, verlesen. Daraus ergibt sich, daß die Schilderung Engels über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ und „Pleite“ in der Dristrankenkasse München von A bis Z unwahr ist! Herr Engel gibt dann zu, eine unrichtige Darstellung gegeben zu haben. Er habe aber im guten Glauben gehandelt, indem er sich auf einen Bericht des „Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts“ (Nummer wird vor- gelegt) über die Münchener Vorgänge stütze.

Die Beweisaufnahme war damit geschlossen. Der Staats- anwalt erklärte, der angeklagte Redakteur habe den

Wahrheitsbeweis vollständig erbracht!

Die inkriminierten Äußerungen in der Engelschen Broschüre seien tatsächlich unwahre Behauptungen! Dem Angeklagten stünde allerdings als mit angegriffenen Redakteur einer besonders von Arbeitern gelese- nen Zeitung der Schutz des § 193 zu, aber die in dem Artikel: „Der Engel der Lüge“ gebrauchten Ausdrücke seien formell beleidigend. Deshalb beantrage er eine Geldstrafe von 150 M. eventuell 10 Tage Gefängnis.

Rechtsanw. Niemeyer führte in seinem Plädoyer aus, Herr Engel überschütte in seiner Broschüre die Arbeiterführer und die Arbeiterpresse mit außerordentlich schweren Beleidigungen, werfe ihnen frivole Hege, Amtspflichtverletzung, Verzug, Verleumdung usw. vor und sage, die Arbeiterpresse lasse es bei der Vespredung von angeblichen Mißständen an der nötigen Vorsicht fehlen. Fritol würden von der Arbeiterpresse leichtfertige Behauptungen verbreitet, ohne daß sich die Verbreiter vorher von der Wahrheit des Ge- schreibels überzeugen. Diese Bornärr, so betont der Rechtsanw., gebe ich vollständig Herrn Engel zurück! Er hat leichtfertig Behauptungen ehrenränkender Natur gegen ehrenwerte Männer ver- breitet. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der Herr Berg- meister nicht den Schimmer eines Beweises zu erbringen vermochte für seine Verdächtigungen der sozialdemokratischen Partei- leitung und der Gewerkschaftsführer. Diese Tatsache ist umso schwe- rwiegender, weil Herr Engel als eine Autorität gilt, deren Artikel und Broschüren den Parlamenten unterbreitet und dort als authentisches Material verwertet werden. Ein Mann in der Stellung des Vergmeisters Engel ist doppelt verpflichtet, sehr sorgfältig vorher die Wahrheit seiner Behauptungen zu prüfen. Aber Herr Engel hat jede Sorgfalt außer acht gelassen, seine Broschüre hat durch ihren beleidigenden Inhalt während des Streiks viel zur Erregung be- tragen. Auch der Angeklagte ist davon ergriffen worden, daher die formell scharfen Ausdrücke, denen aber die Beschimpfungen in der Engelschen Broschüre die Wage halten. Es ist zu berücksichtigen, ob die scharfen Ausdrücke sich nicht gegenseitig kompensieren. Ich bitte, den Angeklagten freizusprechen.

Nach halbständiger Beratung verurteilte das Gericht: Der An- geklagte wird zu 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tage Haft verurteilt. Hinsichtlich einer Kompensation der gegenseitigen Kränkungsäuße muß Angeklagter auf den Weg der Privatklage verwiesen werden. Der § 193 wird ihm zugestimmt. Der Wahrheitsbeweis ist vollständig erbracht! Herrn Engel ist der gute Glaube zugestimmt.

Er hat aber leichtfertig, in einem Falle sogar höchst leichtfertig unwahre Behauptungen verbreitet in seiner Broschüre über den Vergarbeiterstreik! Den Beweis, daß die Arbeiterpresse keine Miß- stände abhassen wolle, sondern nur Stoff zum Hehen sammle, hat Herr Engel nicht führen können!

Dieses Urteil rief große Bewegung hervor. Bedeutet es doch eine fürchterliche Niederlage des großmächtigen Grubengeschäfts- führers, der nunmehr gerichtlich bloßgestellt ist als ein Mann, dessen journalistischen Leistungen in „höchst leichtfertiger Weise“ zusammen- geschmiert werden. Dieser Mann ist hunderte Male im Landtag und Reichstag als einwandfreier Zeuge gegen die „Hege“ gebraucht worden von den Wortführern der Kapitalisten. Nun ist auch dieser Held gerichtet, er liegt neben dem gestürzten „Saarbisnard“ Hilger auf der Wahlstatt.

Eingegangene Druckschriften.

- Robert Gehmann, Der deutsche Freisprecher. (Ed. Koch, München) Fr. 50 Pf.
Verband deutscher Vergarbeiter. Jahresbericht pro 1904. (Druck von O. Handmann u. Co. in Bochum.)
Franz Meach, Die Krisis im Christentum und die Religion der Zukunft. (E. Piersons Verlag, Dresden 1905.)
Alfred Kaiser, Handel und wirtschaftliche Verhält- nisse des nordwestlichen Teiles von Kamerun. Separat- abdruck aus den Mitteil. d. östlich-ber. Geograph.-Kommer.-Gesellschaft.
Ein ungarischer Offizier über die ungarische Krisis und die Armeestruge. (Budapest 1905, in Kommission bei Otto Nagel Jr.)
N. Zechen, Der Scheintod. (Berlin 1905, R. Bichardts Berl.)
Ernst Alnor, Krute und Bombe, Nieder und Gefänge für ein freies England. Fr. 50 Pf. (Berl. R. Ernst, München.)
Ernst Rellerborn, Die angebliche Rotenbewegung des Jubiläumstages für die Fabrikarbeiterinnen. 31 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag „Inter- nationales Zentralblatt“, Göttingen.
Dr. O. Molenaar, Die Rotenbewegung der Annäherung Deutschlands und Frankreichs. 61 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag Sekretariat der deutsch- französischen Liga, München, Polytechnische 5.
Dr. O. Polonski, Priester Georgij Capon, der Führer der russischen Arbeiterpartei. 48 Seiten. Preis 70 Pf. Verlag Gebauer-Schwelke, Halle a. S.

Advertisement for fish products: Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!! Große Schellfische, Seelachs, Alle anderen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Advertisement for Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“: Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Advertisement for fish products: Ferner besonders empfehlenswert: Fisch-Kotelettes, Bratschellfische, Goldbarsch in Aspik, Fischsülze.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Schmargendorf steht das Lokal „Wirts- haus Schmargendorf“, Barnemünderstr. 6, der Arbeiterschaft zur Verfügung. — Mariendorf. Am Sonntag, den 11. Juni (ersten Pfingstfeiertag), veranstaltet der Musikverein „Lohengrin“ bei Schepfand ein Frühkonzert, der Künstlerverein „Jugendkraft“ am 24. Juni im Restaurant Grahl sein Stiftungsfest. Da beide Lokale gesperrt sind, in Arbeiterkreisen aber Verachtung wird, Willems umzu- legen, so weist man diese zurück. — In Gosen steht das Lokal von Gustav Schrumpf der Arbeiterschaft zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde wird nicht mehr in der Redaktion, sondern in unserem Geschäftshaus, Lindenstr. 69, dritter Hof, parterre, abgehalten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten widmete der Vorsteher Herr Vangerhans dem Kronprinz- lichen Paar, das in dieser Woche geheiratet hat — keinen Ergebenheits-„Nachruf“. Hatte der alte Herr nur vergessen, was seine „Pflicht“ war — oder ist inzwischen wieder einmal der Draht zwischen Rathaus und Schloßplatz gerissen? Manche der freisinnigen Stadtväter schienen indes den Genuß, der ihnen da vorenthalten blieb, nicht sehr zu entbehren. Sie entschädigten sich durch andachtsvolle Betrachtung von Ein- zugs-Photographien, die sie während der Sitzung umher- reichten.

Die Tagesordnung sah diesmal wieder, wie schon in mehreren der letzten Sitzungen, sehr dürftig aus. Dennoch kam es an einer Stelle zu einer recht lebhaften und trotz der Banalität ihres Anlasses bemerkenswerten Debatte. Sie knüpfte sich an eine Vorlage über die Umbauten im Ratskeller, dem der Magistrat auf alle mögliche und um- mögliche Weise die geschwundene Gunst des hiertrinkenden Publikums zurückgewinnen will. Das Neueste ist die Etablierung eines künstlichen „Vorgartens“ zu beiden Seiten des Rathauseinganges an der Königstraße — einer transportablen Anlage, auf die Genosse Singer spottend das Berliner Wort anwandte: „Kutter, seh' den Garten raus!“ Herr Rosenow war es, der zuerst auf diese fragwürdige „Verschönerung“ des Rathauses hinwies und sein Vorfremden darüber aus sprach. Als vom Magistrat niemand antwortete, rückte Singer den schweigenden Herren etwas näher auf den Leib und forderte Auskunft darüber, mit welchem „Recht“ der Magistrat den freien Platz vor dem Rathause hergeben habe, ohne die Stadtverordneten zu fragen. Aber der Magistrat weiß das offenbar selber nicht. Zwar antworteten nunmehr gleich zwei seiner Mitglieder, aber keiner konnte eine befriedigende Antwort geben. Eigenartig war der Standpunkt, von dem aus der Bürgermeister Reide den Streitfall betrachtete. Er meinte, die Sache gehe die Stadtverordneten gar nichts an, der Magistrat habe nicht nötig gehabt, sie vorher zu hören. Auch zur Kenntnisnahme brauchte ihnen nichts davon vorgelegt zu werden; es sei ja niemand blind, und jeder sehe selber den „Vorgarten“, wenn er zum Rathaus komme. Mit derselben Begründung könnte allerdings auch die magistratliche Eigen- mächtigkeit, eines Tages den Rathaussturm auf Abbruch zu verkaufen, von dem Herrn Bürgermeister verteidigt werden; denn auch das würde bald jeder merken müssen, der „nicht blind ist“. Diese naive Anschauung über das Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung ging selbst Herrn Cassel, dem Führer der „Alten Linken“, zu weit. Sehr viel kräftiger als er wies dann noch Genosse Singer den Bürgermeister in seine Schranken zurück. Ein praktisches Ergebnis hatte indes diese Debatte nicht, da von keiner Seite ein Antrag gestellt wurde, z. B. der, den trans- portablen „Vorgarten“ wieder in den Ratskeller hineinzutragen. Ausführten ließe sich dieser Antrag so rasch genug.

Wie werde ich Schriftsteller?

Zu der Bildung kann man heutigen Tages für wenig Geld weit kommen. Fünfzig Pfennig kostet es nur, die Umgangssprache des Chinesischen zu erlernen, und wer in Hypnotismus, Aegyptologie oder Zahnheilkunde beslagen sein will, kann sich aus nicht zu teuren Handbüchern spielend das Notwendige aneignen. Warum soll da nicht auch ein Leitfaden für den Beruf des Schriftstellers, die ihren Beruf versteht haben? Ein solches zum Preise von 1 Mark erhältliches Buch hat unter dem Titel „Wie werde ich Schriftsteller?“ ein Herr Rudolf Lessing herausgegeben. Mancher lernt es zwar nie, aber das darf einen Schriftsteller mit Selbstvertrauen und gutem Willen nicht abhalten, nach dem Vorschlage des Verfassers die Schriftstellerei erst im Nebenamt, dann aber als Haupt- beruf zu betreiben. Verlockendes hat das Gewerbe, zu dessen Betrieb Herr Lessing anregt, genug für sich und einträglich ist es nach seinen Versicherungen auch; mag unsreiner auch bisher ver- teufelt wenig davon gemerkt haben. Wie können uns nicht verlagen, zum Geile aller, die noch nicht wissen, welchem Gewerbe sie sich zuwenden wollen oder die mit ihrem Metier in Zanf geraten sind, einige Stellen aus dem Leitfaden abdrucken:

„Sehr einträglich ist die Kunst, Witze zu machen. Jeder gute, originale Einfall wird von unseren Witzblättern gern akzeptiert und recht hoch honoriert. Die höchsten Honorare zahlen die „fliegenden Blätter“ in München. Jeder Witz bringt acht Mark. Uebrigens ist es gar nicht so schwer, Witze zu finden.“

Gut bezahlt werden auch Entwürfe zu Prospekten u. d. ein Schriftsteller immerhin nebenbei für Geschäftsfirmen bereiten kann. Die Anschauung, daß derartige Arbeiten unwürdig sind, ver- mögen wir nicht zu teilen. . . .

Verfügt man über ein angenehmes Aussehen und über ein sangreiches, kräftiges Organ, so kann man sich auch als Redner betätigen. . . . (folgt eine Empfehlung des Buches von Wilhelm Rau: „Wie werde ich Redner?“)

„Endlich vermag der Schriftsteller auch in der Politik, wenn er sich dazu berufen fühlt, eine Rolle zu spielen.“

Das alles ist zum Lachen. Kein Buch ist aber so töricht, daß es nicht auch eine gute Lehre enthielte, und eine solche gibt auch der drohlige Leitfaden zur Erlernung der Schriftstellerei. Sie wendet sich gegen den Anfang mancher Leute, die gern als Schriftsteller gelten wollen und ihre Produkte den Redaktionen gratis anbieten:

„Tragt man nach dem Grunde dieser Gewohnheit, so erhält man meist die Antwort, daß der Betreffende sich auf diese Weise bei den Redaktionen schnellstens einführen möchte. Wenn er möchte, wie sehr er sich durch diese Handlungsweise schädigt! Es gibt nichts, wodurch der Schriftsteller die Anbahnung von Ver- bindungen mehr erschwert, als wenn er seine Arbeiten umsonst anbietet. Jeder Mensch wird in erster Linie von andern so

beurteilt, wie er sich selber einrichtet. Wer seine eigenen Arbeiten so gering bemerkt, daß er für sie kein Honorar beansprucht, darf sich nicht wundern, wenn er bei den Redaktionen mit wenig Achtung behandelt wird. Der Schriftsteller stellt sich häufig unter dem Redakteur einen Halbgoth vor, der mit größter Objektivität Ausschlag für Ausschlag liest und nur nach dem inneren Werte der Arbeiten über Annahme oder Nichtannahme entscheidet. Dies ist keineswegs der Fall. Der Redakteur ist auch ein Mensch, er ist abhängig von Stimmungen, er wird durch die Eindrücke, die auf ihn einwirken, beeinflusst. Von vornherein erweist die Mit- teilung, daß man auf Honorar verzichte, bei ihm ein gewisses Mißtrauen.“

Das stimmt Wort für Wort. Eine anständige Redaktion zahlt gern das Honorar für brauchbare Beiträge und läßt sich zum mindesten nicht durch ein Gratisangebot bewegen, eine sonst un- brauchbare Arbeit abdrucken. Zu der Propaganda für ordentliche Entlohnung sind wir mit Herrn Lessing einverstanden. Das Seiten- stück dazu, ordentliche Arbeit, läßt sich allerdings nicht auf dem Wege der Propaganda erzielen.

Wutung, Tyrod!

Bello, Nero, Botan, aufgehoht, der Schinder kommt! Bardon, Schinder konnte man früher sagen, als es noch Rißschuster gab. Heute heißt es: Herr städtischer Hauptbeamter, wie man auch nur von einer Reparatur- und Beschäftigung spricht. Ja, die Welt ver- feinert sich alle Tage mehr, aber ein Hundeleben gilt immer noch so wenig wie früher, wenn der zweiten Bürgerpflicht (die erste heißt besamtlich Ruhe) nicht Genüge getan und die fällige Steuer ent- richtet wird. Am 31. Mai war das Hundesteuerjahr ab- geschlossen, und da ist es Anfang Juni leicht um ein Hundeleben geschehen. Die Köter mit schuldigem Steuergewissen scheinen die Nähe des Herrn Hauptbeamten überall zu wittern; mit teuflischen Linsen und Schlägen muß er sich ihnen nähern und mit unheimlicher Plötzlichkeit erscheint er manchmal auf dem Plan. Wer seine Steuerkarte hat, dem geht es an Kopf und Kragen; das Heil wird ihm ohne Gnade über die Ohren gezogen. Selten erscheint in der letzten Stunde hanger Todesnot noch ein Rettungs- engel mit dem Besegle. Nur der Proletarier unter den Hundern, der schwer arbeitende Ziehhund, braucht den Steuer- mann nicht zu fürchten, und in der Beziehung steht mancher menschliche Proletarier noch unterm Hund. — Aber nicht nur von Rechtswegen wird dem treuen Gefährten des Menschen nachgestellt, sondern auch sehr von Unrechtswegen, nämlich durch eine Spezial- bande der Diebesganz, der Hunddiebe. Manche fetten Moppelchen und treue Zedelschen, mancher große César und furchtbare Nero ver- schwindet eines Tages spurlos, und wenn ein Mensch Pech hat, passiert ihm das gerade, nachdem er erst die neue Steuerkarte gekauft hat. Diese Hunddiebe spekulieren auf die süßen Triebe treuer Hundeliebe. Mit Hilfe einer isolierten und ver- rätherischen Hundemannschaft wird der unbefestigte scheinende Nero oder Botan verführt und seinem Herrn oder der Herrin abspenstig gemacht. Er kehrt nicht wieder, ausgenommen, wenn an den Anschlagplätzen 50 Mark Belohnung geboten werden. Häufig wird er auch außerhalb der Stadt gebracht und fern vom Heimatort in die Sklaverei verkauft. Solche Dinge passieren freilich nur in den oberen Klassen der Hundewelt, unter den gut- gestimmten Dummeln und Müßiggängern. Der arbeitssame Zieh- hund und der treue Wachthund im Hofe hat keine Zeit allerlei Teufelstreiche anzuknüpfen, wodurch seine Treue erst auf eine gefahr- liche Probe gestellt wird. Ernst und traurig stellt er in seinen Waghunden lieber Betrachtungen darüber an, wie es kommt, daß er noch den schweren Wagen ziehen muß, während immer mehr neue und schöne Motorräder und -Wagen gebaut werden.

Omnibus kontra Straßenbahn.

Der Omnibus war bei der Bevölkerung Berlins schon mehr als einmal so sehr in Mißkredit geraten, daß mancher ihm sein baldiges Ende prophezeihen zu sollen glaubte. Bis- her ist es ihm aber trotz aller Konkurrenz der Straßenbahn immer noch gelungen, sich die Gunst des Publikums zurück- zuerobern, zuerst durch Beschleunigung des Fahrtempo, dann durch Verbesserung der Wagen und schließlich durch fort- schreitende Ermäßigung der Fahrpreise. Die Straßenbahn hat selbst nach Einführung ihres elektrischen Betriebes und Gewährung des 10 Pfennig-Tarifs dem Omnibus nicht den Garaus zu machen vermocht, und gegenwärtig befindet sich das Omnibuswesen Berlins allem Anschein nach sogar in einer Periode außerordentlichen Aufschwunges. Wenigstens die Zahl der beförderten Personen ist, wie sich aus dem neuesten Monatsheft der Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes ergibt, seit Jahresfrist so bedeutend gestiegen, daß keine der anderen Beförderungsmittel, die wir heute in Berlin haben, eine im Verhältnis gleich starke Zunahme des Verkehrs aufzuweisen kann. Die Allgemeine Berliner Omnibus- Gesellschaft hatte im April 1904 nur 6 826 514 Personen be- fördert, im April 1905 dagegen beförderte sie 8 426 627 Per- sonen. Das Mehr im April dieses Jahres beträgt 1 600 113 Personen, rund 23 1/2 Proz. der Zahl vom April vorigen Jahres. An dem Mehr sind auch die 10 Pfennig-Fahrgäste beteiligt. Im April der Jahre 1904 bezw. 1905 wurden be- fördert: für 5 Pfennig 5 279 607 bezw. 6 685 838 Personen, also 1 406 231 mehr, über 26 1/2 Proz.; für 10 Pfennig 1 740 789 bezw. 1 546 907 Personen, 193 882 mehr, immer noch über 12 1/2 Proz. Hiermit vergleiche man, daß die große Ber- liner Straßenbahn-Gesellschaft im April 1904 bereits 28 234 946 Personen beförderte, im April 1905 aber nicht viel mehr, nur 28 730 358 Personen. Das Mehr stellt sich hier auf nur 495 412 Personen, macht nur 1 1/2 Proz. der Zahl vom April vorigen Jahres. Hier 1 1/2 Proz., beim Omnibus aber 23 1/2 Proz. Sogar absolut bleibt das Mehr, das die Straßen- bahn-Gesellschaft aufzuweisen hat, weit hinter dem der Omni- bus-Gesellschaft zurück. Im April vorigen Jahres beförderte die „Große“ reichlich viermal soviel Personen wie die „All- gemeine“. Aber das Mehr im April dieses Jahres war bei der „Großen“ noch nicht ein Drittel so groß wie bei der „All- gemeinen“! Das sind Zahlen, die zu denken geben. Da scheint in neuerer Zeit doch mancher in Berlin eingeschoben zu haben, daß man mit dem Omnibus oft nicht schlechter und manchmal sogar besser als mit der Straßenbahn fährt. Es gibt Omnibus- linien, auf denen man getrost eine Wettfahrt mit der Straßen- bahn riskieren kann und zwar keineswegs bloß in der Leip- zigerstraße. Wenn der Aufschwung des Omnibuswesens in demselben Maße fortduert, dann muß die liebe „Große“ auf ihre alten Tage vielleicht noch einmal anfangen, „kulant“ gegen das Publikum zu werden und ein bißchen mehr auf die Be- dürfnisse des Verkehrs Rücksicht zu nehmen — sei's auch auf die Gefahr hin, daß wirklich mal ein einzelner Wagen, den sie jubel anhängt, oder gar eine ganze Linie, die sie zur Er- leichterung des Verkehrs neu einrichtet, keinen Gewinn bringt.

Die Sozialdemokratie mußte gestern in einem Straßkampf zwischen Kirchlich-Liberalen und Positiven als Bauwau herhalten. Vom Pastor Philippys wurde in der Kreissynode Berlin II ein Antrag

eingebracht, der nach Ansicht der Liberalen das Papsttum in der evangelischen Kirche etablieren will. Die Provinzialsynode soll an zuständiger Stelle eine Gesetzesvorlage in Anregung bringen, welche u. a. sich gegen das lehrhafte amtliche und außeramtliche Auftreten solcher evangelischen Geistlichen richtet, die die „Grundwahrheiten“ der evangelischen Kirche leugnen und für ihre entgegengesetzten Anschauungen Propaganda zu machen suchen. Gegen diesen Antrag wurde von einem Lehrer Treitin ins Feld geführt, daß in der evangelischen Kirche und in der Öffentlichkeit nie so viel gelogen wird, als wenn man jemand fragt: Bist du gläubig auf Grund bestimmter Glaubenssätze? Es werde nirgends so viel öffentlicher Be- trug geleistet als in dieser Beziehung. Pastor Philippys wies auf die Möglichkeit eines Masseneindringens der Sozial- demokratie in die Kirche hin, worauf ihm entgegnet wurde, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denke, in Massen in die Kirche einzudringen. Diese, von positiver Seite mit den Worten „kommt noch anders!“ ausgenommene Ansicht dürfte die richtige sein. Sollte aber, was unserer Meinung nach ausgeschlossen ist, die Sozialdemokratie wirklich einmal ein Interesse am „Eindringen in die Kirche“ haben, so werden die Zwirnsfäden des Pastors Philippys wohl auch kaum ein Hindernis für sie bilden. Zum Schluß sei erwähnt, daß der orthodoxe Antrag dieses Herrn mit 88 gegen 83 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen wurde.

Wenn Geistliche für die Sittlichkeit eintreten, dann kommt alle- mal etwas heraus, was andere Menschen Denunziation nennen. Die Kreissynode Berlin II kam so ziemlich alles zusammen, was nicht nach Wäffchen und Gefangbuch aussieht und will nach einem gestern gefassten Beschluß wie folgt die Quellen der „Unsitlichkeit“ ver- stopfen: a) Durch sorgfältige Ueberswachung der Lokalpresse, der in Buch- und Zeitverläden sowie Warenhäusern selbstbetonten Literatur (auch Aufzügen, Ansichtspostkarten u.); b) durch erste Bekämpfung entarteter Volksbelustigungen (z. B. Zingel-Zangel, schlechte Varietés, Kabarets, schamlose Darstellungen im Theater u.); c) durch rechtzeitige Maßregeln gegen die ihm und her in den Gemeinden auftauchenden Anmiertheisen, schlechten Nacht- cafés und Bordelle. Auch wird eine entsprechende Aenderung des deutschen Reichs-Strafgesetzbuches beabsichtigt, um einen erfolg- reichen Kampf gegen die Agitation der sogenannten „Homosexuellen“ führen zu können.

Eines vermissen wir in diesem Ragout, nämlich die Forderung von Polizeimaßnahmen gegen die ausgeschnittenen Kleider, wie sie bei Hoffestlichkeiten amtlich vorgeschrieben werden. Wenn man einmal sittlich so entartet ist, daß einen die Radsitt auf Aufzügen und Ansichtskarten in Gefahr bringt, dann kann man die Entlohnung in natura erst recht verderblich finden.

Die Fahrpreisangeiger-Droschke, deren Einführung in Berlin in den neunziger Jahren begann, beherrschte gegenwärtig hier die Straßen bereits in solchem Umfange, daß es bald nur noch schwer möglich sein wird, einmal in einer Droschke ohne Fahr- preisangeiger zu fahren. Von den 7475 Droschken erster Klasse, die am 1. April 1905 den Berlinern zur Verfügung standen, waren 7086 mit dem Fahrpreisangeiger versehen. Es blieben also nur noch 489, die ihn nicht hatten, aber auch diese werden ihn in absehbarer Zeit bekommen. Da in jedem Jahre etwa 800 Droschken mit dem Anzeiger ausgerüstet werden, so dürften ihn im Jahre 1906 die Droschken erster Klasse sämtlich haben. Sämtlich ohne Fahrpreis- angeiger sind die Droschken zweiter Klasse. Der vor Jahren ge- machte Versuch, ihn auch für die einzuführen, wurde bald wieder aufgegeben. Droschken zweiter Klasse waren am 1. April d. J. nur noch 524 vorhanden; in jedem Jahre werden ihrer etwa 200 durch Droschken erster Klasse ersetzt. Der Tag, an dem die letzte Droschke zweiter Klasse den Betrieb einstellt, ist nicht mehr allzu fern, so daß dann hier die Fahrten ohne Fahrpreisangeiger gleichfalls ihr Ende erreichen.

Ueber die Berliner Krankenhäuser

äußert sich Dr. Adolf Gotzstein in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ folgendermaßen: Unter den 55 deutschen größeren Städten, unter denen sämtliche Großstädte und Industriezentren von Belang vertreten sind, stand Berlin um die Jahrhundertwende in bezug auf die Bettenzahl, sowohl der Gemeinde gehörigen als auch familiärer Krankenhäuser, fast am tiefsten; nur vier Städte hatten noch weniger Betten als Berlin, und nur elf Städte hatten außer Berlin (34,5) weniger als 40 Betten auf 10 000 Einwohner. Was die Belegungsdauer der Betten im Jahre betrifft, so steht Berlin unter diesen 55 Städten an unierster Stelle. Daran ist durchaus nicht ein Mißbrauch der öffentlichen Krankenhäuser seitens der Bevölkerung durch Eingang auch leichterer Fälle schuld; im Gegenteil ist der Anteil der die Krankenhäuser aufsuchenden Patienten an der Gesamtbevölkerung in Berlin erheblich geringer als an vielen anderen Orten, und es kamen, wie die hohe Sterblich- keit der Infassen und der große Anteil an der Gesamsterblichkeit Berlins beweist, durchschnittlich viel schwerere Fälle in die Anstalten, als dies in vielen anderen Städten der Fall ist. Trotzdem also die Neigung, bei leichten Erkrankungen das Krankenhaus aufzusuchen, in Berlin und Umgegend geringer ist als in vielen anderen Städten, ist die Ueberfüllung der Anstalten größer als irgendwo anders; die Schuld liegt danach nicht an der Bevölkerung, sondern an den unzu- länglichen Maßnahmen der Behörden. Es könnte gegenüber den für Berlin recht bedenklichen Schläffen sofort eingewendet werden, daß gegenwärtig allerdings eine Lücke in der Versorgung Berlins mit Krankentbetten bestände, daß aber die verantwortliche Stelle in vollem Bewußtsein dieser Tatsache alles getan habe, um wenigstens für die nächsten Jahre diese Lücke, die zudem ohne ihre Schuld durch die Herabsetzung der Charité um 800 Betten entstanden sei, auszu- gleichen. Vom nächsten Jahre an lämen 1500 bis 2000 Betten im Virchow-Krankenhause, 800 Betten im Urban und Friedrichshain, mehrere hundert Betten in Kummelsburg hinzu; das Kinder- krankenhause werde vergrößert, und wenn man die übrigen Pläne, betreffend die Versorgung kranker Kinder und unheilbarer Tuberkulöser, mit heranzieht, so könne man eine Zunahme um fast 8000 Betten, also nahezu eine Verdoppelung des heutigen Bestandes, er- warten. Nun genügt aber eine einfache Rechnung, um zu zeigen, daß selbst mit dieser kolossalen Summe von fast 8000 Betten Berlin gerade für den Augenblick auf denselben Standpunkt gekommen sein wird wie andere, besser versorgte Gemeinwesen. Es hätte dann Berlin etwa 12 Betten auf 10 000 Einwohner mehr als heute, im ganzen 47, also immer noch nicht viel mehr als den Durchschnitt der oft viel ärmeren Städte. Nun nimmt aber die Bevölkerung in Berlin im Jahre um etwa 30 000 bis 40 000 Menschen zu, das heißt, es sind in jedem Jahre 150 bis 200 neue Betten, in fünf bis sieben Jahren schon wieder 1000 neue erforderlich, also fünf Jahre nach Eröffnung des Virchow-Krankenhauses müßte die Krankenhaus- Deputation nicht erst die Pläne für eine neue Anstalt von 1000 Betten entwerfen, sondern eine solche schon fertig zur Eröffnung bereitstellen.

Gefährliche Limonaden. Im Sommer sind, entsprechend der steigenden Erhitzung des Körpers, Limonaden als abführendes und durstlöschendes Mittel von jeder Beliebtheit. Ihre Wirkung ist auf den Gehalt an Säuren zurückzuführen, von welchen die Zitronensäure und Weinsäure am meisten verwendet werden, man kann jedoch auch Essigsäure, Schwefel- und Phosphorsäure zur Herstellung von Limonaden verwenden. Noch in höherem Grade erfrischend wirken die brausenden, mit Kohlensäure imprägnierten Limonaden. Um nun diese Limonaden recht schäumen zu lassen und ihnen dadurch ein recht einladendes Aussehen zu geben, hat man neuerdings, wie die „Preis. Zig.“ meldet, eine Substanz zugesetzt, das sogenannte Saponin. Dies ist ein weiches, im Pflanzenreich außerordentlich verbreitetes Pulver, das sich u. a. in den Seifenrüchten findet. Lösungen dieser Stoffe schäumen sehr stark und werden daher zum

Waschen benutzt. Das Saponin ist ein starkes Gift, es wirkt örtlich reizend auf die Schleimhäute, erzeugt Wiesen, Krämpfe, Entzündung und einen kratzenden Geschmack im Munde, innerlich löst es die roten Blutkörperchen auf und lähmt Herz und Gehirn. Limonaden, die stark wie Seifenwasser schäumen, sollen daher nicht getrunken und der Zusatz von Saponin zu Brauselimonade gesetzlich verboten werden, wie dies in Österreich geschieht ist.

Am besten ist es wohl, überhaupt auf künstliche Limonaden zu verzichten und sich an die natürliche, aus Wasser, etwas Zucker und Zitronenschalen hergestellte zu halten, wenn man glaubt, reines Wasser oder reines — Weighier, als eines der besten Getränke gegen den Durst, verschmähen zu müssen. Allerdings müht man manche Wirte darüber belehrt werden, daß es unerschämmt ist, für eine „Natur-Limonade“, die für ganz wenige Pfennige herzustellen ist, dreißig oder vierzig Pfennige zu fordern. Der Berliner erträgt es ja an sich mit Engländer, wenn er als Ausländer im Grünwald und in den westlichen Vororten fast doppelt so teure Preise für Bier bezahlen muß wie in der Stadt. Aber die skandalösen hohen Preise, die für Selterswasser und andere alkoholfreie Getränke oft gefordert werden, und zwar nicht nur in den Vororten, sehen nach einer Verschwörung der Wirte gegen den Teil der Menschheit aus, der kein Freund des Alkohols ist.

Frühsonderzüge zu Morgenausflügen richtet die Hoch- und Untergrundbahn an den beiden Pfingstfeiertagen ein. Der Betrieb wird an diesen Tagen gleich nach 4 Uhr wieder aufgenommen. Der erste Zug geht von der Warschauer Brücke nach dem Potsdamer Platz und dem Anie 4³⁰. Vom Potsdamer Platz geht der erste Zug nach dem Anie 4⁴⁵, nach der Warschauer Brücke 4³⁰. Vom Zoologischen Garten geht ein erster Zug schon 4³⁰ sowohl nach dem Potsdamer Platz als der Warschauer Brücke. Vom Anie in Charlottenburg ist die erste Verbindung nach dem Potsdamer Platz wie nach dem Osten 4³⁰. Weitere Züge folgen sich dann in Abständen von 5 bis 10 Minuten. Sämtliche Züge haben Anschluß an die Straßenbahn Warschauer Brücke—Zentral-Viehhof, deren erster Wagen um 4³⁰ vom Zentral-Viehhof abfährt.

Die städtischen Straßenbahnen fahren von der Hohlmannstraße ab von 4 Uhr an, von der Behrenstraße ab von 5 Uhr an nach Treptow; auf der Linie Nieder-Schönhausen—Mittelstraße vom Betriebsbahnhof Pantow ab von 4 Uhr an, von der Mittelstraße ab von 4 Uhr 40 Min. an, und zwar auf beiden Linien in Abständen von 10 Minuten.

Scharfmacherpraktiken im Handelsgewerbe.

Die Herren Unternehmer scheinen sich für den Ausfall der Kaufmannsgerichtswahl, der sie sicherlich nicht sonderlich erfreut hat, durch Maßregelungen von Handlungsgehilfen, deren politische und wirtschaftliche Gesinnung ihnen nicht genehm sind, rächen zu wollen. So wird und berichtet, daß die Luruspapierfabrik Wilhelm Bernhardt u. Co., Berlin, Wilhelmstraße 29, einen 65jährigen Angestellten, den Familienrat ist, mit der ausdrücklichen Begründung zum 1. Juli gekündigt hat, weil er vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verein als Kandidat zur Kaufmannsgerichtswahl aufgestellt worden ist. Man kann zu den Verstrebungen des genannten Verbandes stehen, wie man will, aber Angestellte, die durch ihre lange Tätigkeit im Geschäft bewiesen haben, daß sie durchaus tüchtig sind, nur wegen ihrer Mitgliedschaft in diesem Verbands abzuwerfen, ist im höchsten Grade bemerkenswert und muß auf das schärfste verurteilt werden. — Für die Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen sind derartige Maßregelungen keine seltenen Erscheinungen. Bedauerlich ist nur, daß Angehörige dieser Klassenkampforganisation auch von ihren Kollegen, die anderen Vereinigungen angehören, ob ihrer Gesinnung und Betätigung benutzelt wurden. Hoffentlich erkennen nun bald die antisemitischen Handlungsgehilfen, daß nur eine gemeinsame Organisation aller Berufsangehörigen die Ausschreitungen der Unternehmerwillkür wirksam abwehren kann.

Eine neue Versuchsbahnstrecke sowohl für elektrische Antriebswagen als auch für Dampfzugmaschinen beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung bei Nichtengrund an der Nordbahn anzulegen. Die geplante Versuchsbahnstrecke soll nach dem ausgearbeiteten Projekt in einer Gesamtlänge von fünf Kilometern schleifenförmig angelegt werden, durch welche Einrichtung die neue Versuchsbahnstrecke sich wesentlich von den bisher gebräuchlichen derartigen Bahnen unterscheidet. Während bisher beim Ausproben von Maschinen solche auf Stammbahnen angebracht werden mußten, weil auf den kurzen Versuchstrecken eine zuverlässige Ausprobung der Leistungsfähigkeit nicht gut möglich war, wird dies für die Zukunft in Formall kommen. Bei dem schleifenförmigen Ausbau der neuen Versuchsbahnstrecke schließen die Gleise kreisförmig zusammen, so daß die zu prüfenden Maschinen resp. elektrischen Antriebswagen in stundenlangem Fahrt ununterbrochen verkehren können. Nach dem der Regierung in Potsdam unterbreiteten Plane wird die Versuchsbahn aus Ebenen, Steigungen und Gefällen bestehen.

Feuerbericht. Donnerstag abend gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach dem Auerhof, Ecke Alte Jakob- und Hohlmannstraße gerufen, weil dort im vierten Stock in der Wäscherei der „National Cash Register Company“ Feuer entstanden war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — In der Kopenstr. 11 mußte dann ein Ladenbrand abgelöscht werden, während in der Adnigstr. 39 Hitze durch Feuer beschädigt wurden. — Preshofen waren in der Nacht zum Donnerstag in der Weihenburgerstr. 30 in Brand geraten, dessen Abkühlung längere Zeit in Anspruch nahm. — Außerdem hatte die Wehr noch in der Zwischengasse am Kaiser Franz Grenadierplatz 2 zu tun, wo in einer Wadestube der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen hatte.

Der Arbeiter-Turnerbund wird seinen diesjährigen, siebenten Bundes-Turntag in Berlin abhalten. In den Räumen des Establishments „Neue Welt“ — auf dem geschichtlichen Boden der Hasenheide, von wo einst Altwater Jahns Auf zum Turnen erging — werden in den Pfingstfeiertagen die Delegierten der turnenden Arbeiterschaft von ganz Deutschland zu ihrem Parlament zusammenzutreten. Die Verhandlungen des Turntages sind öffentlich und der Zutritt steht auch jedem Nichtturner frei. Man darf erwarten, daß sie diesmal auch in den der Turntage fernstehenden Kreisen Interesse wecken werden. Die Drangsalierungen, denen die Arbeiter-Turnvereine in letzter Zeit in Berlin und an anderen Orten ausgesetzt waren, haben die Aufmerksamkeit auf die turnerischen Bestrebungen der Arbeiterklasse gelenkt — ein Erfolg, der die Gegner der Arbeiter-Turnvereine schwer verdrückt. Nach dem neuesten Geschäftsbericht umfaßt der Bund jetzt bereits 928 Vereine mit 65 673 erwachsenen Mitgliedern und 5760 Schülern. Seit dem letzten Bundes-Turntag ist eine Zunahme um 91 Vereine, 8620 erwachsene Mitglieder und 1130 Schüler eingetreten. Wenn der Bund in derselben Weise weiter wächst, so kann er seinen Gegnern, die zugleich die Gegner der Arbeiterklasse sind, nur dankbar sein für alle Anfeindungen und Verfolgungen. Die Turngenossen des Berliner Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ gedenken den Teilnehmern des Turntages einen würdigen Empfang zu bereiten. Zu den Festlichkeiten, für die gleichfalls auf die Beteiligung weitester Kreise der Arbeiterbevölkerung gerechnet wird, gehören u. a. ein Begrüßungskommerz am Pfingstsonnabend 8 Uhr, die feierliche Eröffnung des Turntages am Pfingstsonntag, vormittags 10 Uhr, ein Künstlerkonzert am Pfingstsonntag, abends 8 Uhr. Der beratenden Arbeit des Turntages werden dann besonders der Montag und der Dienstag gewidmet sein.

Kieflings neue Spezialkarte der Umgegend von Potsdam (1:75 000), umfassend das Gebiet von Berlin bis Lehmin, nebst Stadtplan von Potsdam. In Farbendruck 1 W. — Die nördlich bis Rixdorf, südlich bis Michendorf, westlich bis Lehmin reichende Karte gibt ein sehr präzises und übersichtliches Bild des ganzen Gebietes, das für Ausflüge südwestlich von Berlin, soweit sie landschaftlich lohnend, in Frage kommt. Dem Wanderer wird die

Karte wertvoll sein, da er alle Fußwege, Gesteinsbuchstaben und Jagenzahlen in den Wäldern eingetragen findet; dem Tourenruderer und Segler gewährt die Karte einen guten Überblick über das ganze Havelgebiet von Spandau bis Herz und Reghin mit allen zusammenhängenden Seen, Kanälen und Gräben; der Radler und Automobilfahrer überschaut mit einem Blick das große Netz der in roter Farbe angelegten Chausseen und Pflasterwege, unter denen auch die in letzter Zeit entstandenen nicht fehlen.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania werden während der Pfingstfeiertage einige Nachmittagsvorstellungen zu kleinen Preisen veranstaltet werden, und zwar findet die erste Nachmittagsvorstellung bereits am Sonnabend dieser Woche statt. Zur Darstellung gelangt: Am Sonnabend: „Tierleben in der Wildnis“, am Montag: „Der Stimpion und sein Gebiet“, am Dienstag: „Tierleben in der Wildnis“ und am Mittwoch ebenfalls der Vortrag „Tierleben in der Wildnis“. Die Vorträge beginnen nachmittags 4 Uhr.

Theater. In dem im Deutschen Theater am Sonnabend, den 10. in Szene gehenden Lustspiel „Der Vielgeprüfte“ von Wilhelm Meyer-Förster sind die Herren Knudt, Walden, Kinkel, Schläger, Klonas, Abel, Lorenz und Stephens und die Damen Mara Meyer, Hamemann, Müller, Stauffen, Auguste Präfisch, Grevenberg und Seelen beschäftigt. — Neues Igl. Opern-Theater (Kroli). In der morgigen Sonnabend erstmalig in Berlin zur Aufführung gelangenden Operette „Der Schnurrbart“ von Georg Berö liegen die Hauptrollen in den Händen der Damen Henry Widner (Gräfin Otto Wledrich), Jenny Door (Komtesse Kolly), Wigi Birth (Rosette, Kollys Zofe) und Wimi Schwarz (Zlona) sowie des für diese Operette neu engagierten Tenors Herrn Siegfried Adler (Gabor v. Rozary) und den Herren Karl Schöber (János) und Othmar Lang (Wela v. Rozary). Dirigent Adolf Ferron. Für die Regie zeichnet Herr Othmar Lang. — Die für Sonnabend, den 10. d. M., angekündigte Erstaufführung der dreiaktigen Oper „Die Fahibauer“ von Wilhelm Freudenberg, findet erst am Mittwoch, den 14. d. M., statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Saal und Angelo sowie die Herren Dieber, Jacobs und Weber. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Erich Band.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Mit einem Siege der Sozialdemokratie endete die gestrige Stadtvorordnetenwahl in Schöneberg (vierter Bezirk). Unter Parteigenosse Maurer Wilhelm Freisch erhielt 507 Stimmen, während auf den bürgerlichen Kandidaten Haefke 389 Stimmen fielen. Von 2038 eingetragenen Wählern hatten 906 ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn stimmten wie das vorige Mal wieder geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten.

Bei den Wahlen im November 1903 hatten von 1895 eingetragenen Wählern 941, gleich 50 Proz., ihr Wahlrecht ausgeübt. Unser Genosse Panzer unterlag damals mit 432 Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten Dr. Engelmann, der 498 Stimmen erhielt.

Rixdorf. Auf die Verabreichung von Kindern, welche von ihren Eltern zum Einholen ausgesandt werden, hat es eine 20-jährige Frauensperson abgesehen, welche sowohl hier wie in den angrenzenden Straßen Berlins mit gutem Erfolge „gearbeitet“ hat. Die Betreffende ist etwa 1,65 Meter groß, trägt runden weichen Strohhut, schwarzen Rock und hellblaue Hose. Sie macht sich meist mit den Kindern bekannt, erklärt, deren Eltern gut zu kennen und schwindelt ihnen dann unter irgendwelchem Vorwande das Geld ab. Leider ist es bisher nicht geglückt, die gemeingefährliche Person dingfest zu machen.

Eine schreckliche Verletzung erlitt in der Panmierstraße das fünfjährige Söhnchen des Schankwirts Platt, Weichselstr. 65 wohnhaft. Der Kleine lief mit anderen Kindern hinter einem städtischen Sprengwagen her und griff dabei in die Räder desselben. Diese erfasste den ganzen Unterarm und riß das Fleisch von demselben bis auf den Knochen los. Das vor Schmerz ohnmächtige Kind wurde nach der Unfallstation XII und von dort nach dem Krankenhaus geschafft, wo es schwer krank daniederliegt.

Herzfelde. Einen erfreulichen Sieg bei der Gemeindevahl haben unsere Parteigenossen in Herzfelde errungen. Zum ersten Male erhielten die beiden von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten Hermann Stoff und Otto Schröder die Mehrheit; beide siegten mit 36 gegen 24 Stimmen, die auf bürgerliche Kandidaten fielen.

Das älteste Parteimitglied am Ort, der Arbeiter Lehlfaf, ist am 5. Juni gestorben. Die Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Tegel. Das Familiendrama in Tegel, über das wir vor kurzem berichteten, hat noch ein zweites Opfer gefordert. Die 32 Jahre alte Arbeiterfrau Rosenbergs, die mit ihrem Namen wegen eines Prozesses in Jüdisch lebte, hatte ihrer ein Jahr alten Tochter Meta Lysol eingekauft, während ihre beiden älteren Kinder auf der Straße spielten, und hatte dann selbst von der abendlichen Pfingstfeier soviel getrunken, daß sie auf der Straße verschief. Das kleine Kind wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht. Dort starb es aber gestern vormittag. Die beiden älteren Kinder, ein Mädchen von vier und ein Knabe von drei Jahren, wurden nach der Kotschstraße (?) von der Behörde in Pflege gegeben, weil der Vater der Kinder nach der Tat seiner Frau die Keufferung getan, er werde jetzt seine beiden Kinder und sich selbst umbringen.

Wegen Kindesmordes wurde ein junges Mädchen namens Katharine Th. aus Tegel festgenommen. Im Tegeler See fand man gestern nachmittags eine schwarze Marittafel, die die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Die Nachforschungen nach der Mutter lenkten die Spur auf Katharine Th., an der eine plötzliche Körperveränderung aufgefallen war. Sie behauptet, daß diese von nervösen Störungen herrähre, als sie aber einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden sollte, gestand sie, am Himmelfahrtstage ein Kind geboren und aus Furcht vor Entdeckung des Fehltritts gleich in der Marittafel nach dem See getragen zu haben. Das Mädchen wurde nach einem von den Angehörigen bereiteten Selbstmordversuche in das Untersuchungsgefängnis beim Landgericht II gebracht.

Vermischtes.

Ein wolkenbruchartiger Regen ist, wie aus Halberstadt berichtet wird, gestern im Harzgebiet niedergegangen. Die Ueberschwemmung, die dadurch entstand, hat zum Teil großen Schaden angerichtet, besonders in Heimbürg, Käßland, Neutwerf, Kvale, Blankenburg, Kloster Michaelstein, Waldrieden, Wühlenthal und bei Bernigerode. Langenstein ist vom Verlehe auf den gewohnten Wegen abgeschnitten. Drei Häuser sind dort fortgerissen worden. In Halberstadt bringt die Holzmenge Hochwasser vom Brodenggebiet, Teile der Unterstadt sind überschwemmt.

Militärkonkott über Zylinderhüschken. In Hannover hat die Militärbehörde den Offizieren und Mannschaften den Besuch des „Englischen Buffets“ verboten. Das Lokal wurde sehr lebhaft

von Offizieren, besonders von den zur Reitschule kommandierten, besucht. Unliebsame Vorkommnisse, die sich in den letzten Wochen in einigen Bars ereigneten, veranlaßte die Presse, das Nachleben in diesen Restaurants zu schildern, und die Folge war, daß die Polizeibehörde diesen Lokalen und ihren Damen eine erhöhte Beachtung schenkte und eine Einschränkung des Betriebes vorbereitete. Inzwischen ist nun auch die Militärbehörde mit einer Verfügung erschienen und hat die besaennte und besuchte Bar Hannover in die Zahl derjenigen Lokale eingereiht, deren Besuch Militärpersonen in Hannover verboten ist.

Die englische Marine hat ein Unterseeboot verloren. Als das Boot A 8 mit 18 Mann Besatzung vor Plymouth Übungen machte, ging es mit 14 Mann unter; 4 Mann konnten gerettet werden.

Zu dem Unfall auf dem Unterseeboot A 8 wird weiter gemeldet: Drei Unterseeboote begleiteten heute ein Torpedoboot, welches zu Übungen in See ging. Hierbei erfolgten an Bord des Unterseebootes drei Explosionen, das Boot sank nach der dritten Explosion. Die erste Kunde von dem Unglück gab das Boot selbst, welches signalisierte, daß es sinkte und nicht mehr an die Oberfläche kommen könne. Vier Mann, einschließlich zwei an Deck befindlicher Offiziere wurden gerettet. Tander sind mit Verwunden beschäftigt, das Boot zu bergen. Man hofft, daß von der Mannschaft einige am Leben geblieben sind.

Ueber den Selbstmord eines Bankiers wird aus Frankfurt a. M. gemeldet: Bankier Alexander Schwarzgild, welcher vor einiger Zeit mit Hinterlassung bedeutender Verbindlichkeiten von hier verschwunden ist, ist im Stadtwalde bei Geroldsau (Gemeinde Düstenthal) bei Baden-Baden erschossen aufgefunden worden.

Leipzig, 8. Juni. Der Altertumforscher Professor Rutt Wachsmuth ist heute früh gestorben.

Bajuwarischer. Gegen den unftinigen Gruß „Mahlzeit“ wettet das „Bayerische Vaterland“: Dieser einfältige preussische Gruß hat sich — wie dem „Vaterland“ geschrieben wird — jetzt auch in Bayern auf dem Lande eingebürgert. Bei allen möglichen Gelegenheiten kann man diese ekelhafte Kadäfferei eines preussischen Blödsinnes hören. Wenn die Preußen bei jeder Gelegenheit „Mahlzeit“ sagen, so ist das schließlich erklärlich, denn der preussische Appetit ist seit 1806 unerfättlich, der denkt immer an Essen, deshalb haben wir Süddeutsche noch lange keinen Grund, diese Grußformel echt preussischer Gefährlichkeit nachzuäffen. Als Gegenbewegung rate ich, es zu machen wie ich: Wenn mir einer das blödsinnige „Mahlzeit“ vordummt, so knurre ich auf das schnodderige „Mahlzeit“ jedesmal ein bajuwarisches „Dummeheit“. Das wirkt. Von vielen Bayern gilt halt auch der schöne Vers a la erster Jäger in „Wallenfels Lager“: „Wie der Preuze sich räuspert und wie er spuckt, habt ihr Bayern nun glücklich ihm abgequack. Und bildet euch nun Gotteswunder was ein, im Nachhinein möglichst ein Affe zu sein.“

Reuterei in einem österreichischen Gefängnis. Privatmeldungen aus Joczow zufolge brach im Arceleslokal des dortigen Kreisgerichts gestern abend unter den Häftlingen eine Revolte aus. Da die Gefängnisauswärtiger der Reutenden nicht Herr werden konnten und Gefahr drohte, daß die Sträflinge entwichen, wurden zwei Kompagnien Militär herbeigerufen. Nachdem zwei in die Luft abgegebene Salven ohne Eindruck geblieben waren, wurde eine scharfe Salve auf die Sträflinge abgefeuert, wobei einer getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Ein Unteroffizier wurde durch einen Steinwurf schwer verwundet. Gegen Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Feuerbrunst in Schweden. In einem Fischerdorfe am Hellebillsstrande brach in der Nacht zu gestern in einem Handelsmagazin eine Feuerbrunst aus, die das Magazin vollständig zerstörte und sich mit rasender Schnelligkeit auf die in der Nähe liegenden Gebäude ausbreitete.

Das Feuer war um 10 Uhr vormittags teilweise begrenzt. 60 Häuser, darunter 40 Wohnhäuser, mehrere Brücken, einige Kohlen- und Brennmaterialien-Läger sind eingeschert. 200 Menschen sind obdachlos; die meisten haben alles verloren, nur wenige sind versichert. Von Lysell sind Dampfer mit Lebensmitteln abgegangen.

Konsequenz. In Ehingen (Württemberg) haben die „höheren“ Damen an die Stadtverwaltung den Antrag gestellt, daß der Markt eine Stunde bloß für höhere Frauen reserviert bleiben soll und erst, wenn diese ihre Einkäufe besorgt haben, soll auch das niedere Volk der Geschäftswelt und Arbeiterweiber samt den Händlern in die Räumlichkeiten des Marktes zugelassen werden. Offenbar haben die „höheren Frauen“ aus der Tatsache, daß die männliche Bourgeoisie dem Proletariat immer die besten Waren wegschnappt, die Ausanwendung gezogen und verlangen nun wenigstens auf dem Wochenmarkt das gleiche Recht für sich.

Der Prozeß gegen Elise v. Schabeska wegen zahlreicher Wechsel-fälschungen, begangen auf den Namen des früheren Finanzministers, Geheimrat W. Rosaleski, der vor dem Bezirks- (Schwurz-) Gericht in Petersburg verhandelt werden sollte, ist gleich am ersten Tage auf Antrag der Verteidigung vertagt worden, da drei wichtige Zeugen nicht zur Stelle waren.

Geinje, 8. Juni. Gestern abend wurden in Schtari wieder vier Erdböbe verspürt, die sich auch in Antivari und Dulcigno bemerkbar machten.

Eingegangene Druckschriften.

- Wegmann. Der ostasiatische Krieg und das Völkerrecht. Preis 1,20 M. Guder u. Co., Verlag in Frauenfeld (Schweiz).
- Die Schweiz in 15 Tagen mit Generalabonnement gemehrlich und billig zu bereiten. Von A. Ros. Freiburg i. Br. und Leipzig. Dr. Paul Lorenz, Verleger-Berlin 1905. Preis 1,20 M.
- „Merke! und Javan“, von Dr. Ludwig Rief. Dozent an der Berliner Universität, früher 15 Jahre Professor in Loka. Der Preis eines jeden Bandes beträgt: broschiert 25 Pf., in Ganzleinen gebunden 50 Pf.
- Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Volksg.-Präsidenten.) Roggen, gute Sorte, 1 Dg. — (—), mittel — (—), geringe — (—) — (—) ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 1 Dg. 16,10 (15,10) mittel 15,00 (14,10), geringe 14,00 (13,10) frei Wagen und ab Bahn. Hafer, gute Sorte 16,50 (15,90), mittel 15,80 (15,20), geringe 15,10 (14,50) frei Wagen und ab Bahn. Weizen, 1 Dg. 5,50 (4,82), Weiz 9,00 (7,80). Gerste, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Binsen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Hammelfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,70 (1,20), Kalbfleisch 2,00 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,20), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,25), Karpfen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Wale 3,00 (1,60), Jambur 3,20 (1,20), Geste 2,60 (1,40), Barche 2,00 (1,00), Schiele 3,60 (1,40), Mele 1,40 (0,80), Arvie 60 Stück 16,00 (3,00).

Wasserstand am 7. Juni. Elbe bei Ruffig + 0,10 Meter, bei Dresden — 1,26 Meter, bei Ragdeburg + 1,03 Meter. — Unstrut bei Strahburg + 1,05 Meter. — Oder bei Rattibor + 1,26 Meter, bei Brieslau Ober-Regel + 4,98 Meter, bei Brieslau Unter-Regel — 1,02 Meter, bei Frankfurt + 1,73 Meter. — Elbe bei Bismarck + 3,06 Meter. — Elbe bei Bismarck + 0,82 Meter. — Nege bei Wsch + 0,42 Meter.

Witterungsübersicht vom 8. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. G.	Stationen	Barometerniveau	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. G.
Eintriede	759	ND	6	bedekt	11	Paparanba	767	R	2	bedekt	8
Hamburg	759	ONO	2	Regen	12	Belcebuburg	761	ONO	1	halb bed.	11
Berlin	758	ONO	3	bedekt	11	Seilh	762	ONO	2	bedekt	9
Hannf. a. M.	757	S	4	bedekt	14	Aberdeen	770	ONO	2	bedekt	9
München	758	S	4	bedekt	14	Paris	759	ONO	2	bedekt	12
Wien	756	ONO	1	heiter	17						

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. Juni 1905. Allmählich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe und regnerisch bei häufigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.